Reise durch ein verrücktes Land, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 50 – 15. Dezember 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





In Deckung: SPD-Parteichef Martin Schulz mit Fraktionschefin Andrea Nahles auf dem Parteitag in Berlin Bild: Imago

Angst statt Attacke

SPD ohne Ziel und Orientierung – Schulz macht alles noch schlimmer

Eine zutiefst verunsicherte Partei, die weder weiß, was sie will, noch was sie soll: Die Aussichten der SPD sind düster.

Die tiefe Verunsicherung der SPD über ihre Rolle und Zukunft hat die Partei in eine Stimmung aus Trotz, Starre und spürbarer Verzweiflung gestürzt. Offenbar hindert die düstere Lage den wiedergewählten SPD-Chef Martin Schulz aber nicht daran, seiner langen Liste an strategischen Fehlern weitere Punkte hinzuzufügen.

So verkündete Schulz in Berlin die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa" bis zum Jahre 2025 als weiteres Ziel, das die Sozialdemokraten in Koalitionsgesprächen mit der Union durchsetzen wollen. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Hürden, die diesem Plan im Wege stehen (siehe Maastricht-Urteil von 1993), übersieht Schulz, dass laut Umfragen eine klare Mehrheit der Deutschen dagegen ist, ihren Nationalstaat in einem EU-Superstaat aufgehen zu lassen. Denn nichts weniger zögen jene „Vereinigten Staaten" nach sich.

Die CDU verfolgt zwar im Kern dasselbe Ziel wie Schulz, hütet sich aber, dies allzu klar zu benennen, noch dazu für einen so baldigen Zeitpunkt. Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, warf Schulz vor, ein „Europaradikaler" zu sein.

> Den europäischen Superstaat wollen die Deutschen nicht

Die Idee mit dem EU-Superstaat in nur rund sieben Jahren ist Ausdruck einer Hilflosigkeit, die schon den gesamten SPD-Wahlkampf von 2017 belastet hatte: Es fehlt das zündende Thema, um die inhaltlich maximal elastische Kanzlerin zu stellen. Daran hat sich so gut wie nichts geändert, weshalb die jüngste Volte der Sozialdemokraten ebenso verpuffen dürfte wie all jene von Februar bis September des ausgehenden Jahres. Daher gelingt es Schulz auch nicht, Honig zu saugen aus der deutlich geschwächten Stellung Merkels.

So beginnen die Gespräche über eine neue Groko unter denkbar trüben Vorzeichen. Beide Seiten fürchten um ihre Zukunft und spielen daher von Anfang an „Schwarzer Peter", wobei die Ausgangslage für die SPD erheblich schlechter aussieht als für die Unionsparteien.

Die Sozialdemokraten müssen eine Todesspirale fürchten: Monatelange Verhandlungsrunden stellen die Geduld der Deutschen auf eine harte Probe. Da es der Kanzlerin vor allem ums Weiterregieren geht, wird sie der SPD so weit wie möglich entgegenkommen. Dies wird es Schulz immer schwerer machen, nachvollziehbare Gründe für einen Abbruch der Gespräche anzuführen. Gleichzeitig dürfte es der CDU-Chefin gelingen, das ohnehin schwache Profil der SPD im Verlauf der Konsultationen weiter zu schleifen.

Kommt es dennoch zum Bruch, könnten Neuwahlen folgen, bei denen einer derart verwaschenen SPD der Absturz blüht. Gelingt die Bildung einer neuen Groko indes, setzt sich die tödliche Umarmung durch Merkel fort. Und dann? Die SPD wäre nicht die erste traditionsreiche sozialdemokratische Partei Europas, die als Volkspartei einfach verschwindet. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Unrealistisch

Weg von den USA, hin zu den europäischen Nachbarn. So könnte man den Tenor der Rede von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vor dem „Berlin Policy Forum" wiedergeben (siehe Seite 3). Damit scheint er zwar den Nerv der Deutschen getroffen zu haben (siehe Artikel unten), wenn er aber so tut, als stünde nun eine Wende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bevor, ist das nichts als Kinn- muskelspannerei. Gerade aus seinem Munde klingt das alles andere als glaubwürdig, haben er und seine Partei doch den Bundestagswahlkampf unter anderem mit dem Versprechen ge- führt, sich nicht an die Vereinbarung der Nato-Staaten, zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungsetat aufzuwenden, halten zu wollen. Wer aber mehr sicherheitspolitische Eigenständigkeit fordert, muss zu einer deutlichen Erhöhung der Militärausgaben bereit sein.

Ohnehin sind derartige Absetzungsszenarien unrealistisch, aus welchem deutschen Politikermund sie auch kommen mögen. So wünschenswert das Gegenteil auch ist, so sehr werden Deutschland und seine europäischen Nachbarn sicherheitspolitisch von den USA abhängig bleiben. Schuld daran sind sie ausschließlich selbst. Statt der Friedensdividende mit Augenmaß Rechnung zu tragen und moderat abzurüsten, haben sie ihre Armeen in den vergangenen 25 Jahren buchstäblich plattgemacht. Und das so gründlich, dass eine Wiederherstellung zu respektabler Größe Jahrzehnte dauern und Unsummen verschlingen würde. Ohne die USA im Rücken wären die EU-Staaten sicherheitspolitisch eine Lachnummer. Und Gabriel, dessen Partei maßgeblich zu dem heutigen erbärmlichen Zustand der Bundeswehr beige-

Staat schwimmt im Geld

Sachverständigenrat schlägt Entlastung der Bürger vor

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schlägt eine Entlastung der Steuerzahler vor. Für das laufende Jahr erwarten die Experten ein Wachstum von zwei Prozent, für das kommende Jahr von 2,2 Prozent. „Die finanzpolitische Lage in Deutschland ist derzeit gut", stellen sie in ihrem Jahresgutachten 2017/18 fest und verweisen auf einen erwarteten gesamtstaatlichen Überschuss von 31,3 Milliarden Euro für 2017. Es wäre der höchste Gesamtüberschuss von Bund, Ländern und Gemeinden seit 1990. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Zahlen böten sich Entlastungen für Bürger an, schreibt das Gremium: „Mit einer Tarifreform der Einkommensteuer sollten Mehreinnahmen aus der Kalten Progression zurückgegeben werden." Die Abstimmung mit einer schrittweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags solle dafür sorgen, dass der finanzpolitische „Spielrahmen" nicht überschritten wird.

Angesichts des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland fordert der Sachverständigenrat verstärkt Investitionen, welche den digitalen Wandel unterstützen. Die gute konjunkturelle Lage biete die Chance für eine Neujustierung der Wirtschaftspolitik. Dabei sollten die Herausforderungen der Zukunft im Mittelpunkt stehen, die sich aus Globalisierung, demografischem Wandel und Digitalisierung ergeben. Dazu regen die Experten die Bildung einer Digitalisierungskommission an, die den Reformbedarf ausloten sowie investitionshemmende Regulierungen identifizieren und überprüfen soll. Desweiteren befürwortet der Sachverständigenrat höhere Bildungs- und Forschungsausgaben.

Allerdings warnt er vor zu viel Euphorie. Vielmehr ist er der Meinung, dass die gute Finanzlage nicht von Dauer sein werde. Mittelfristig drohten beispielsweise höhere Belastungen für die öffentlichen Haushalte durch steigende Zinsen. Außerdem dürfte sich die Alterung der Gesellschaft „wirtschaftlich auswirken". *Jan Heitmann*

Lieber mit Frankreich

Umfrage: Deutsche wenden sich von den USA ab

Gut 42 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass die derzeitige innenpoltische Situation keine außenpolitischen Auswirkungen hat. Das geht aus einer aktuellen, repräsentativen Umfrage der Körber-Stiftung zu Deutschlands internationaler Verantwortung, wichtigsten Partnern und außenpolitischen Prioritäten hervor. Zudem sehen die Deutschen eine aktive Rolle ihres Landes skeptisch: 52 Prozent sprechen sich dafür aus, sich in internationalen Krisen weiterhin eher zurückzuhalten. Wichtigstes Ziel des deutschen Engagements in der Welt ist für 71 Prozent der Befragten die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten sowie die Terrorismusbekämpfung.

Gefragt nach den wichtigsten außenpolitischen Partnern Deutschlands liegt Frankreich mit 63 Prozent vor den USA mit 43 Prozent. In der Umfrage vom Vorjahr lagen beide Partner mit je 60 Prozent noch gleichauf. 56 Prozent der Befragten bewerten die Beziehungen zu den USA als eher oder sehr schlecht. Wichtigste Basis der bilateralen Zusammenarbeit sind demnach die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (45 Prozent). In Sachen Verteidigungspolitik wünschen sich 88 Prozent der Deutschen, dass die Partnerschaft mit den europäischen Nachbarn künftig Vorrang vor der Partnerschaft mit den USA hat. Die Präferenz für Frankreich geht allerdings nicht so weit, die Reformvorschläge von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron zur Europäischen Union gutzuheißen. 54 Prozent der Befragten lehnen vor allem seinen Vorschlag ab, dass die Länder der Euro-Zone in der Finanz- und Wirtschaftspolitik Kompetenzen abgeben und einen gemeinsamen Finanzminister ernennen.

Zudem glauben 59 Prozent der Befragten, dass die EU nicht auf dem richtigen Weg ist, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Klare Kante zeigen die Deutschen auch bei der Frage der EU-Erweiterung: 74 Prozent sind für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, und 66 Prozent lehnen die Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkan ab. *J.H.*

Absurdistan im Herbst

Eine Reise durch das »politisch korrekte« Deutschland – Persönliche Eindrücke und Bewertungen

Kassel, Documenta 14

„Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt“ – diese goldene Inschrift prangt in der Kasseler Einkaufsmeile, graviert in vier Sprachen in einen riesigen Beton-Obelisken als Symbol für Menschen im Exil des US-nigerianischen Künstlers Olu Oguibe. Seine Landsfrau Otobong Nkanga zeigt an verschiedenen Ausstellungsorten Installationen und „Performances“ mit schwarzen Seifenstücken, die in den Straßen Kassels von Verkäufern in Bauchläden angeboten werden. Der Künstler Daniel Knorr lässt die Türme des Fridericianums, eines monumentalen klassizistischen Museumsbaus, rauchen, um an die Bücherverbrennungen 1933 und an die Krematorien der Konzentrationslager zu erinnern. Er sagt: „Deutschland hat immer nur eingeatmet, nun muss es ausatmen. Man ist beim Stichwort Ausatmen auch schnell bei dem Thema Flüchtlinge. Die deutsche Gesellschaft zieht sich wieder zurück, sie stützt sich dazu auf Quoten, betreibt Zahlenspiele. Nur sollte sich das Land lieber öffnen statt Grenzen zwischen Menschen zu definieren. Die Ausstellung stellt sich die kritische Frage nach dem westlichen Denken und der kulturellen Kolonialisierung durch den Westen.“

Die Kunstfreunde, die aus der ganzen Welt zur größten Kunstausstellung der Welt nach Kassel pilgern, merken schnell, wie politisch die heutige Documenta ist. Nicht wenige sind wegen der fehlenden Beschreibung zu den Ausstellungsobjekten verstört. Flüchtlinge, Holocaust, Deutsche Schuld, Kapitalismus und Menschenrechte sind die alles beherrschenden Themen.

Ich stehe neben einer Besuchergruppe. Eine Dame um die 60 besticht durch ihr kontrolliertes Erscheinungsbild. Perlenkette, Rüschenbluse mit Trompetenärmeln im karierten Hosenanzug mit graublauer Haubenfrisur lassen vermuten, dass emotionale Regungen in der Öffentlichkeit eher die Ausnahme bei ihr sind. Wir kommen ins Gespräch. Gudrun S. aus Hamburg dozierte 30 Jahre an der Kunsthochschule und ist enttäuscht. Die Studienrätin wütet „Die Show gleicht einer neomarxistischen Indoktrinierung mit politisch korrekter Gehirnwäsche. Das Grundprinzip der Kunstvermittlung ist immer die Einbeziehung des Betrachters. Dieser Mangel an Transparenz und Information geht zu Lasten der Ausstellenden, die dem kritischen Betrachter dann gerne mal fehlende Sachkenntnis unterstellen. Da die Kuratoren sich offensichtlich für die eigentlichen Deuter und Schaffenden halten, werden die Künstler dabei zu Materialgebern für verkopfte Theorien degradiert, zu denen sie selbst keinen Zugang haben.“ Kunst hat eben manchmal ein Sender-Empfänger-Problem.

Bei einigen wenigen Objekten gab es dann aber doch eine Information. Dort stand im Kontext Asyl und Grenzen: „Deutschland hat eine lange Tradition von Rassismus und Ausgrenzung.“ Der Kasseler AfD-Stadtverordnete Thomas Materner bezeichnete den Obelisken von Olu Oguibe als „ideologisch polarisierende, entstellte Kunst“. Wenn die Stadt nun das Kunstwerk kaufe, werde die AfD dort „bei jedem von Flüchtlingen begangenen Anschlag“ zu Demonstrationen aufrufen.



Documenta-Mythos „Asyl und Grenzen“: Fragmente von Schlepperbooten mutmaßlich ertrunkener Flüchtlinge

34 Millionen Euro kostet die Documenta, zusätzliche acht Millionen aus Steuergeldern soll die Zahlungsfähigkeit bis Jahresende sicherstellen und die Ausstellung vor der Insolvenz bewahren. Der zweite Standort Athen soll schuld sein. Doch wo Geld versickert ist, ist noch unklar.

Erfurt, Wahlkampfabschluss der AfD

„Fakt bleibt, man muss Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackieren, weil sie gestrig, intolerant, rechtsaußen und gefährlich sind!“, ruft SPD-Vize Ralf Stegner über Twitter auf. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD): „Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar.“ AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland kontert auf einer Wahlkampfveranstaltung: „Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“ Es folgt ein politisch-medial inszenierter Aufschrei. Ist es fremdenfeindlich oder gar faschistisch, sich als Deutscher für die Wahrung der eigenen Kultur einzusetzen?

Was das mit dem Bürger macht, lässt sich auch in Erfurt sehen: Etwa 500 patriotische „Wutbürger“ haben sich vor dem Erfurter Hauptbahnhof versammelt. AfD-Star Björn Höcke spricht ihnen aus der Seele. Es geht um Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Abschiebung krimineller Ausländer und Asylmissbrauch. Er betont: „Deutschland und Demokratie sind nicht verhandelbar!“ Mit Phantasie und Kreativität entstandene Transparente der Zuhörer spiegeln ihr politisch inkorrektes Weltbild wieder. Die Kundgebung ist umringt von Polizeibeamten, ein Straßenzug weiter ist eine Gegendemo mit deutlich weniger Teilnehmern im Gange. Eine kleine Gruppe Gegendemonstranten hat es bis zum Busbahnhof hinter der Bühne geschafft. Ein junges Mädchen mit roten Rastazöpfen und viel Metall im Gesicht im „Fuck Nazis“-T-Shirt rennt plötzlich mit einer Weinflasche in der Hand hysterisch schreiend auf eine Gruppe Zuhörer zu. „Halts Maul Deutschland“, „Faschisten“ und „Nazis raus“ beschimpft sie die verdutzten Bürger lautstark, ehe die Polizei sie abführt. Wen meint die Frau, denn hier sind weder Faschisten noch Nazis.

„Letzte Ausfahrt AfD“: Wahlkampfabschluss in Erfurt

München, Oktoberfest

Ein Beispiel gelungener visueller Integration junger männlicher Asylsucher lässt sich auf der Theresienwiese vermuten. Eskortiert von deutschen Seniorinnen bewegt sich eine Gruppe Eriträer in Bayerntracht auf die Eingangskontrolle zu. Aus Angst vor islamischen Terroranschlägen wurden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt. Das Sicherheitspersonal besteht, wie auch in vielen Asylbewerberunterkünften, überwiegend aus jungen Männern mit Immigrationshintergrund, nicht wenige tragen lange Bärte und sprechen kaum Deutsch. Bettler und Diebesbanden aus Osteuropa haben zur Oktoberfestsaison Hochkonjunktur und stehen für eine besonders bunte und kulturelle Vielfalt.

München, Jüdisches Zentrum

Der Sankt-Jakobs-Platz ist als Jüdisches Zentrum Münchens ein Ort der Begegnung. So steht es auf der Homepage der Jüdischen Gemeinde. Sonnenschein und die Bänke am Springbrunnen laden zum Verweilen ein, Kinder spielen auf dem Spielplatz und eine muslimische Familie picknickt. Die Synagoge, ein riesiger Betonquader, umrahmt von Gemeindehaus und Jüdischem Museum, ist geöffnet. Gern will ich die Gelegenheit für einen Besuch nutzen. Am Eingang spricht mich ein junger Mann auf Englisch an, er sieht aus wie einer der Sicherheitsleute vom Oktoberfest. Als ich ihm freundlich empfehle, Deutsch zu sprechen, da wir ja in München sind, wird sein Ton verbindlicher. Der Zugang zur Synagoge sei nicht möglich, nur für Mitglieder der Gemeinde. Als ich dem Tempelwächter erklären will, dass Gotteshäuser in Deutschland traditionell öffentlich sind, wird das Gespräch von ihm beendet. Möglicherweise habe ich seine „Ehre“ verletzt.

Wenig später, am Springbrunnen, sprechen mich zwei junge Polizeibeamte an. Auf Veranlassung des Tempelwächters müssten sie nun meine Personalien kontrollieren. Beide sind um die 20 Jahre alt und mit Maschinenpistolen und Panzerwesten ausgestattet. Dies sei nun einmal ein sensibler Ort, meint der eine Beamte, während der andere mit meinem Pass und seinem Funkgerät beschäftigt ist. Aufgrund von „Charlie Hebdo“, sagt er. Auf meinen Einwand, dass die Attentäter von „Charlie Hebdo“ in Paris Muslime waren und es um Mohammed-Abbildungen in einem Satiremagazin ging, entgegnet der Beamte schnell, dass dieser Platz mit dem Jüdischen Zentrum wegen des neuen Antisemitismus und der deutschen Vergangenheit besonders sensibel sei. Mein Einwand, dass der aufkeimende Antisemitismus in Deutschland etwas mit muslimischen Immigranten zu tun haben könnte und das Dritte Reich seit 72 Jahren Geschichte ist, folgt die Frage, ob ich in der Vergangenheit schon einmal etwas mit der Polizei zu tun hatte. Nun kommt der erste Beamte mit meinem Pass zurück und beide wünschen mir noch einen schönen Tag.

Frankfurt, Buchmesse

„Das Grundverständnis unserer Demokratie ist es, gegen Ausgrenzung zu sein und nicht schlecht zu reden über Dritte“, betonte der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) am Stand des rechtsintellektuellen Verlags Antaios. Es waren warme Worte eines Politikers, die sich in den folgenden Tagen als Heuchelei erwiesen. Der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels als Veranstalter der Buchmesse, Alexander Skipis, wurde zur Präsenz rechter Verlage konkreter: „Wir sehen uns in der Pflicht, uns aktiv mit der Präsenz dieser Verlage auseinanderzusetzen und für unsere Werte einzutreten. Meinungsfreiheit heißt auch, Haltung zu zeigen. Engagieren Sie sich!“ Während der Börsenverein der Buchmesse gegen „Rassismus“ mobil macht, bekamen Immigranten im Jahr 2015 freien Eintritt gewährt und Extra-Leseecken eingeräumt.

Buchmesse-Direktor Juergen Boos sagt: „Ich will die rechten Verlage nicht hier haben, aber wir müssen sie zulassen. Wir müssen es aushalten, wenn da jemand ist, dem wir nicht zuhören wollen.“ Der Kommmunikationsstratege, der nicht zuhören will, ruft auf, „Gesicht gegen Rechts“ zu zeigen. Dazu, wie die Buchmesse im kommenden Jahr mit Auftritten neurechter Verlage umgehen will, möchte Boos sich jetzt noch nicht äußern.

Arabisch scheint Zweitsprache am Tegernsee zu sein: Verbotsschild im Yacht-Club Bad Wiessee

Die Amadeu-Antonio-Stiftung wurde daher im Vorwege von der Messeleitung gegenüber des Antaios-Buchmessen-Stands platziert. „Rechtsextremismus und Antisemitismus, auch in Form von Israelfeindlichkeit, und Rassismus sind ein in Deutschland weit verbreitetes Problem“, steht auf der Homepage der Stiftung, die nach einem 1990 in Eberswalde umgekommenen Afrikaner benannt ist. Antisemitismus und Rechtsextremismus gehören für die vom Bund üppig geförderte Stiftung untrennbar zusammen und können naturgemäß nicht primär mit muslimischen Immigranten in Verbindung gebracht werden.

„Eine Diskussion auf Augenhöhe mit den Neuen Rechten würde bedeuten, dass wir unsere demokratischen Überzeugungen zur Debatte stellen. Menschenrechte sind nicht verhandelbar“, belehrt mich eine Mitarbeiterin der Stiftung im schwarzen Kostüm und Prinz-Eisenherz-Frisur garstig. Sie hatte mich zuvor im Gespräch mit den Antaios-Leuten nebenan gesehen. Nicht mit Rechten reden ist nicht nur Konsens auf der Buchmesse, sondern auch bei der gegenwärtigen Regierungsbildung. Dabei sind auf der Buchmesse rechte Verlage durchaus ein beherrschendes Thema. Es finden eine Menge Veranstaltungen über Rechte statt – aber eben ohne sie. Das wiederum beschert dem rechten Lager nicht nur Zulauf, sondern auch stete mediale Aufmerksamkeit. Am ersten Tag wird Verleger Götz Kubitschek von Kamerateams aus ganz Europa belagert.



Ästhetische Intervention eines Wutbürgers: Miss Germany 2020

Die Stände von Antaios und anderen der Neuen Rechten nahestehenden Verlagen wurden nachts verwüstet, mit Parolen beschmiert und die Mitarbeiter von mutmaßlich linken Schlägern bedroht. Vom Sicherheitspersonal will niemand etwas bemerkt haben, auch hier haben nicht wenige der Mitarbeiter einen Zuwanderungshintergrund. Kubitschek warf dem Börsenverein vor, die Stände nicht genügend vor linken Aktivisten geschützt zu haben.

Wie das von den Veranstaltern der Messe geforderte Engagieren, Nicht-Zuhören-Wollen, Haltung und Gesicht zeigen, praktiziert wurde, ließ sich anschaulich bei einer Buchpräsentation des Antaios-Verlags beobachten: Es ist kein Platz mehr frei vor dem Podium, etwa 300 Gäste sind gekommen. Während der Buchbesprechung „Mit Linken Leben“ begannen bereits die Pöbeleien linker Störer. Transparente mit „Ihr seid Nazis“ wurden von vermeintlich braven Zuhörern entrollt. Der zunächst verbale Protest von etwa 50 Linken schlug nach dem Auftritt des AfD-Politikers Björn Höcke bei der Ankunft der Identitären Martin Sellner und Mario Müller, zwei politischen Aktionskünstlern aus Österreich, von Seiten der Demonstranten in Gewalt um. Ein tätowierter Schläger plötzlich geht auf Kubitschek los, die Polizei führt ihn ab. Die Beamten trennen die gewaltbereiten Linken von den Veranstaltern und ihren friedlichen Gästen, eine Fortsetzung der Lesungen ist aufgrund des Lärms nicht möglich. „Nazis raus“ und „Deutschland verrecke“ skandieren die selbsternannten Meinungsschützer, die Identitären anworten mit „Jeder hasst die Antifa“.

Die Polizei „räumt“ erst nach 40 Minuten Dauertumult, die Störer ziehen verdächtig schnell und sanft ab. „Wir haben gewonnen, die sind gegangen und wir sind geblieben!“, triumphiert Martin Sellner. Die Gäste freuen sich nun über die Ruhe und die Fortsetzung der Lesung. Doch da betritt Buchmesse-Direktor Jürgen Boos die Bühne. Er will das Ende der Veranstaltung verkünden, da die Zeit um sei, aber sein Megafon geht nicht. Kubitschek greift nach dem Megafon, die Gäste erkennen die Situation, unter lautstarken Protestrufen „Heuchler“ zieht sich Boos mit seinen Polizisten zurück. Der Verleger gibt eine Abschlusserklärung ab und beendet die Veranstaltung. Ein Schelm, der an eine Absprache zwischen Buchmessenleitung, Demonstranten und Sicherheitskräften denkt.

„Die Vorkommnisse auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse machen deutlich, wie widersprüchlich es in unserem Land zugeht: wie unter dem Begriff der Toleranz Intoleranz gelebt, wie zum scheinbaren Schutz der Demokratie die Meinungsfreiheit ausgehöhlt wird“, heißt es in der Charta 17. Zu den Erstunterzeichnern der von der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen initiierten Petition gehören unter anderem Jörg Friedrich („Der Brand“), der Publizist Michael Klonovsky, die DDR-Bürgerrechtlerin und frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, die Publizistin Cora Stephan, der frühere „Spiegel“- und „Welt“-Journalist Matthias Matussek, der Autor Ulrich Schacht, der Journalist und Publizist Heimo Schwilk sowie der Bestsellerautor Uwe Tellkamp („Der Turm“). Alles Leute, die bislang nicht als besonders „rechts“ aufgefallen sind.

Übrigens, kein linker Verlag wurde bedroht oder dessen Stand zerstört. Bei den muslimischen Verlagen, die für die Scharia und religiös verbrämten Faschismus eintreten, fand sich kein einziger „Menschenrechtler“ ein, um, wie die Buchmessen-Veranstalter vor dem Antaios-Stand, stumm mit Schildern zu demonstrieren. Darauf stand „Freiheit und Vielfalt“ und „Gegen Rassismus“.

Thilo Gehrke

Preis für Inklusion und Immigration

Deutsche Viertklässler fallen bei den Leseleistungen im internationalen Vergleich zurück

Die Leseleistungen deutscher Viertklässler sind im internationalen Vergleich nur mittelmäßig. Beinahe jeder fünfte Grundschüler hat massive Probleme. Es gibt zwar mittlerweile mehr leistungsstarke, aber auch mehr leistungsschwache Schüler. Das geht aus der vierten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hervor, die in der vergangenen Woche vorgestellt wurde.

Seit 2001 werden mit der Erhebung alle fünf Jahre die Leseleistungen von Viertklässlern gemessen: „Die Leistungen der Kinder hängen stark von ihrem Elternhaus ab, diese Zusammenhänge sind ja schon seit Längerem bekannt. Aber ich finde es bemerkenswert und auch tragisch, dass sich seit 2002 nichts daran geändert hat. Hier besteht doch dringend Handlungsbedarf“, erklärte die Studienautorin Heike Wendt vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund gegenüber „Spiegel Online“.

Mit der IGLU werden im Fünfjahresabstand das Leseverständnis der Schüler, ihre Einstellung zum Lesen und ihre Lesegewohnheiten untersucht. Im vergangenen Jahr nahmen insgesamt 47 Staaten und zehn Regionen teil. In Deutschland wurden knapp 4300 Schüler einbezogen.

„Wir haben immer noch eine zu starke Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Darauf haben wir noch keine Antwort gefunden“, sagte Co-Autor Wilfried Bos gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ und fügte hinzu: „Es ist eine einzige Schande, dass wir unsere Kinder nicht zu dem Erfolg führen, der ihnen eigentlich angeboten ist.“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderte mit Blick auf die Ergebnisse, deutlich mehr Geld in die Grundschulen und in gezielte Leseförderprogramme zu investieren. Zudem seien die Ganztagsangebote auszubauen. „Es ist alarmierend, wenn die Grundschule ihrem Anspruch, eine Schule für alle Kinder zu sein und Bildungsungerechtigkeiten abzubauen, immer weniger gerecht werden kann“, sagte das zuständige Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. Im EU-Durchschnitt investiere Deutschland besonders wenig Mittel in die Leseförderung, so moniert die GEW.



Bild: pa

Stellten vorletzten Dienstag in Berlin die IGLU-Ergebnisse von 2016 vor: Susanne Eisenmann und Wilfried Bos

Kritik kam auch vom VBE-Verband Bildung und Erziehung, einem weiteren Lehrerverband. „Die Politik lenkt von ihrer Verantwortung ab, wenn sie sich nach internationalen Untersuchungen in pauschale Forderungen flüchtet, Deutschland müsse sich mehr anstrengen. Es ist unehrlich, wenn Politik sich hinstellt und die Ergebnisse beklagt, für die sie letztlich selbst verantwortlich ist. Solange wir in Deutschland nicht bereit sind, die Investitionen in den Bildungsbereich und insbesondere in den Primarbereich zu tätigen, die erforderlich sind, wird sich an den Ergebnissen nichts ändern“, erklärte der VBE-Vorsitzende Udo Beckmann.

> Statt auf politisch inkorrekte Lösungen setzt die Lehrerlobby auf mehr Geld vom Staat

Die nordrhein-westfälische Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) erklärte gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe: „Deutschland befindet sich noch immer auf dem Standstreifen, und wir müssen noch einen Gang zulegen, um auf die Überholspur zu gelangen.“ Die FDP-Generalsekretärin Nicola Beer mahnte eine bessere Sprachförderung vor der Einschulung an. Kai Gehring, Bildungsexperte der Bundestagsfraktion der Grünen, schlug eine gemeinsame Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen mit außerschulischen Partnern vor. „Die Leseförderung gehört im Land der Dichter und Denker endlich in den Mittelpunkt.“ Die Bundesvorsitzende der Linkspartei Katja Kipping führte die Ergebnisse auf eine vermeintliche soziale Ungleichheit zurück: „Statt alle Kinder so zu fördern, wie sie es brauchen, verschärft das Bildungssystem weiter die soziale Auslese“, sagte sie der Deutschen Presse Agentur.

„In 2001 waren nur vier andere Länder besser als wir, mittlerweile sind es 20 Länder, die besser geworden sind als wir. Obwohl unsere Leistungen die gleichen sind. Wir müssen deswegen nicht in Sack und Asche tragen, 20 Länder sind aber an uns vorbeigezogen, das ist eine Menge und schwierig zu akzeptieren“, sagte Studienautor Bos.

Bei den Leseleistungen erreichten die deutschen Viertklässler 2016 einen Mittelwert von 537 Punkten gegenüber 539 im Jahre 2001. Der internationale Mittelwert beträgt mit 521 Punkten 16 weniger. Die Studienautoren warnen daher auch vor Schwarzmalerei. „Vergleichbarkeit ist immer schwierig, das gilt ja schon für die einzelnen Bundesländer. Aber grundsätzlich sind unsere Standards hoch und sehr streng“, sagte Heike Wendt: „Die 20 Länder, die jetzt signifikant besser abgeschnitten haben als Deutschland, stehen einfach besser da, das kann man ohne schlechtes Gewissen sagen.“

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Baden-Württembergs Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Susanne Eisenmann, zeigte sich gegenüber dem Bayerischen Rundfunk „nicht vollkommen überrascht“. Andere Studien wie der IQB-Bildungstrend, bei dem die Leistungen der Bundesländer verglichen werden, kamen zuletzt zu ähnlichen Ergebnissen. „Insgesamt sind die Ergebnisse für Deutschland nicht wirklich positiv zu bewerten“, räumt Eisenmann ein. Angesichts dessen, dass andere Länder an Deutschland vorbeigezogen seien, sei Stagnation Rückschritt. Sowohl die fortschreitende Inklusion als auch die höhere Zahl von Kindern mit Immigrationshintergrund spiele bei den Ergebnissen eine Rolle. *Peter Entinger*

Offene Kritik an den USA

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel räumt Interessenkonflikte ein

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat eine Neuausrichtung der USA-Politik gefordert. In einer Grundsatzrede beim „Berlin Foreign Policy Forum“ der Körber-Stiftung, einem hochrangig besetzten Treffen von Außenpolitikern und Außenpolitikexperten, erklärte er, die USA seien nicht länger ein „verlässlicher Garant des liberal geprägten Multilateralismus“. Die „Selbstverständlichkeit, mit der wir die US-amerikanische Rolle als – trotz gelegentlichen Zwistes – behütend sehen“, beginne „zu bröckeln“. Die Vereinigten Staaten würden Deutschland womöglich ebenfalls anders als vorher betrachten, eher als einen Partner unter vielen. Dies müsse nichts Schlechtes sein, bedeute aber auch, dass Deutschland „ganz zwangsläufig auch als Wettbewerber“ wahrgenommen werde.

In diesem Zusammenhang nannte Gabriel drei Punkte, in denen die Interessen Europas und der USA derzeit besonders auseinandergehen würden. Dazu gehören die von den USA verabschiedeten Sanktionen gegen Russland, die Konsequenzen für deutsche und europäische Unternehmen haben könnten, die sich an russischen Pipeline-Projekten beteiligen. Damit spielte Gabriel auf die Nord-Stream-2-Pipeline an, die innerhalb der kommenden beiden Jahren gebaut werden soll. „Das gefährdet unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen“, sagte Gabriel. Die USA lehnen den Bau dieser Gasleitung ab und setzen gleichzeitig darauf, europäische Länder mit amerikanischem Flüssiggas zu beliefern. Ganz im Sinne der USA bezeichnete der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen das deutsch-russische Projekt Anfang Dezember in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung das Projekt als „eine Falle Russlands“, in die Deutschland hineinspaziere, mit schwerwiegenden Konsequenzen für seine europäischen Nachbarn. Wenn die Pipeline gebaut wird, wird sie – unter Umgehung der zwischen den beiden Partnern liegenden europäischen Staaten – von Russland nach Deutschland auf dem Boden der Ostsee verlaufen. Die Rohrverlegung soll Anfang des kommenden Jahres beginnen. Berlin stand bisher hinter der Erdgastrasse, die jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland nach Deutschland liefern würde.

> Zweifel daran, dass die USA »behütend« seien

Weiter nannte Gabriel die drohende Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran. US-Präsident Donald Trump weigert sich bislang, das Funktionieren des Abkommens wie gesetzlich vorgeschrieben zu bestätigen und es zur Überprüfung an den Kongress zu überweisen. „Das würde unsere eigenen Interessen in unserer eigenen Nachbarschaft gefährden“, sagte Gabriel.

Irritiert zeigte sich der deutsche Außenminister auch über die Ankündigung der USA, Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen. Eine Lösung der Jerusalem-Problematik könne nur durch direkte Verhandlungen gefunden werden. „Alles, was sozusagen die Krise verschärft, ist kontraproduktiv in diesen Zeiten“, sagte Gabriel.

Der SPD-Politiker hält eine zweite Amtszeit Trumps durchaus für möglich: „Ich würde keine Wette eingehen, dass Trump nicht acht Jahre Präsident bleibt“, sagte er der „Bild am Sonntag“. Dieser sei „ein kühl kalkulierender Politiker“. Er habe gesehen, dass eine Mehrheit der Amerikaner sich abgehängt fühle und den Sprüchen der Politiker nicht mehr glaube. *P.E.*

»Herrschaft der Männer«

Türkischstämmige Soziologin warnt vor Familiennachzug

Während die SPD, wie zuvor die Grünen, das Recht auf Familiennachzug auch für subsidiär Schutzbedürftige zu einer Bedingung einer Großen Koalition macht, behaupten anerkannte Sozialwissenschaftler mit eigenem Immigrationshintergrund aus der Türkei und Syrien wie Necla Kelek oder auch Bassam Tibi, dass Familiennachzug kein Akt der Nächstenliebe sei, sondern der Beginn von Parallelgesellschaften.

In einem Gastartikel für die Mainzer „Allgemeine Zeitung“ hat Kelek die SPD deutlich davor gewarnt, den Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige wieder zuzulassen, was die CDU/CSU bislang noch vehement ablehnt. Der Familiennachzug fördere nach ihrer Erfahrung keineswegs die Integration, sondern vielmehr „Parallelgesellschaften und sendet zudem das falsche Signal an Menschen in ihren Heimatländern“, schrieb sie. Lieber sollte es keine Große Koalition geben, als eine, die unter einem solchen Zugeständnis zustande komme, rät die türkischstämmige Soziologin. SPD-Parteivize Ralf Stegner vom linken SPD-Flügel hatte vor den ersten Kontakten zur Neuauflage einer Großen Koalition den Familiennachzug zu den „humanitären Verpflichtungen“ dieser Koalition gemacht.

Kelek berichtete von einem 14-jährigen Syrer, der als Ankerkind für seine ganze Familie nach Deutschland vorweg geschickt wurde, um die Eltern und die restlichen 13 älteren und jüngeren Geschwister und eine „Tante“ nach Hamburg nachzuholen. Alle lebten nun in einer Sozialwohnung von Sozialhilfe. Der bis dahin schnell lernende Jugendliche habe sich nach der Ankunft seiner Großfamilie nur noch um diese kümmern müssen, sein Traum von Freiheit und Bildung, wenn er einen solchen gehabt habe, habe er nach der Familienzusammenführung begraben müssen, da er wieder dem Familienoberhaupt, dem Vater, habe gehorchen müssen.

> Mit den »Familien« kommen die Parallelgesellschaften

Kelek wirft den deutschen Behörden vor, die orientalischen Familienstrukturen zu ignorieren. Im Orient sei infolge der Dominanz des Islams nicht wie in Europa die Kleinfamilie vorherrschend, sondern es seien Großfamilien und Sippen, die wie die libanesischen Clans in Berlin patriarchalisch organisiert seien. Mit der Familienzusammenführung werde die „Herrschaft der Männer“, die ja sonst gerade den Grünen suspekt sei, importiert. Folge der islamischen Männerherrschaft sei, dass die Ehefrau keine Lebenspartnerin sei, sondern lediglich Sexualpartnerin, so Kelek. Um dieses Gesellschaftmodell, das Mädchen durch Zwangsverheiratung früh auch mit Kindern belastet, fortzusetzen, sei die Familienzusammenführung wichtig, nicht jedoch für eine Integration.

Die islamkritische Autorin geißerlte vor allem die Grünen, bei denen es ja auch einige Türkischstämmige in leitenden Positionen gibt: „Wer wie die Grünen Familiennachzug als Akt der Nächstenliebe preist, will offenbar nichts über die Strukturen dieser anderen Kultur wissen, vielleicht will er bewusst unter dem Mantel der Vielfalt und Toleranz Gegengesellschaften etablieren helfen.“ Dabei müsste Cem Özdemir eigentlich wissen, wie orientalische Familienstrukturen funktionieren. Kelek kritisierte auch die grüne Doppelmoral, wenn sie sich rühmt, dass die Grüne Claudia Roth plötzlich die christliche Familie entdeckt oder der Altkommunist Jürgen Trittin plötzlich von christlichen Werten spricht. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Eurofighter jetzt auch Bomber

Nörvenich – Die Luftwaffe hat den ersten Eurofighter, der zugleich über Luft-Luft- und Luft-Boden-Fähigkeit verfügt, übernommen. Dazu wurde der als Abfangjäger konzipierte Typ mit einer Vorrichtung zum Abwurf von Laser- und GPS-gesteuerten Bomben ausgerüstet. Die „intelligente“ Bombe GBU-48 besteht aus zwei Hauptbauteilen, dem Sprengkörper selbst mit knapp einer halben Tonne Sprengstoff und einer Lenkeinheit. Die Bombe wird etwa zehn Kilometer vom Ziel entfernt abgeworfen. Ein Rechner steuert sie dann so, dass sie direkt ins Ziel fliegt. Die Genauigkeit der als Präzisionswaffe deklarierten Bombe liegt GPS-gesteuert bei etwa acht Metern, lasergelenkt bei einem Meter. Beim Einsatz des Laserkopfes muss das Ziel zuvor von einem Soldaten am Boden „angelasert“ werden. Alternativ kann der Pilot das Ziel auch selbst erfassen, wofür er allerdings kilometerweit freie Sicht zum Boden benötigt. *J.H.*

Weimar bleibt standhaft

Weimar – Die Stadt Weimar hat sich nicht einschüchtern lassen und dem in China inhaftierten uigurischen Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti den diesjährigen Menschenrechtspreis verliehen. Zuvor hatte es massive Proteste Pekings gegeben. Zudem waren nach Bekanntgabe des Preisträgers im Sommer Internetseiten des Menschenrechtspreises auf mysteriöse Weise verschwunden. Menschenrechtler gehen davon aus, dass diese Seiten von Hackern aus China gelöscht wurden. Laut der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist es „gängige Methode der chinesischen Staatssicherheit, Hackerangriffe auf kritische Webseiten im Ausland zu veranlassen“. Die GfbV sieht die Preisverleihung als einen „unmissverständlichen Auftrag an Bundesregierung und EU, sich für Tohtis Freilassung einzusetzen“. *J.H.*

Zeitzeugen



Bild: Imago

Hubertus Knabe – In seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit äußerte der Historiker wiederholt scharfe Kritik am milden Umgang mit den Tätern aus der Zeit der SED-Diktatur.

Karl-Heinz Bomberg – Zusammen mit seinem Kollegen Stefan Trobisch-Lütge veröffentlichte der Psychoanalytiker das Buch „Verborgene Wunden: Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe“. Darin wird unter anderem beschrieben, wie sehr die Opfer der SED-Diktatur immer noch unter ihrer Verfolgung sowie auch dem mangelnden Respekt seitens der Gesellschaft heute leiden.



Bild: Imago

Heinz Keßler – Der vormalige Minister für Nationale Verteidigung der DDR wurde am 16. September 1993 im Rahmen der „Mauerschützenprozesse“ zu einer siebeneinhalbjährigen Haftstrafe wegen Anstiftung zum Totschlag verurteilt, wobei die Staatsanwaltschaft zwölf Jahre gefordert hatte. Drei Jahre vor Ablauf seiner Strafe kam der Verantwortliche für den Schießbefehl an der Grenze auf Bewährung frei.

Edmund Käbisch – Weil er sich zu DDR-Zeiten mit der teilweise recht systemtreuen Führung der sächsischen Landeskirche überwarf, setzte das Ministerium für Staatssicherheit insgesamt 62 inoffizielle Mitarbeiter auf den Zwickauer Pfarrer an. Einer davon war Holm Singer (IM „Schubert“), der Käbisch dann 2008 gerichtlich daran zu hindern versuchte, ihn in der Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ zu enttarnen.



Bild: Landtag Brandenburg

Dieter Dombrowski – Wegen versuchten „ungesetzlichen Grenzübertritts“ und „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ wurde der heutige CDU-Politiker und Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft 1974 in Schwerin zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er 20 Monate verbüßen musste. Mit Blick auf die Versuche zur Wiedergutmachung von DDR-Unrecht äußerte Dombrowski: „Was man nicht rehabilitieren kann, das ist der Verlust an Menschenwürde.“

Ein Unrechtsstaat

Zahlen und Fakten lassen keinen anderen Schluss zu

Immer noch wird von DDR-Nostalgikern und Politikern der Linken in Abrede gestellt, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist. Dabei sprechen die Zahlen und Fakten eine überaus deutliche Sprache.

In der DDR gab es weder freie Wahlen noch Meinungs- oder Pressefreiheit. Ebenso blieben den Bürgern des „Arbeiter- und Bauernstaates“ viele andere grundlegende Menschenrechte verwehrt. Wer dagegen aufbegehrte oder das Land „illegal“ zu verlassen versuchte, dem drohten schwere Nachteile – bis hin zur Enteignung oder gar Haft, Folter und Tod. Wie viele Menschen hiervon genau betroffen waren, ist unter Historikern bis heute umstritten und wird sich wohl nie mehr exakt eruieren lassen.

Einen guten Eindruck von den zahlenmäßigen Dimensionen der DDR-Verbrechen vermitteln aber Studien wie die von Ansgar Borbe für die thüringische Landeszentrale für politische Bildung, in denen die unterschiedlichen Forschungsergebnisse systematisch zusammengefasst und auf ihre Plausibilität hin geprüft wurden.

Danach gab es in der Zeit zwischen 1949 und 1989 an die 300 000 politische Häftlinge, von denen die Bundesrepublik 33 755 freikaufte. Mehrere tausend inhaftierte Oppositionelle starben in den stets gut gefüllten Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR – mindestens 500 davon durch Suizid. Rund 100 000 Überlebende leiden unter posttraumatischen Störungen und 50 000 weitere an anderen psychischen Nachwirkungen der Haft. Das betrifft insbesondere die 42 000 körperlich misshandelten oder gefolterten Gefangenen.

> Ansgar Borbe hat versucht, die Opfer zu zählen

52 Gegner der SED-Diktatur wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Etwa genauso viele liquidierte die Stasi ohne Verfahren. Dazu kamen zirca 1000 Todesopfer des Grenzregimes sowie die Erschossenen vom 17. Juni 1953.

Erinnert sei des Weiteren an die 12 000 Sportler, die durch das staatlich verordnete Doping Gesundheitsschäden erlitten, und die 8000 psychiatrisch zwangsbehandelten Systemkritiker. Außerdem startete das Ministerium für Staatssicherheit mehrere tausend „Zersetzungsaktionen“, um die komplette Existenz von „feindlich-negativen“ Personen zu zerstören. Zahllose weitere Oppositionelle erlitten berufliche Nachteile oder mussten die Schule beziehungsweise Universität verlassen – Eingriffe in Biografien, aufgrund derer manche Betroffene bis heute in Armut leben, während ihre Peiniger larmoyant mehr Rente für die eigene Person einfordern.

Ebenso vergriffen sich die Machthaber in Ostberlin und deren Handlanger massiv am Eigentum der Bürger in Mitteldeutschland. So verloren rund zwei Millionen „Republikflüchtige“ ihr Eigentum. Unter anderem gingen rund 140 000 Grundstücke und 200 000 Wohnungen in den Besitz des Staates über. Weiteres Unrecht schufen die Zwangsaussiedlungen aus den Grenzgebieten, die mindestens 12 000 Menschen betrafen und gleichfalls mit der Konfiskation von Immobilien einhergingen. Gang und gäbe war darüber hinaus der Bruch des Post- und Fernmeldegeheimnisses: Pro Tag öffnete die Schnüffler im Dienste der Staatssicherheit um die 90 000 Briefe und 60 000 Pakete.

Wer dies alles ignoriert und der DDR Rechtsstaatlichkeit attestiert, leidet entweder unter völligem Realitätsverlust oder versucht, die Öffentlichkeit in manipulativer Weise zu täuschen. Ganz abgesehen davon, dass die Opfer so noch ein zweites Mal gedemütigt werden. *Wolfgang Kaufmann*

Nähere Informationen bietet Ansgar Borbes Studie „Die Zahl der Opfer des SED-Regimes“, Erfurt 2010. Sie ist vergriffen, aber im Internet als PDF einsehbar unter: www.lzt-thueringen.de/files/pfederesed.pdf

Die Opfer des Grenzregimes der DDR

Einer aktuellen Studie des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin zufolge verloren an der innerdeutschen Grenze 327 Männer, Frauen und Kinder ihr Leben. Das jüngste Opfer war ein gerade einmal sechs Monate alter Säugling, der im Juli 1977 im Kofferraum des Fluchtfahrzeuges seiner Eltern erstickte, das älteste ein 81-jähriger Bauer aus dem niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg. Der Landwirt geriet im Juni 1967 irrtümlich auf verminte Gelände und verblutete mit abgerissenen Beinen.

Dazu kamen nach heutiger Forschungslage 139 Tote an der Berliner Mauer. Ebenso ertranken wohl weitere 200 DDR-Bürger bei der Flucht über die Ostsee. Und dann wären da noch all jene, die bei dem Versuch starben, die Grenze eines anderen Ostblockstaates in Richtung Westen zu überwinden. Deren Zahl lag möglicherweise gleichfalls bei etwa 200. Auch als Opfer des unmenschlichen Grenzregimes gelten die 203 Angehörigen der Grenztruppen, die Suizid begingen.

Viele Täter kamen ungeschoren davon

Rund die Hälfte der Grenztoten gehörte zur Gruppe der jungen Männer zwischen 18 und 25 Jahren, und 19 der Opfer hatten die Volljährigkeit noch nicht erreicht. Der sozialen Zusammensetzung nach handelte es sich bei den ums Leben Gekommenen zumeist um Arbeiter, Bauern und Handwerker.

Erfolgreich die Grenze „durchbrechen“ konnten zwischen dem 13. August 1961, also dem Tag des Mauerbaus, und dem 8. November 1989 um die 30 000 bis 40 000 DDR-Bürger, darunter 2000 Grenzsoldaten. Zugleich wanderten aber bis zu 100 000 „Republikflüchtige“, die an der Grenze oder schon bei der Vorbereitung eines „Grenzdurchbruchs“ gestellt wurden, ins Gefängnis.

Von den Verantwortlichen für die Gewalttaten an der DDR-Westgrenze und der Berliner Mauer kamen nach der deutschen Wiedervereinigung etwa 450 vor Gericht – reichlich 200 davon erhielten Bewährungsstrafen, und weitere 150 konnten sich über einen Freispruch freuen. *W.K.*



Bild: Stiftung Berliner Mauer, Foto: J. Hohmuth

Nur wenig erinnert im öffentlichen Raum an die DDR-Verbrechen: Grenzanlagen in der Bernauer Straße

Auf dem linken Auge blind

»Kalte Amnestie durch die Hintertür« für DDR-Verbrechen

Die strafrechtliche Verfolgung von DDR-Verbrechen seitens der Justiz des wiedervereinigten Deutschland endete im Jahre 2005. Bis dahin wurden rund 75 000 Ermittlungsverfahren gegen 100 000 Beschuldigte angestrengt – zumeist wegen Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze, Wahlfälschung, Rechtsbeugung, Denunziation, Misshandlung von Gefangenen, Doping, Amtsmissbrauch und Korruption sowie verschiedener Stasi-Delikte wie rechtswidriger Post- und Telefonüberwachung oder Erpressung.

Vor Gericht verantworten mussten sich dann allerdings nur 1737 Angeschuldigte, das heißt, die Anklagequote betrug gerade einmal 1,4 Prozent. Ebenso erfolgten lediglich in 54 Prozent der Fälle Verurteilungen – somit traf es letztlich bloß jeden 133. aus der Gruppe der ursprünglich Beschuldigten. Am häufigsten ergingen die Urteile dabei wegen Rechtsbeugung und Gewaltexzessen an der Grenze. Jedoch wurden zumeist nur moderate Geld- oder Bewährungsstrafen verhängt. Tatsächlich ins Gefängnis mussten 40 Täter,

> Nur was auch in der DDR als illegal galt, wurde bestraft

darunter drei hauptamtliche beziehungsweise inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, die sich des versuchten oder vollendeten Mordes schuldig gemacht hatten.

Diese Milde resultierte nicht zuletzt daraus, dass die bundesdeutsche Justiz grundsätzlich nur jene auf DDR-Boden verübten Delikte ahndete, die auch nach den Gesetzen des SED-Staates strafbar waren. Dazu kamen überaus kurze Verjährungsfristen und eklatanter Personalmangel bei den Ermittlungsbehörden sowie der politische Wille, aus innen- und außenpolitischen Erwägungen heraus keine zu rigide Gangart bei der Abrechnung mit den Tätern aus den neuen Bundesländern einzuschlagen.

Angesichts dieser „kalten Amnestie durch die Hintertür“, wie es Hubertus Knabe nennt, ist es abwegig von einer „Siegerjustiz des Westens“ zu sprechen, wie das ehemalige Nutznießer des DDR-Unrechtssystems mit Dreck am Stecken regelmäßig tun. Manche klagen sogar noch gegen ihre Opfer, wenn diese versuchen, die Schuld ihrer Peiniger öffentlich zu machen, sprich deren „Persönlichkeitsrechte“ zu „verletzen.“ *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Berlin in Wolkenkratzer-Euphorie

Am Alexanderplatz und in der City-West sollen neue Türme in den Himmel wachsen



Wolkenkratzer mit Läden und 475 Appartements: Der Entwurf für einen Turmbau am „Alex“ ist nur eines von vielen Hochhausprojekten im Westen und in der Mitte Berlins

Bild: Finest-Images/ Ortner & Ortner Baukunst

Ein Masterplan sieht für den Berliner Alexanderplatz den Bau von neun Hochhäusern vor. Die Wolkenkratzer in Berlins Mitte sind allerdings aus mehreren Gründen umstritten.

Bereits für zwei Projekte gibt es ganz konkrete Planungen. Der US-Investor Hines will direkt neben dem Elektronikmarkt Saturn ein 39-stöckiges Gebäude errichten. Nach einem Entwurf des Architekten Frank O. Gehry soll ein verdrehtes Hochhaus mit Wohnungen und einem Hotel entstehen. Der Bau sollte eigentlich schon vor zwei Jahren starten.

Allerdings bestanden die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auf Garantien für den Fall, dass es bei den Bauarbeiten zu Schäden an einem naheliegenden U-Bahntunnel kommt. Laut Angaben der BVG sind die Verhandlungen in der Angelegenheit noch nicht abgeschlossen. Bereits im Jahr 2014 hat der Bezirk Mitte dagegen einen positiven Bauvorbescheid für das Projekt der russischen Monarch-Gruppe gegeben.

Dieser Investor will neben dem Haupteingang des Einkaufszentrums Alexa ein 150 Meter hohes Gebäude mit 475 Appartements errichten. Vor Kurzem hat auch Galeria Kaufhof Pläne für ein Hochhaus am Alexanderplatz präsentiert. Hier indes sieht der Senat noch Bedarf zum Nachbessern. Befürchtet wird offenbar, der Neubau könnte derart in den öffentlichen Raum hineinragen, dass Passanten nur der Weg unter dessen Arkaden bleibt. „Diese Verengung sehe ich sehr kritisch“, so die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher.

Auch für die City-West wachsen neue Hochhauspläne: Der weltbekannte Architekt Helmut Jahn, der bereits den Frankfurter Messeturm und das Berliner Sony-Center entworfen hat, stellte im November Ideen für einen 240 Meter hohen Wolkenkratzer vor, der am Charlottenburger Europa-Center gebaut werden könnte. Stararchitekt Jahn legte auch Skizzen für Gebäude mit einer Bauhöhe von 160 bis 180 Metern für den Ernst-Reuter-Platz vor.

> Es soll bis zu 240 Meter in die Höhe gehen

Die Realisierung könnte nicht nur am bestehenden Denkmalschutz für den Platz scheitern. Bislang fehlt dem Berliner Senat überdies ein gesamtstädtisches Planungskonzept für die Wolkenkratzerpläne. Das rot-rot-grüne Regierungsbündnis hat sich im Koalitionsvertrag zwar vorgenommen, für Berlin einen Hochhausplan zu entwikkeln, der Plan wird vermutlich aber erst im Jahr 2019 vorliegen. Zur Umsetzung benötigt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung offenbar die Hilfe externer Berater. Vorgesehen ist auch ein Erfahrungsaustausch mit Städten wie Frankfurt am Main und München, die bereits über Hochhauspläne verfügen. Ein Ziel ist es dabei, Wildwuchs von Hochhäusern über das gesamte Stadtgebiet zu vermeiden.

Allerdings existieren noch andere gute Gründe, die für eine sorgfältige Planung sprechen: So können sehr hohe Gebäude durch Verschattung und Fallwinde Einfluss auf das Mikroklima der Städte entwickeln. Groß ist ebenso die Gefahr, dass Innenstädte veröden, wenn nicht zumindest die Erdgeschosszonen von Hochhäusern für die Öffentlichkeit zugänglich sind, beispielsweise durch Einzelhandelsflächen.

Und noch aus einem ganz anderen Grund halten es Experten für angebracht, genau hinzusehen, wenn für deutsche Metropolen wie Berlin oder Frankfurt immer neue Wolkenkratzerprojekte vorgestellt werden. Weniger als wissenschaftliche Theorie denn als Gedankenspiel gedacht, präsentierte im Jahr 1999 Andrew Lawrence, damals Analyst bei der Investmentbank Dresdner Kleinwort Wasserstein, einen „Skyscraper-Index“.

Aufgefallen war dem Ökonomen eine scheinbare Überschneidung zwischen dem Bau immer höherer Wolkenkratzer und Wirtschaftskrisen. Tatsächlich werden viele dieser kostspieligen Turmprojekte in Zeiten konjunkturellen Hochphasen geplant und begonnen. Da deren Bau sich jedoch über Jahre hinzieht, fällt die Fertigstellung dann oftmals wieder in Phasen wirtschaftlicher Abkühlung oder sogar in Zeiten ausgemachter Wirtschaftskrisen. Vor diesem Hintergrund könnte eine Wolkenkratzer-Euphorie unter Investoren durchaus als ein volkswirtschaftliches Frühwarnsignal gesehen werden.

Tatsächlich präsentiert die Wirtschaftsgeschichte entsprechende Beispiele, bei denen sich der Bau von Wolkenkratzern aus Investorensicht bald nach Baubeginn als massive Fehllenkung von Kapital herausgestellt hat. Lawrence kann unter anderem auf das Rennen verweisen, das sich die Investoren des Chrysler Building und des Empire State Building in New York lieferten, die 1930 und 1931 fertiggestellt wurden.

Der damalige Wettlauf um den Titel des höchsten Gebäudes der Welt wurde überschattet vom Zusammenbruch der Börsen 1929. Derzeit sorgt vor allem der „Jeddah Tower“, ehemals „Kingdom Tower“, in Saudi-Arabien für Aufsehen: Vorgestellt wurden die Planungen für den Turm von 1007 Metern Höhe bereits im Sommer 2011. Auch in diesem Fall wurde das Projekt angeschoben, als die Saudis scheinbar im Geld schwammen. Der gefallene Ölpreis und Finanzierungsprobleme haben allerdings den Baubeginn für das 1,2 Milliarden-Dollar-Projekt deutlich verzögert. Ursprünglich war von einer 36-monatigen Bauzeit und einer Eröffnung im Jahr 2018 die Rede, mittlerweile wird für die Fertigstellung das Jahr 2019 anvisiert.

Ein böses Omen für Berlins Hochhausphantasien? *Norman Hanert*

Brennende Probleme

Von Vera Lengsfeld

Kürzlich feierte der rot-rot-grüne Senat sein einjähriges Bestehen, aber blieb mit seiner Freude darüber ganz allein. Noch nie hat eine Regierung das Vertrauen ihrer Wähler so schnell verspielt. Inzwischen hagelt es beinahe im Stundentakt Meldungen, die sich so unglaublich anhören, dass man meinen könnte, sie seien von den Gegnern der Regierung erfunden, um die Koalition zu diskreditieren. Dabei sind sie wahr.

In Kreuzberg wird in einer Ausstellung einer der Mörder im Pariser Klub „Bataclan“, die für den Tod von 89 Menschen verantwortlich sind, als Märtyrer dargestellt. Die Installation im Haus Bethanien am Mariannenplatz trägt den Titel „Märtyrermuseum“. Es werden Persönlichkeiten der Weltgeschichte gezeigt, die für ihre Überzeugungen in den Tod gingen. Sokrates (469–399 v. Chr.) ist dabei und die Heilige Apollonia von Alexandria (3. Jahrhundert n. Chr.) oder Martin Luther King (1929–1968).

Am Ende der Reihe steht Ismaël Omar Mustafaï, einer der Islamisten von Paris. Die Ausstellung wird vom Senat gefördert, der nichts Bedenkliches in der Verklärung eines Mörders zum Märtyrer finden kann.

In keinem Zusammenhang damit steht der kürzliche Munitionsfund in einer Tiefgarage in unmittelbarer Nähe des Weihnachtsmarkts Charlottenburg. Die noch original verpackten Projektile wurden von einem Berliner auf seinem gemieteten Stellplatz entdeckt.

„Aufgrund der Nähe des Munitionsablageortes zum Weihnachtsmarkt und der Tatsache, dass sich oberhalb der Tiefgarage eine Moschee befindet, wird eine Gefahrenlage angenommen“, hieß es in einem polizeiinternen Schreiben. Ob sich ein neuer Märtyrer für die Neuköllner Ausstellung profilieren wollte, bleibt unklar.

Klar ist dagegen, was sich vor wenigen Tagen vor der US-amerikanischen Botschaft am Brandenburger Tor abgespielt hat. Hier wurden von aufgebrachten Palästinensern israelische Flaggen verbrannt und Sprüche wie „Kindermörder Israel“ gerufen. Zwar wurde diese Aktion vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) als Missbrauch des Demonstrationsrechts bezeichnet, das hinderte die Möchtegern-Märtyrer aber nicht, die Flaggenverbrennung noch zweimal an anderen Orten zu wiederholen.

Demnächst jährt sich die Tat des Noch-Nicht-Märtyrers Anis Amri. Die Bundeskanzlerin musste sich nach öffentlichem Druck endlich mit den Angehörigen der Opfer vom Breitscheidplatz treffen. Zu den Flaggenverbrennungen schweigt sie bis heute.

Grüne: Kopftuch erlauben

Berliner Landesparteitag will Verbot für Lehrerinnen kippen

Berlins Grüne haben sich auf ihrem Landesparteitag Anfang Dezember dafür ausgesprochen, Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs zu ermöglichen. Ohne Gegenstimmen haben die Delegierten beschlossen, nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sei ein „pauschales Kopftuchverbot nicht mehr zu halten“.

Bettina Jarasch, Landeschefin von 2011 bis 2016 und Mitglied des Abgeordnetenhauses, sagte: „Ich möchte, dass es Lehrerinnen mit Kopftuch an Berliner Schulen gibt.“ Zur Begründung hieß es auch, die meisten „Geflüchteten“ kämen aus arabischen Ländern und seien muslimisch. Damit würde der Umgang mit „sichtbarer Religion“ in den Schulen neue Dringlichkeit bekommen.

Die Forderung könnte sich zu einer Belastung für die rot-rot-grüne Koalition entwickeln. Die Grünen erhalten in der Frage zwar Rückendeckung von der Linkspartei, allerdings lehnt die SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres eine Aufweichung der Regelung im Berliner Neutralitätsgesetz ab.

Nur vereinzelt waren selbstkritische Stimmen zu hören. Fraktionschefin Antje Kapek etwa sprach davon, dass der Gegenwind in der Stadt gegen die rot-rot-grüne Koalition stärker werde. Eine andere Delegierte merkte an, Integration werde kaum funktionieren, wenn 800 „Flüchtlinge“ unter sich jeden Tag Arabisch statt Deutsch sprächen.

> Mitte-Bürgermeister Dassel innerparteilich unter Druck

Dominiert haben den Parteitag aber bekannte Argumentationsmuster zu „Gender“, Zuwanderung und Verkehrswende. Ins Bild passend haben einige Delegierte Stefan von Dassel, den grünen Bürgermeister von Berlin-Mitte, kritisiert. Dassel hatte sich vor einigen Wochen dafür ausgesprochen, aggressive ausländische Obdachlose, die im Tiergarten kampieren, notfalls in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Die Parteitagsdelegierten sprachen sich stattdessen dafür aus, arbeitsuchenden EU-Bürgern bereits nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland ein Recht auf Sozialhilfe einzuräumen. Applaus erhielt auch Monika Herrmann, die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg. Sie erklärte zum Thema Obdachlosigkeit, sie habe dafür keine rasche Lösung. Hermann hatte in der Vergangenheit durch ihr Agieren rund um „Flüchtlingsproteste“ auf dem Kreuzberger Oranienplatz und die Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule durch „Flüchtlinge“ bundesweit für Aufsehen gesorgt. *N.H.*

Arbeitsplätze nach Polen

Folge der Air-Berlin-Pleite: Käufer verlegen die Techniksparte

Der Verkauf der Techniksparte der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin kostet einen Großteil der dortigen Arbeitsplätze. Käufer der Techniksparte ist der Serviceanbieter Nayak, der sich mit der Berliner Logistikfirma Zeitfracht zu einer Bietergemeinschaft zusammengeschlossen hat. Dabei soll Zeitfracht das Tochterunternehmen Leisure Cargo übernehmen, das Frachtraum in Flugzeugen vermarktet.

Nayak plant, in Berlin 80 und in Düsseldorf weitere 170 ehemalige Air-Berlin-Techniker zu übernehmen. 700 weiteren Mitarbeitern stehe eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft offen. Komplett geschlossen werden soll offenbar der ehemalige Air-Berlin-Technikstandort auf dem Münchner Flughafen.

Im Kontrast zum Abbau von Arbeitsplätzen in München und Berlin steht eine Investitionsentscheidung. Lufthansa und der Münchner Triebwerksbauer MTU wollen gemeinsam in Polen einen Wartungsstandort für Triebwerke errichten. Wie beide Unternehmen vor Kurzem mitteilten, haben MTU und die Lufthansa-Wartungssparte Lufthansa Technik einen Vertrag für die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem Namen „Engine Maintenance Europe Aero“ (EME Aero) unterzeichnet. Eine Grundsatzvereinbarung war bereits im Februar 2017 getroffen worden. Geplant ist offenbar, in dem neuen Gemeinschaftswerk sogenannte Getriebefan-Triebwerke des US-Herstellers Pratt & Whitney zu warten.



Pleite wirft lange Schatten: Air Berlin Bild: Ken Fielding

Die sparsamen Triebwerke werden bei Mittelstreckenjets des kanadischen Herstellers Bombardier, aber auch bei Airbus eingesetzt. Pro Jahr sollen bei EME Aero mehr als 400 Instandsetzungen von Triebwerken erfolgen. Nach Angaben einer MTU-Sprecherin steht der genaue Standort für das neue Werk noch nicht fest. Geplant ist allerdings, dass er noch bis Jahresende feststehen soll.

In Polen sollen bei der EME Aero rund 800 Arbeitsplätze entstehen und bis zum Jahr 2020 rund 150 Millionen Euro investiert werden. MTU ist bereits seit einigen Jahren mit dem Tochterunternehmen MTU Aero Engines Polska in dem Nachbarland vertreten. *N.H.*

MELDUNGEN

Kriege der USA kosten Billionen

Providence – Die USA haben seit den Anschlägen vom 11. September 2001 4,3 Billionen Dollar für ihre Kriege ausgegeben. Das geht aus der Studie „Costs of War" der renommierten Brown University hervor. Deren Zahlen liegen weit über denen, die das US-Verteidigungsministerium kürzlich offiziell bekannt gegeben hat. Dem Pentagon zufolge hätten die Kriege in Afghanistan, Pakistan, Irak und Syrien bisher lediglich 1,4 Billionen Dollar gekostet. Demnach war offiziell der Waffengang in Afghanistan mit 731 Milliarden Dollar am teuersten, gefolgt von dem im Irak mit 584 Milliarden Dollar. *J.H.*

Zusatzmillionen für Krisenländer

Tripolis/Mossul – Libyen und der Irak dürfen sich über einen zusätzlichen Geldsegen aus Deutschland freuen. Das Bundesfinanzministerium hat eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro genehmigt. Die Mittel sollen dazu beitragen, „die humanitäre Notsituation von Flüchtlingen und anderen humanitär Hilfsbedürftigen in Libyen zu lindern". Eine weitere überplanmäßige Ausgabe des Auswärtigen Amtes im Bereich „Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung" in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro soll „für Schutz, Versorgung und freiwillige Rückkehr von Migranten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in und aus Libyen" sorgen. In den Irak fließen Mehrausgaben in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro zur Linderung der „akuten humanitären Notlage in Mossul". Weitere außerplanmäßige 200 Millionen Euro werden ausgegeben, um „die weltweite humanitäre Notsituation in verschiedenen Krisenregionen zu lindern". *J.H.*

Feige oder respektwürdig?

Der Kroate Slobodan Praljak reagierte auf den Richterspruch von Den Haag mit Suizid

Die Bilder gingen um die Welt. Ähnlich wie einst Hermann Göring entzog sich Slobodan Praljak dem Vollzug des gegen ihn verhängten Urteils durch die Selbstentleibung mittels Gift. An der Beurteilung dieser Tat scheiden sich die Geister.

Ein kleines Fläschchen Gift war es, mit dem sich Slobodan Praljak vor den Augen der Weltöffentlichkeit im Großen Saal des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag am 29. November das Leben nahm. Kurz nachdem die Kammer gegen ihn und zwei weitere Angeklagte einen Schuldspruch aus dem Jahr 2013 bestätigt hatte, unterbrach er den Vorsitzenden Richter und wies das Urteil unter Protest zurück. Mit weit aufgerissenen Augen stürzte er dann den tödlichen Trunk hinab und brach nur wenige Sekunden später hinter der Anklagebank zusammen. Die herbeigeeilten Ärzte vermochten sein Leben nicht mehr zu retten. Er verstarb wenig später in einem Krankenhaus.

In den etablierten Medien gab man sich schnell den üblichen Deutungsmustern für solche Fälle hin. Die „Bild"-Zeitung schrieb gar von einem Kriegsverbrecher, der aus Feigheit seiner gerechten Strafe zu entgehen suchte. Doch bei näherer Betrachtung erweist sich eine solche Charakterisierung nicht nur als oberflächlich, sondern als völlig unangemessen.

Slobodan Praljak wurde 1945 in einer Kleinstadt in der Herzegowina in eine kroatische Familie hineingeboren. Nach seinem Wehrdienst studierte er Elektrotechnik, Sozialwissenschaften und Theaterdramaturgie. Alle drei Studiengänge konnte er erfolgreich mit einem Abschluss beenden. Er arbeitete für das Theater und produzierte viele Filme.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens 1991 schloss er sich mit anderen Intellektuellen zu einem Freiwilligenverband zusammen, um die noch junge Republik vor der Intervention der jugoslawischen Armee zu schützen. Später arbeitete er ganz offiziell für die regulären kroatischen Streitkräfte und wurde schließlich Chef des Generalstabes. Aufgrund eines Zerwürfnisses mit Mladen Naletilic, einem anderen Offizier, wurde Praljak im November 1993 aus dem Dienst entlassen.

Einige Monate zuvor hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Schaffung eines Kriegsverbrechertribunals beschlossen. Hierbei handelte es sich um ein sogenanntes Ad-hoc-Gericht, das ausschließlich für die seit 1991 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht zuständig sein sollte. Die Rechtsgrundlage für dieses Gremium ist äußerst dürftig. Sie stützt sich auf Kapitel VII der UN-Charta. Dort wird der Sicherheitsrat allgemein ermächtigt, im Bedarfsfall „besondere Maßnahmen" zu ergreifen, um den Weltfrieden oder die internationale Sicherheit wiederherzustellen. Die Einrichtung von Gerichten ist hier hingegen nicht ausdrücklich erwähnt und dürfte auch kein taugliches Mittel sein, den genannten Zweck zu erreichen. Hinzu kommt, dass sowohl Kroatien als auch Bosnien-Herzegowina erst 1992 Mitglieder der Vereinten Nationen geworden sind und es damit

Ein Kriegsverbrecher oder ein Justizopfer?

aufgrund des Rückwirkungsverbotes zumindest fraglich erscheint, ob die bis zu diesem Beitritt auf ihrem Staatsgebiet begangenen Taten überhaupt der Jurisdiktion jenes zweifelhaften Tribunals unterliegen. An den Verfahren des Gerichtshofes gibt es immer wieder Kritik. Da es außer dem Sicherheitsratsbeschluss keine weiteren Regelungen gibt, gestaltet das Gremium seine Arbeitsweise weitestgehend selbst und ohne Kontrolle. Finanziell wird es nicht nur von den Vereinten Nationen, sondern auch von der EU und privaten Spendern getragen wie etwa dem Open Society Institute von George Soros. Kritiker bemängeln daher eine politische Einflussnahme.

Seinen ersten Kontakt mit dem Gericht hatte Praljak im Jahre 2002. Damals sagte er noch als Zeuge für seinen ehemaligen Rivalen Naletilic aus. Erst 2004 wurde er selbst angeklagt. In der derzeitigen Berichterstattung wird gerne unterschlagen, dass Praljak sich freiwillig dem Tribunal stellte. Er sah es als seine Pflicht an, die gegen ihn und seine Kameraden erhobenen Vorwürfe vor der Weltöffentlichkeit zu widerlegen. Während der Haftzeit schrieb er hierzu mehrere Bücher. 2013 wurde er zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt.

Zur Last gelegt wurde ihm dabei, dass ihm unterstellte Soldaten bei der Eroberung des Dorfes Stupni Do sechs Kriegsgefangene und 31 Zivilisten getötet hätten. Weiterhin unterstanden ihm mehrere Kriegsgefangenenlager, in denen es zu Übergriffen durch Wachsoldaten gekommen war. Zudem wurde ihm die Zerstörung der historischen Brücke von Mostar vorgeworfen, obwohl es sich bei ihr um ein militärisch bedeutsames Ziel handelte und er zum Zeitpunkt der Sprengung bereits seines Kommandos enthoben war. Die explizite Anordnung von Straftaten konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Stattdessen haben seine Ankläger vornehmlich über die ihm obliegende Befehlsgewalt eine entsprechende Verantwortung konstruiert.

Vor diesem Hintergrund kann Praljaks Freitod nur mit sehr viel bösem Willen als ein feiges Hinausstehlen aus der Verantwortung abgetan werden, zumal er den größten Teil seiner Haftstrafe ohnehin bereits abgesessen hatte. Vielmehr setzt die freiwillige Aufgabe des eigenen Lebens selbst bei todkranken Menschen immer einen mutigen Entschluss voraus. Wird dieses Opfer um der persönlichen Ehre Willen erbracht, so lässt sich dieser Entscheidung der Respekt kaum versagen. *Dirk Pelster*



Bild: pa

Beim Selbstmord im Großen Saal des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien: Slobodan Praljak

Rumäniens Ex-König tot

Mit Mihai I. starb der letzte regierende Hohenzoller

Rumäniens letzter König Mihai I. ist am 5. Dezember im Alter von 96 Jahren im schweizerischen Aubonne verstorben. Der am 25. Oktober 1921 auf Schloss Sinaia in den Karpaten geborene Monarch war der letzte regierende Hohenzollernkönig. Er gehörte einer katholischen Seitenlinie des Hohenzollernhauses an, die ursprünglich aus dem württembergischen Sigmaringen stammte und im 19. Jahrhundert auf den rumänischen Thron gelangt war.

Mihai I. war von 1927 bis 1930 und von 1940 bis 1947 König von Rumänien. Bereits im Alter von sieben Jahren bestieg er nach dem Tod seines Großvaters zum ersten Mal den Thron, weil sein Vater Karl wegen einer Liebesaffäre vorübergehend von der Thronfolge ausgeschlossen war. Die Regierungsgeschäfte führten in dieser Zeit sein Onkel Prinz Nikolaus und ein Regentschaftsrat. Nur zwei Jahre lang war Mihai I. später wirklich Staatsoberhaupt von Rumänien, von Sommer 1944, als er sein Land aus dem Bündnis mit Deutschland löste, bis zum Sommer 1946, als ihn die rumänischen Kommunisten entmachteten und ein Jahr später aus dem Land jagten. Im Krieg hatte die Familie im Verhältnis zum Dritten Reich keine einheitliche Linie verfolgt. Mihais Vater, Carol II., der 1930 doch noch auf den Thron gelangt war, ließ sich auf Seiten des Reiches in den Zweiten Weltkrieg hineinziehen. Mihais Mutter Elena dagegen half bei der Rettung vieler rumänischer Juden vor der Deportation.

Sein Exil verbrachte Mihai größtenteils in der Schweiz. Nach dem Fall des Kommunismus 1989 verweigerten ihm die zunächst in Rumänien regierenden „Wendekommunisten" die Einreise. Zu Weihnachten 1990 reiste er, der über seine Mutter dem Königshaus von Griechenland und Dänemark entstammte, mit einem dänischen Diplomatenpass für einige Stunden in seine Heimat, um an einem Gottesdienst teilzunehmen und an den Gräbern seiner Vorväter zu beten, was ihm allerdings verboten wurde. Als er 1992 erneut nach Bukarest kam, säumten eine Million Menschen die Straßen, um ihn zu sehen. Daraufhin wurde ihm die erneute Einreise verboten. Erst nachdem Mihai 1997 die rumänische Staatsbürgerschaft zurückerhalten hatte, erhielt er ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht. Im Jahre 2001 bekam er einige enteignete Immobilien zurück, darunter eine Residenz in Bukarest und das Schloss in Sinaia, wo er geboren worden war.

Im Mai 2011 brach Mihai seine ohnehin nicht besonders engen Beziehungen zum Haus Hohenzollern-Sigmaringen ab, legte die entsprechenden Titel nieder und nannte sich fortan nur noch Michael von Rumänien. Er wolle dem rumänischen Königshaus einen nationalen und unabhängigen Charakter verleihen, begründete er diesen Schritt. Zudem war Mihai verärgert darüber, dass das Stammhaus seinem als halbseiden geltenden Schwiegersohn Radu Duda, der 1995 Mihais älteste Tochter Margareta geheiratet hatte, den Titel eines Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen aberkannt hatte.

Zu seinem 90. Geburtstag im Jahre 2011 durfte der ehemalige Monarch vor dem rumänischen Parlament als „Figur der Geschichte" ehrenhalber sprechen. Allerdings hat die Monarchie in Rumänien nur noch wenige Anhänger. Viele Monarchisten nahmen dem ehemaligen König nicht nur die Versöhnung mit dem Ex-Kommunisten und früheren Staatschef Ion Iliescu übel, sondern auch, dass er mit dem ehemaligen Schauspieler Duda den Sohn eines früheren bekannten Kommunisten als Schwiegersohn akzeptiert und ihn zum hauptamtlichen Sprecher des rumänischen Königshauses gemacht hatte.

König Mihail I. war mit der 2016 im Alter von 93 Jahren verstorbenen Prinzessin Anne von Bourbon-Parma verheiratet. Er hinterlässt fünf Töchter. *Bodo Bost/Jan Heitmann*

Ein Agent des Kreml?

Michail Saakaschwili wurde in Kiew zum zweiten Mal verhaftet

Vor einigen Tagen war es Michail Saakaschwilis Anhängern gelungen, den Politiker in Kiew aus einem Polizeiauto zu befreien. Die Aktivisten blockierten die Straße und schlitzten die Reifen des Polizeiwagens auf. Anschließend nahmen sie Saakaschwili mit. Wie beim Euromajdan vor vier Jahren haben nun Regierungsgegner Zeltstädte in der ukrainischen Hauptstadt und andernorts aufgebaut. Vor dem Hauptstadt-Parlament harren sie bei Minustemperaturen aus. Angeführt von Saakaschwili fordern sie den Rücktritt von Präsident Petro Poroschenko (siehe *PAZ* Nr. 49). In ihrem Zeltlager hielten sie Saakaschwili zunächst versteckt.

Die vorgeführte ukrainische Polizei gab jedoch nicht auf. Zwei Tage später gelang es ihr, den staatenlosen Saakaschwili erneut zu verhaften. Der Vorwurf lautet unter anderem „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Angeblich hat der georgische Ex-Präsident und Ex-Gouverneur von Odessa – den Poroschenko selbst in die Ukraine geholt hat und dem er 2015 die ukrainische Staatsbürgerschaft verliehen hatte, um sie ihm nach einem Streit um Korruptionsbekämpfung wieder zu entziehen – mehr als 400 000 Euro aus dem Umfeld des in Russland lebenden Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch erhalten, um einen Staatsstreich in der Ukraine anzuzetteln. Bei einer Verurteilung drohen ihm fünf Jahre Haft. Würde er nach Georgien abgeschoben, wie mehrfach angedroht, käme er auch dort ins Gefängnis, da in seiner Heimat seit Jahren wegen diverser Delikte gegen ihn ermittelt wird.


Bild: Imago

Vor Gericht: Michail Saakaschwili

Saakaschwili trat nach der „gesetzeswidrigen Festnahme" – wie er es nennt – in den Hungerstreik. Er ist zurzeit der populärste Oppositionspolitiker der Ukraine. Er könnte Poroschenko gefährlich werden, wenn 2019 in der Ukraine die reguläre Präsidentschaftswahl stattfindet.

Dass Saakaschwili ein Agent des Kremls sein soll, klingt absurd, gilt er doch als Mann des Westens, der nicht nur 2003 die samtene Revolution in Georgien unterstützte, sondern sich auch 2008 auf einen militärischen Konflikt mit Russland wegen Südossetien und Abchasien einließ, in dem Glauben, die Westmächte im Rücken zu haben. Die Anschuldigung ist wohl der derzeitigen Hysterie geschuldet, mit der in der Urkaine Oppositionelle als Agenten des Kreml diskreditiert werden.

Saakaschwili ist durch und durch westlich orientiert. Allein ein Blick auf seinen Lebenslauf genügt, um das zu erahnen. Nach einem Jurastudium in Kiew ging er 1994 in die USA und promovierte dort. Als georgischer Präsident, der sich für demokratische Reformen einsetzte, ließ er sich von einem US-Demokraten beraten. 2013 emigrierte er in die USA. Dort schrieb er seine Memoiren und arbeitete für eine Denkfabrik, 2014 erhielt er einen Lehrauftrag an der Fletcher School of Law and Diplomacy an der Tufts Universität in Medford, Massachusetts.

Auch als Gouverneur von Odessa soll Saakaschwili bei der Installation einer neuen Straßenpolizei Unterstützung aus den USA erhalten haben. Was ihn zu einer 180-Grad-Wende hin zu seinem Erzfeind Russland bewegt haben sollte, dürften selbst seine Ankläger nicht erklären können. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Teilerfolg gegen RWE vor Gericht

Peruanischer Kleinbauer: Deutscher Konzern soll für seinen Flutschutz zahlen – wegen »Klimawandel«

Bringt ein deutsches Kohlekraftwerk einen Gletscher in den Anden zum Schmelzen? Um diese Frage kümmern sich nun schon seit zwei Jahren deutsche Gerichte.

Angerufen wurden sie von Saúl Luciano Lliuya, einem Kleinbauern aus Peru. Er lebt mit seiner Familie in der Stadt Huaraz. Diese Gemeinde liegt rund 3000 Meter über dem Meeresspiegel in einem Bergtal. Umrahmt wird Huaraz von der Gebirgskette der Cordillera Blanca. Etwas südwestlich der Stadt und in über 4000 Meter Höhe befindet sich der Palacacocha, ein See, der sich aus den Gletschern der umliegenden Berge speist. Seit einigen Jahren verlieren diese Gletscher an Masse, und der Palacacocha führt infolgedessen nun deutlich mehr Schmelzwasser als in der Vergangenheit. Bei einem weiteren Ansteigen des Wasserspiegels droht der See überzulaufen und eine Katastrophe in Huaraz anzurichten.

Zuletzt ist im Jahre 1941 ein gigantischer Gletscherbrocken in den Palacacocha gestürzt und hat eine riesige Überschwemmung ausgelöst. Dabei starben über 5000 Menschen. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in der zudem stark erdbebengefährdeten Region im Jahre 1702 ist es – auch in vorindustrieller Zeit – insgesamt 23 Mal zu vergleichbaren Katastrophen gekommen. Trotzdem sieht sich Lliuya vor allem durch einen angeblich durch Kohlenstoffdioxid verursachten Klimawandel bedroht.

Gerichtlich verantwortlich hierfür macht er den deutschen Energiekonzern RWE, der mehrere Kohlekraftwerke betreibt und damit ein größerer Emittent dieses Gases ist. Die Idee zu einer solchen Klage stammt jedoch nicht von ihm, sondern eingefädelt wurde die Unternehmung von der Organisation Germanwatch. Dieser Verein mit Sitz in Berlin hat sich der Durchsetzung von mehr Klimagerechtigkeit verschrieben.

Finanziert wird der Verein zu einem großen Teil von Ministerien und anderen öffentlichen Stellen. Allerdings werden Germanwatch ebenso durch die Parteistiftung der Grünen wie durch kirchliche Vereine Gelder zur Verfügung gestellt. Unabhängig davon, dass die Annahme eines menschengemachten Klimawandels durch erhöhte Kohlenstoffdioxid-Emissionen nach wie vor eine unbewiesene Hypothese ist, konnte der Verband wohl trotz längerer Suche kein eigenes hierdurch betroffenes Rechtsgut finden, dessen Schutz er selbst hätte vor Gericht geltend machen können. Da das deutsche Zivilrecht dies jedoch verlangt, schob man schließlich Lliuya vor.

> Das Oberlandesgericht Hamm beabsichtigt, im Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE in die Beweisaufnahme zu gehen



Errang einen wichtigen Teilerfolg vor dem Oberlandesgericht Hamm: Saúl Luciano Lliuya Bild: pa

Dieser verlangte von RWE zunächst vor dem Landgericht in Essen Geld für Schutzmaßnahmen gegen eine mögliche Überflutung seiner Gemeinde. In der ersten Instanz wurde seine Klage abgewiesen. Als Grund nannten die Richter die fehlende rechtliche Kausalität von Emission und möglicher Gefährdung durch eine Gletscherschmelze. Auch, und dies betonten die Richter seinerzeit, wenn das Abschmelzen der Gletscher in Peru möglicherweise tatsächlich auf die von RWE emittierten Gase zurückzuführen sei, bewege sich dies im Rahmen des rechtlich Erlaubten und könne daher dem Konzern nicht nachteilig zur Last gelegt werden. Die von RWE betriebenen Kraftwerke sind zugelassen und deren Kohlenstoffdioxid-Ausstoß bewegt sich im Rahmen der geltenden gesetzlichen Regelungen.

Mit finanzieller Unterstützung von Germanwatch legte Lliuya im Januar 2017 gegen dieses Urteil Rechtsmittel ein. Das Oberlandesgericht (OLG) in Hamm hat nun im November die erste mündliche Verhandlung in diesem Verfahren angesetzt und beabsichtigt tatsächlich in die Beweisaufnahme zu gehen. Damit deutet es an, dass die Beachtung von gesetzlichen Regelungen und die Berücksichtigung des aktuellen Stands der Technik künftig ein Unternehmen allein nicht mehr hinreichend vor den absurdesten Klagen schützt, in denen zudem ein Kostenanfall in unkalkulierbarer Höhe möglich ist. Das OLG Hamm hatte schon signalisiert, dass sich Großkonzerne wie RWE zukünftig nicht einfach ihrer Verantwortung entziehen könnten.

Es stellt sich jedoch die Frage, warum eine unabsehbare Ausdehnung der rechtlichen Verantwortlichkeit allein Unternehmen treffen sollte. Hätte das von Germanwatch betriebene Musterverfahren Erfolg, so kann auch Otto Normalverbraucher sich schon recht bald verschiedensten Ansprüchen ausgesetzt sehen. Wer kann schon sicher beweisen, dass die Herz-Kreislauf-Erkrankung des Nachbarn nicht auf den Lärm zurückzuführen ist, der beim sonnabendlichen Rasenmähen im eigenen Garten entsteht. Aber selbst, wenn es tatsächlich dabei bliebe, dass nur Großkonzerne und diese nur für vermeintliche Klimafolgeschäden herangezogen werden würden, dürfte schon jetzt klar sein, dass solche Unternehmen die Kosten hierfür selbstverständlich nicht aus der eigenen Schatulle zahlen, sondern sie einfach nur an ihre Kunden durchreichen. Die Entscheidung in Hamm könnte daher nicht nur für den Rechtsstaat, sondern schnell auch für Wirtschaft und Verbraucher in Deutschland weitreichende Folgen haben. *Dirk Pelster*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

EU benennt Steueroasen

Brüssel – Die EU hat eine Schwarze Liste mit 17 Staaten, die sie als Steueroasen betrachtet, veröffentlicht: Amerikanisch-Samoa, Bahrain, Barbados, Grenada, Guam, Südkorea, Macao, die Marshallinseln, die Mongolei, Namibia, Palau, Panama, St. Lucia, Samoa, Trinidad und Tobago, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Außerdem wurde eine Graue Liste (Watch-List) vorgestellt, auf der 47 weitere Staaten stehen, darunter die Türkei und die Schweiz. Die USA hingegen tauchen auf keiner der beiden Listen auf. Insgesamt stuft die EU ein Drittel aller 193 UN-Mitgliedsländer als „steuerpolitisch fragwürdig" ein. *J.H.*

Diesel-Prämie fördert Absatz

Flensburg – Im November hat das Kraftfahrtbundesamt 302 600 neu zugelassene Autos registriert. Das entspricht einem Plus von gut neun Prozent im Vergleich zum Vormonat und ist zugleich das höchste November-Ergebnis seit 2006. Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, führt das Ergebnis auf die Umstiegsprämien zurück, die Hersteller und Händler den Besitzern älterer Diesel-Fahrzeuge beim Neuwagenkauf gewähren. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.207.350.268 €
Vorwoche: 1.978.171.929.355 €

Verschuldung pro Kopf:
24.046 €
Vorwoche: 24.045 €

(Dienstag, 12. Dezember 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Jenseits von Gut und Böse«

Die UN will die Plastikverschmutzung in den Ozeanen bekämpfen

Plastikmüll gilt als eine der größten Bedrohungen für die Umwelt. Immer mehr Länder versuchen mit Steuern, Wiederverwertung oder Strafen für eine Entlastung zu sorgen. Doch in Entwicklungsländern fällt die Umstellung schwer. Im Kampf gegen immer mehr Plastikmüll im Meer müsse man die weltweite Produktion erheblich herunterfahren, forderte der Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Erik Solheim, während eines UN-Umweltgipfels im kenianischen Nairobi.

Etwa 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt. „Doch heute schwimmen in jedem Quadratkilometer der Meere hunderttausende Teile Plastikmüll. Seevögel verenden qualvoll an Handyteilen in ihrem Magen, Schildkröten halten Plastiktüten für Quallen und Fische verwechseln winzige Plastikteilchen mit Plankton", heißt es in einer Erklärung der Umweltschutzorganisation WWF. "Die Plastikverschmutzung in den Ozeanen ist jenseits von Gut und Böse", erklärte Sam Barratt, der Leiter öffentlicher Kampagnen beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Bis 2050 werde sich der Plastikmüll in den Meeren verzehnfachen, warnte Barratt. Auch Auswirkungen auf den Menschen wurden mittlerweile nachgewiesen. Mit dem Verzehr von Seefisch würden schädliche Kleinstpartikel aufgenommen, warnte die Toxikologin Lisbeth Van Cauwenberghe von der Universität Gent in Belgien in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Stern".

Viele Länder haben mittlerweile Maßnahmen ergriffen, in einigen Ländern wurden Steuern eingeführt oder eine Verkaufspflicht verordnet. In Großbritannien und in Deutschland kosten die Tüten bei jedem Einkauf nun Geld. Dies hat zu einer deutlichen Reduzierung geführt.

> Die Produktion von Plastik soll erheblich reduziert werden

Doch in Entwicklungsländern mit einem großen Anteil an Schattenwirtschaft scheint eine Steuer wenig sinnvoll. Laut UN-Angaben helfe hier nur ein globales Verbot. Neben Plastik aus der Schifffahrt oder Fischerei werde hauptsächlich Plastik von Land aus über Flüsse in die Meere eingetragen. Dies passiere in den Ländern, in denen die Sammlung von Abfällen nicht richtig funktioniert. Einen Schwerpunkt bilden nach WWF-Angaben dabei die Länder Südostasiens und Afrikas. Zwischen fünf und zwölf Millionen Tonnen Plastikmüll sollen zuletzt pro Jahr aufgrund mangelhafter oder nicht vorhandener Abfallsysteme in die Meere gelangt sein. Vor allem die hohe Bevölkerungsdichte eines Landes sowie die Menge des produzierten Mülls und die Größe der Küstenabschnitte seien entscheidend dafür, wie viel Plastikmüll in die Meere gelange.

Allerdings sind die Länder der EU für diese Entwicklung mitverantwortlich. Jahrelang wurde Müll nach Asien und Afrika exportiert. Dies ist mittlerweile verboten. Die jährlichen Verpackungsabfälle beliefen sich in Deutschland bei der letzten Messung von 2014 auf 17,8 Millionen Tonnen. Trotz Recyclings wurden von den 8,3 Milliarden Tonnen Plastikmüll seit 1950, dem Ausgangsjahr der Berechnungen, nur neun Prozent wiederverwertet und zwölf Prozent verbrannt, während der überwältigende Teil in der Umwelt oder auf Deponien landete. Die UN ist daher der Meinung, dass der Kampf gegen den Plastikmüll „noch in den Kinderschuhen" stecke. *Peter Entinger*

Der Euro wird südlicher

Der Portugiese Centeno löst den Niederländer Dijsselbloem ab

Die Euro-Gruppe, in der die Staaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik koordinieren, wird mit Mário Centeno ab dem 13. Januar 2018 einen neuen Vorsitzenden haben. Der Portugiese wird dann der bisherigen Amtsinhaber, den Niederländer Jeroen Dijsselbloem, ablösen. Der 1966 in Vila Real de Santo António geborene Ökonom ist seit November 2015 Finanzminister der in Lissabon amtierenden sozialistischen Minderheitsregierung. Der Portugiese galt in der Vergangenheit als Gegenspieler seines deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble. Mehrmals sprach sich Schäuble gegen seinen Kurs aus und warnte, Portugal würde erneut einen Staatsbankrott riskieren.

Die Warnung kam nicht von ungefähr. So haben die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) Portugal im Jahr 2011 mit einem Hilfspaket von 78 Milliarden Euro unter die Arme greifen müssen. Im Gegenzug hatte das Land Sparauflagen akzeptiert. In Centenos Amtszeit wurden allerdings die Bezüge für Beamte sowie der Mindestlohn angehoben und auch einige Sparmaßnahmen wieder rückgängig gemacht. Unter Centeno verringerte sich aber auch das Loch im Staatshaushalt Portugals von 4,4 auf prognostizierte 1,4 Prozent im laufenden Jahr. Auch die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit Jahren gefallen.

Vergangenen Mai lobte Wolfgang Schäuble sogar seinen portugiesischen Amtskollegen als „Cristiano Ronaldo" unter den europäischen Finanzministern. Hintergrund des kleinen Wirtschaftswunders in Portugal war ein Boom im Tourismussektor und ein Ansteigen der Exporte. Nicht zu vergessen ist die Hilfe der Europäischen Zentralbank, die im Zuge ihres Kaufprogramms auch in beträchtlichem Umfang portugiesische Anleihen ankauft. Nach seiner Wahl zum Eurogruppenchef erklärte Centeno, er wolle seine Amtszeit nutzen, um Europa besser auf künftige Krisen vorzubereiten.


Mário Centeno Bild: EU2016 SK

Centeno wird sich auf Versuche einstellen müssen, die Macht des Eurogruppenchefs zu beschneiden oder dem Amt eine neue Ausrichtung zu geben. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron verfolgt schon länger das Ziel, für die Eurozone ein eigenes Budget, einen eigenen Währungsfonds und einen eigenen Finanzminister zu installieren.

Auch die EU-Kommission hat vor Kurzem Vorschläge zur „Vertiefung" der Währungsunion präsentiert. Mit unter den vorgestellten Ideen war der Vorstoß, einen EU-Finanzminister zu installieren. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll dieser in Personalunion sowohl der EU-Kommission als Vize-Präsident angehören als auch Chef der Eurogruppe sein. Beobachter werten dies als Versuch der Brüsseler Kommission, sich mehr Macht über die Euro-Gruppe zu sichern.

Dijsselbloem verpasste der EU-Kommission einen Dämpfer. Vor einem Ausschuss des EU-Parlaments sagte der scheidende Chef der Eurogruppe dazu: „Ich denke, die Euro-Gruppe wird darauf bestehen, ihren eigenen Vorsitz zu haben." *Norman Hanert*

Nicht sozial

Von Hans Heckel

Der Grundansatz für die Einführung einer „Solidarrente“, wie sie in der SPD diskutiert wird, klingt einleuchtend: Wer 40 oder mehr Jahre Vollzeit gearbeitet hat, soll nicht mit einer Rente auf Sozialhilfeniveau abgespeist werden.

Vorgeschlagene Modelle aber kranken an einem Grundfehler: Mit ihnen würde derjenige, der wenig oder gar nicht gearbeitet hat, gleichgestellt mit denen, die zwar viel gearbeitet, aber wenig verdient haben und damit auch wenig in die Rentenkasse einzahlen konnten. Ist das sozial?

Nein, es ist nicht einmal sozialdemokratisch. Denn die Ur-Forderung der SPD war es von jeher, die arbeitende Bevölkerung angemessen am von ihr geschaffenen Wohlstand zu beteiligen, nicht, wahllos Wohltaten zu verteilen.

In Expertenkreisen kursiert die Idee eines Grundfreibetrags, der nicht auf spätere Rentenzuschüsse (Grundsicherung) angerechnet wird. Damit würden fleißige Niedrigverdiener nicht nur besser gestellt. Auch der gebotene Abstand zu den weniger Fleißigen bliebe gewahrt.

Gewinner steht fest

Von Jan Heitmann

Mit dem „vom Menschen gemachten Klimawandel“ lässt sich gutes Geld verdienen. Das weiß man auch bei der Umweltorganisation Germanwatch, die sich für ihr Engagement gegen diese angebliche Bedrohung der Menschheit großzügig von privaten und öffentlichen Zuwendern alimentieren lässt. Da die Klimaretter aber nicht selbst medienwirksam vor Gericht streiten können, haben sie jemanden gesucht, den sie als Kläger gegen einen der ihrer Meinung nach schlimmsten deutschen „Klimasünder“ vorschicken können (siehe Seite 3). Nicht hier bei uns, sondern im fernen Peru sind sie fündig geworden. Dort haben sie einem Bergbauern eingeredet, dass der deutsche Energiekonzern RWE seine Existenz bedroht, und ihn nach Deutschland geholt, um Geld von RWE einzuklagen.

Nachdem das Oberlandesgericht die Beweisaufnahme beschlossen hat, muss es entscheiden, ob das Haus von Saúl Luciano Lliuya tatsächlich akut durch eine Gletscherflut bedroht ist. Das festzustellen mag mithilfe von Sachverständigem noch möglich sein. Wie aber wollen die Richter ermitteln, ob die von RWE hervorgerufenen Emissionen tatsächlich etwa ein halbes Prozent der globalen Emissionen seit Beginn der Industrialisierung ausmachen, wie vom Kläger behauptet? Und wie sollen sie feststellen, dass dieser Anteil an in Deutschland erzeugten Emissionen zum Risiko einer Überflutung in den peruanischen Anden beiträgt?

Der Ausgang des Prozesses ist offen. Gleichwohl feiern die Umweltschützer ihn schon jetzt als historischen Durchbruch mit weltweiter Wirkung. Zum Feiern haben sie auch allen Grund, denn ihre Gönner werden ihnen ihren Eifer in dieser Sache großzügig vergelten. Sie sind in jedem Fall die Gewinner, selbst wenn Lliuya am Ende der Dumme sein sollte.

Unanständiges Schweigen

Von Bodo Bost

Nicht nur Psychologen wissen, dass nur Offenheit und Ehrlichkeit im Umgang mit Verbrechen den Opfern eines Verbrechens helfen kann, über ihre traumatisierenden Erfahrungen hinweg zu kommen. Zu dieser Offenheit gehört auch, alle Umstände im Umgang mit einem Verbrechen aufzudecken und nicht unter den Teppich zu kehren, was nicht hätte sein dürfen. Das war nach dem islamischen Terrorangriff vor einem Jahr auf dem Breitscheidplatz in Berlin nicht der Fall. Fast jeden Monat kommen neue Ermittlungspannen, Vertuschungsversuche und Fehler im Vorfeld des Attentats bei der Überwachung des stadtbekannten radikalen Moslem Anis Amri durch die Sicherheitsbehörden ans Licht. Auch im Umgang mit dem Gedenken an den Anschlag haben Bundes- und Landesregierung von Anfang an keine klare Konturen gezeigt, an was überhaupt erinnert und wie daran erinnert werden soll. Für die Planung eines Denkmals war Sawsan Chebli, Staatssekretärin in Berlin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, zuständig. Das Denkmal, das am Jahrestag offiziell eingeweiht werden soll, soll einen Riss zeigen, der durch die Gesellschaft geht, aber nicht, warum er dies tut. Es entsteht der Eindruck, als sollte auch noch durch das Erinnern etwas verdeckt oder verdrängt werden, was Regierungsvertreter wie Chebli nicht wagen, einzugestehen.

Während man nach der Aufdekkung der sogenannten NSU-Mordserie schnell mit dem Etikett „faschistisch“ zur Stelle war, wollte man die politisch-religiösen Hintergründe des Terroraktes am Breitscheidplatz gar nicht offen beim Namen nennen, aus Angst eine angebliche Religion zu verunglimpfen. Dies war wohl auch der Grund, weshalb die Breitscheidplatz-Opferangehörigen, anders als die NSU-Opferangehörigen, von der Bundeskanzlerin noch zu keinem Gespräch eingeladen wurden. Bereits im März hatten sich die Hinterbliebenen der Opfer um ein Gespräch mit Angela Merkel bemüht, dies war jedoch von ihr verweigert worden. Auch während des Wahlkampfes wurde für die Sendung „Klartext Frau Merkel“ eine bereits eingeladene Sprecherin der Angehörigengruppe kurzfristig vom ZDF wieder ausgeladen, wohl aus Angst, sie könnte mit einer Frage Merkel in Verlegenheit bringen.

Jetzt ist den Familien der Opfer vom Breitscheidplatz der Kragen geplatzt. Sie klagen Merkel in einem offenen Brief an und werfen ihr Untätigkeit und Regierungsversagen vor. Der Anschlag sei auch „eine tragische Folge Ihrer politischen Untätigkeit“, heißt es. Die Opferangehörigen, von denen einige EU-Ausländer sind, beklagen auch „eklatante Missstände“ in den Sicherheitsbehörden, welche die Kanzlerin mit zu verantworten habe. Sie habe es versäumt, in einer Zeit, in der die Bedrohung durch radikale Moslems zugenommen habe, die Reform der „wirren behördlichen Strukturen“ rechtzeitig voranzutreiben.

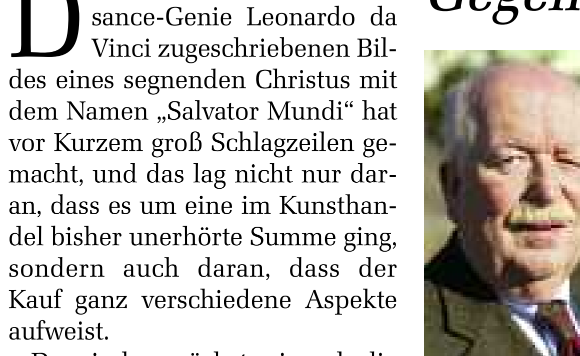
Auch persönlich klagen die Opferangehörigen Merkel an. Sie habe „auch fast ein Jahr nach dem Anschlag den Angehörigen weder persönlich noch schriftlich kondoliert“, obwohl dies „eine Frage des Respekts, des Anstands und eigentlich eine Selbstverständlichkeit“ sei. Und schließlich heißt es in dem Schreiben unmissverständlich: „Wir sind der Auffassung, dass Sie damit Ihrem Amt nicht gerecht werden.“

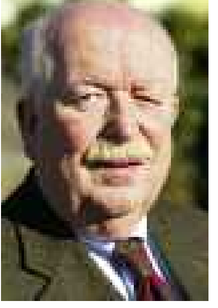


Von Bundeskanzlerin Angela Merkel kein Wort der Anteilnahme: Das Gedenken an die Opfer vom Breitscheidplatz bleibt einzig Angelegenheit der Bürger

Bild: Imago

Gegenwind





Die Sehnsucht des Neureichen nach Prestige

Von Florian Stumfall

Der Kauf eines dem Renaissance-Genie Leonardo da Vinci zugeschriebenen Bildes eines segnenden Christus mit dem Namen „Salvator Mundi“ hat vor Kurzem groß Schlagzeilen gemacht, und das lag nicht nur daran, dass es um eine im Kunsthandel bisher unerhörte Summe ging, sondern auch daran, dass der Kauf ganz verschiedene Aspekte aufweist.

Da sind zunächst einmal die Summen, die der Kunstmarkt bewegt. Auch hier gilt die Regel, dass die Nachfrage den Preis bestimmt. Doch wie soll sich beim Käufer eine Vorstellung davon entwickeln, was er ausgeben mag, wenn er vom Objekt seiner Begierde nicht viel versteht? Und das ist gerade beim Segment der allerteuersten Objekte sehr oft der Fall. Diesem Problem begegnet man durch Manipulation, etwa dadurch, dass in den Medien irgendein Schwefel zum höchsten Ausdruck künstlerischen Schaffens hochgejubelt wird – insbesondere die Gegenwartskunst bietet hier reichlich Möglichkeiten.

Denn die Werte, um die es dabei geht, sind fiktive Werte. Wer am Hafen einen Hering kaufen und heimtragen will, braucht Zeitungspapier, keine Blaue Mauritius. Wer für einen Segel-Törn Lebensmittel einpackt, wird keine weißen Trüffel auswählen, und von der Welt-Diamanten-Produktion kann man nur einen Bruchteil sachlich in der Industrie verwenden – das meiste geht in den Milliarden-Markt der Eitelkeit, dessen Preisbildung oft wenig rationale Aspekte aufweist. Fiktive Werte eben – und die reizen zur Manipulation oder machen sie sogar nötig.

Wo es sich freilich um einen Namen wie Leonardo handelt, ist der Begriff der Manipulation zu grobschlächtig. Derlei behandelt man wissenschaftlich, und dabei stellt sich heraus, dass die Zweifel an der Urheberschaft des Toskaners an dem Bild „Salvator Mundi“ überaus berechtigt erscheinen. Das Bild ist nur unzureichend nachgewiesen, und es gibt Monografien über Leonardo, gründliche, seriöse Biografien, in denen es nicht aufscheint. Das ist umso erstaunlicher, als er in seinem überreichen Schaffen verhältnismäßig wenig Ölbilder hervorgebracht hat, sodass kaum Anlass besteht, davon auch noch ein angeblich zentrales Werk zu unterschlagen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dem Käufer, einem Anonymus oder aber mehreren aus Abu Dhabi, dürfte die Frage nach der Authentizität des Gemäldes nachrangig sein. Den Wüstensöhnen geht es ums Prestige – ist der Leonardo nicht echt, so offenbar die Überlegung, so haben wir doch gezeigt, dass wir mehr Geld für ein Bild ausgeben können als sonst jemand auf der Welt. Dieses Feilschen um Anerkennung, mit dem sich die reich gewordenen Araber den Ruch des Erdöls aus dem Burnus herauswaschen wollen, ist es auch, der in Abu Dhabi ein Museum hat erstehen lassen, für welches sie alles an europäischen Kunstwerken zusammenkaufen, dessen sie habhaft werden können.

Doch während den Emiren in Abu Dhabi als Fundus für Neuerwerbungen der gesamte internationale Kunstmarkt offensteht, befleißigen sie sich bei der Namensgebung großer Exklusivität, dem Anspruch ihres Museums angemessen. Dieses heißt „Louvre Abu Dhabi“, und die Franzosen, in deren Hauptstadt Paris der eigentliche Louvre steht, haben sich ihre Zustimmung für die Benutzung des Namens abkaufen lassen. Für eine Milliarde US-Dollar verhökerten sie die Namensrechte in die Wüste.

Dieser eigenartige Kulturtransfer wirft einige Fragen auf. Der multikulturell bewegte Mitteleuropäer wird ihn pflichtschuldigst gutheißen und als erfreuliches Beispiel des Multikulturalismus begrüßen. Wenn schon die durchschnittlichen europäischen Museumsbesucher nicht durchweg die Kenntnis der griechischen Sagenwelt besitzt, die ihnen in jeder Galerie begegnet, so gewinnen sie doch durch die Tradition abendländischer Ästhetik, in der sie aufgewachsen sind, den Zugang zu einem Werk, wenigstens in Form eines optischen Genusses. Doch was macht der arabische Besucher? Europäische Gemälde geben typische Objekte wieder, die man grob einteilen kann in Landschaftsbilder, Porträts und Genres. Soweit geht das ganz gut, auch wenn solche Bilder in eine andere Kultur transferiert werden – der Besucher wird sie leidlich verstehen. Doch ein anderes Problem tut sich auf, jedenfalls bei Porträts. Sollte der Wüstensohn auch im Museum seinem Glauben und dem Wort des Propheten anhängen, was wir dringend hoffen, so sieht er sich mit etwas konfrontiert, was ihm als Sünde gelten muss: Hier werden Menschen abgebildet, was jedoch Mohammed ausdrücklich untersagt hat.

Wenn es sich um Gegenstände aus der Geschichte, der Mythologie und dem großen Bereich der christlichen Tradition handelt, wird es noch schwieriger. Hier betritt man ein Feld, auf dem umfassend und grundsätzlich sichtbar wird, dass zwischen den verschiedenen Kulturen Unterschiede bestehen, die nur unter größten Mühen und auch dann nicht dauerhaft zu überbrücken sind.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Beim Araber, um beim Beispiel zu bleiben, erhebt sich bereits eine weitere Hürde. Griechische Götter sind gerne nackt, die Göttinnen nicht minder. Aber wehe – der Prophet, der ja die Abbildung sogar eines bekleideten Menschen verboten hat, wird durch die Darstellung der Nacktheit eines Menschen zusätzlich beleidigt, auch wenn es sich bei diesem Menschen um einen Gott handelt. Mehr noch: Hier muss er den höhnischen Trotz der Ungläubigen erleben, die ihm innerhalb seiner eigenen arabischen Glaubenswelt heidnische wie christliche Gloriolen vorführen, die ihm ein Greuel sein müssen.

Hier stellt sich tatsächlich die Frage nach der Vernunft und ob man ihr folgt, wenn man eine Kreuzigung Christi nach Arabien schafft, um sie dort bestaunen zu lassen. Gut – die Scheichs, die das alles finanziert haben und sich dessen brüsten in ihrem Hochmut, sind ihrem Glauben gegenüber sehr flexibel und neigen dazu, sich persönlich Ausnahmen zu genehmigen. Und dennoch trinken sie ihren Whisky aus der eigenen Destille in Schottland lieber dort als unter arabischer Sonne. Aber europäische Museen? Prestige, die Sehnsucht des Neureichen nach Prestige.

Keine Frage, dass eine solcherart verrottete Elite eines Tages fortgejagt wird, nicht zuletzt auch wegen des sozialen Gefälles, das sie mit ihren Abermilliarden errichtet hat. Die derzeitige Entwicklung im Nahen Osten lässt ohnehin nichts Gutes erwarten.

Und was geschieht dann? Dann werden die Radikalen die Macht an sich reißen, ob sie nun Islamischer Staat oder al-Kaida oder sonst irgendwie heißen, Leute jedenfalls, die tatsächlich keinen Whisky trinken und an gemalten nackten Körpern Anstoß nehmen. Und diese Leute werden außer den Palästen auch die Museen stürmen, in denen die sündhaften Bilder hängen, und sie werden diese auf einen Stapel häufen und verbrennen. Der Preis spielt dabei keine Rolle.

In Europa wird man dann neben Bedauern die Versicherung vernehmen, dass das alles mit dem Islam nichts zu tun habe und dass man weiter an einer multikulturellen Welt bauen müsse.

Symbolfigur der Republik

Der Literat als »Homo politicus« – Der vor 100 Jahren geborene Heinrich Böll im Porträt und in einer Kölner Ausstellung

Heinrich Böll hat eine erstaunliche Wandlung durchgemacht. Erst war er der böse Junge, dann der gute Junge. Der Wendepunkt war der Literaturnobelpreis von 1972, mit dem er als erster Autor der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet wurde.

Als 2009 das Kölner Stadtarchiv einstürzte, wurde ein großer Teil des Böll-Nachlasses, den die Stadt Köln nur zwei Monate zuvor erworben hatte, vernichtet. Wenigstens die Urkunde des Literaturnobelpreises konnte geborgen werden. Das wenigstens ist, was bleiben wird: Böll der Literaturnobelpreisträger. Doch sein Werk, so hochaktuell und bedeutend es auch zur Zeit seiner Entstehung gewesen war, wird nach und nach von einer Staubschicht des Vergessens bedeckt sein.

Es steckt zweitens eine gewisse Ironie darin, dass der Nachlass des am 21. Dezember 1917 in Köln geborenen Sohns eines Schreinermeisters mit seinen frühen Erzählungen und Romanen den Epochenbegriff „Trümmerliteratur“ in Gang gesetzt hat, nun selbst unter Trümmern begraben ist. Er selbst, so schrieb er in einer „Selbstkritik“ im Jahr 1956, könne ohne „ein wenig Trümmerstaub im Schlafzimmer“, diesem „Puder der Vernichtung“, den seine Söhne ausstreuten, gar nicht arbeiten.

So schrieb der Kriegsheimkehrer wie im Rausch 40 und mehr Schreibmaschinenseiten pro Tag. Vom Verkauf von Hörspielen – der NWDR bezahlte damals gut – konnten er und seine Familie einigermaßen gut leben. Mit seinen frühen Romanen, Kurzgeschichten und Satiren, die anfangs Ladenhüter waren oder gar nicht gedruckt wurden – seine ersten Romane „Kreuz ohne Liebe“ und „Der Engel schwieg“ wurden aus dem Nachlass heraus publiziert –, aber bereitete er sich auf seine eigentliche Mission vor: sich als das „Gewissen der Nation“ für eine humanere Zukunft einzusetzen.

Wegen dieses moralischen Aufgusses haben seine Romane der 50er und 60er Jahre wie „Wo warst du Adam“, „Haus ohne Hüter“, „Und sagte kein einzigen Wort“, „Billard um halbzehn“ oder „Ansichten eines Clowns“ inzwischen ihr Ablaufdatum erreicht. Sie waren interessant in einer Zeit des Wirtschaftswunders, als politische Wendehälse Karriere machten und die einfachen Leute, mit denen Böll in seinen Romanen sympathisierte, auf der Strecke blieben.

Und je mehr sich Böll auch als Mitglied der Gruppe 47, die ihn 1951 für die heute vergessene Satire „Die schwarzen Schafe“ mit einem Preis bedachte, politisch nach links sozialisierte, je mehr er als „Homo politicus“ auftrat, ein desto schnelleres Verfallsdatum blieb an seinen späteren fiktionalen Werken kleben. Abgesehen von „Gruppenbild mit Dame“, das 1971 noch einmal ein leichtes Aufflakkern Böllschen Könnens aufwies, verschwanden seine letzten Romane „Fürsorgliche Belagerung“ und „Frauen vor Flusslandschaft“ rasch in der Bedeutungslosigkeit.

Böll selbst ist aber bis heute nie in die Versenkung geraten. Daran hat auch der Literaturnobelpreis einen großen Anteil, den er 1972 erhielt. Das geschah just in einer Zeit, als sich in der Bundesrepublik eine politische Wandlung vollzog. Willy Brandt, der gerade ein Jahr zuvor den Friedensnobelpreis erhalten hatte, war Bundeskanzler, und die ganze Republik driftete nach links. Bis dahin wurde Böll, der als politischer Essayist und Redner gegen die konservative Adenauer- und Erhard-Politik opponierte, wie ein Aussätziger und geistiger Brandstifter behandelt. Als man ihn Anfang 1972 nach seinem „Spiegel“-Artikel „Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?“ der Beihilfe und ideologischen Unterstützung des Terrorismus bezichtigte, hat die Polizei sogar das Haus des überzeugten Pazifisten in Langenbroich in der Eifel durchsucht.

Der Nobelpreis änderte alles. Plötzlich war Böll der Gefeierte, die Vorzeigefigur der Bundesrepublik. Er wurde zum Stereotypen des „Gutmenschen“. Dabei blieb sich der Katholik, Dissidentenhelfer und Präsident des PEN-Clubs stets selbst treu. Es war die durch die 68er-Bewegung gewandelte Gesellschaft, die ihm zum Idol kürte. Als Teilnehmer einer Sitzblockade gegen Raketenstellungen in Mutlangen und als Redner auf der Friedensdemo in Bonn 1981 wurde sein Engagement besonders von den Grünen gepriesen.

Dabei vertrat er in seinen Schriften und rund 70000 Briefen Ansichten, die einem heute von ganz anderer Seite her vertraut vorkommen. Als einer der Ersten sprach er sich gegen die deutsche Kollektivschuld aus, und in seinen „Notstandsnotizen“ von 1968 ist von der „fast totalen Gleichschaltung“ der Presse die Rede. Das hört sich heute wie „Lügenpresse“ an.

1974 griff er die Macht der etablierten Medien in seiner Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ an, in der die „Zeitung“ – gemeint war die „Bild“ – gegen eine vermeintliche Terrorhelferin hetzt. „Fake News“ à la Böll sozusagen. Würde ein Autor heutzutage auch so gegen die inzwischen linkslastigen Medien schreiben, wäre er als Aussätziger und geistiger Brandstifter verschrien, und zwar so lange, bis ein erneuter politischer, dann aber konservativer Wandel eintritt.

So ist es am Ende der Mensch Böll, der sein eigenes literarisches Werk überstrahlt. Mit Wolfgang Koeppen, Arno Schmidt oder Uwe Johnson gab es 1972 Nachkriegsautoren, die für ihr ästhetisch bedeutsameres Werk eher den Literaturnobelpreis verdient gehabt hätten. So aber ehrte man mit Böll in erster Linie den politischen Autor, der zugleich wie kein anderer auch eine Symbolfigur der neuen Ära in der Bundesrepublik Deutschland war.

Aktuell ist die Republik in einem erneuten politischen Wandel begriffen. Ein kommender Nobelpreisträger, der das Format eines Heinrich Böll hätte, um diesen Wandel literarisch zu dokumentieren, ist allerdings weit und breit noch nicht zu sehen. *Harald Tews*


Bild: Museum Ludwig Köln, VG Bild-Kunst, Bonn 2017

Engagierter Streiter: Heinrich Böll (1917–1985) in einem Porträt des Fotografen Heinz Held

Von Jochen Schubert ist im Theiss Verlag die neue Biografie **Heinrich Böll** erschienen (340 Seiten, 29,95 Euro). Als Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung ist Schubert zwar ganz dicht dran am Leben Bölls, umgibt ihn aber gerade wegen dieser mangelnden Distanz mit einem Heiligenschein.

Das Kölner Museum Ludwig würdigt den Literaturnobelpreisträger Böll gegenwärtig mit einer Ausstellung über sein Verhältnis zur Fotografie.

Es gibt mindestens drei gute Gründe für das Museum Ludwig, Bölls Verhältnis zur Fotografie eine Ausstellung zu widmen: Das Haus verfügt über eine große Fotografie-Sammlung – auch mit vielen Böll-Fotos. Und außerdem heißt die Adresse des 1986 eröffneten Museums: Heinrich-Böll-Platz.

Böll war ein eher kamerascheuer Mensch, der sich als weltweit bekannter Autor allerdings nicht immer den Ablichtungen durch Presse- und Hobbyfotografen entziehen durfte, wollte oder auch konnte. Sein ambivalentes Verhältnis zur Fotografie formulierte er 1964 mit dem Text „Die humane Kamera“ im Katalog zur „Weltausstellung der Photographie“. Darin verabscheut er die „zudringliche Kamera“, die zum „Instrument des ... Photographen wird, der darauf aus ist, den Menschen zu ertappen, zu denunzieren, zu entlarven“. Die Fotografie überschreite dann „eine moralische Grenze“.

Diese zudringliche Kamera thematisierte Heinrich Böll 1974 in seinem (später verfilmten) Roman „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, in dem sensationslüsterne Reporter der Boulevardpresse eine unbescholtene junge Frau mit Wort und Bild attackieren, bloßstellen und damit ihrer Würde berauben.

In den 1960er Jahren wurde der Fotoapparat für viele Menschen erschwinglich. Um ein Bild von sich und der Familie zu erhalten, war der Besuch im Atelier eines Fotografen nicht mehr nötig. Nahezu jeder konnte nun fotografieren. Beliebt waren die Schnappschüsse, die mal eben so eine bildliche Erinnerung an Lebensmomente und Situationen festhielten. In Bölls Augen war das eine wenig humane und deshalb bedenkliche Angelegenheit: „Im Wort Schnappschuss sind zwei Gewaltverben, schießen und zuschnappen, vereint.“

Dass heute rund 50 Millionen Menschen in Deutschland ein Smartphone – und damit zugleich einen Fotoapparat – ständig mit sich herumtragen, konnte Heinrich Böll natürlich noch nicht wissen. Aber er ahnte schon 1964 die Gefahren solch einer umfassenden Nutzung und Verbreitung: „Wenn technisch perfektes Photographieren in jedermanns Hand gegeben ist, ist Orwells Großer Bruder ja fast allgegenwärtig.“ Böll meinte damit den totalen Überwachungsstaat, den George Orwell schon Ende der 1940er Jahre in seinem utopischen Roman „1984“ beschrieben hat.

Ausstellungs-Kuratorin Miriam Halwani hat rund 50 Exponate aus der Foto-Sammlung des Museums zusammengetragen, die Bölls Verhältnis zur Fotografie wiedergeben. Zum Beispiel Bildbände von Carl-Heinz Hargesheimer – Künstlername: Chargesheimer –, zu denen Böll Texte verfasst hat, aber auch Porträts und Aufnahmen, die den Schriftsteller selbst darstellen. Die meisten dieser Bilder, die Böll in privatem Umfeld, zu Hause am Schreibtisch oder im Garten zeigen, stammen vom befreundeten Fotografen Heinz Held. Bei ihm musste Böll keine „aufdringliche Kamera“ befürchten.

Der Böll-Sohn René, der den Nachlass des Vaters verwaltet, steuerte außerdem einige Ausstellungsstücke aus dem Privatbesitz bei. *Siegfried Schmidtke*

Die Ausstellung „Heinrich Böll und die Fotografie“ läuft im Museum Ludwig, Köln, Heinrich-Böll-Platz, bis 7. Januar jeden Dienstag bis Sonntag (inklusive Feiertage) von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. Das Heft zur Ausstellung kostet 8 Euro

Mohikaner im All

Und die Magie? »Star Wars: Episode VIII«

Rechtzeitig zu Weihnachten können sich die „Star Wars“-Fans auf ein schönes Geschenk aus Hollywood freuen: eine neue Episode der Weltraumoper. Seit Donnerstag ist mit „Star Wars: Die letzten Jedi“ die achte Auflage in den Kinos angelaufen.

„Die letzten Jedi“? Das klingt wie der „letzte Mohikaner“. Und tatsächlich wehrt sich ein kleines Fähnlein versprengter Aufrechter verzweifelt gegen die im Weltall aufziehende dunkle Macht. Alle Hoffnung ruht auf alten Bekannten aus den 70er- und 80er-Jahre-Filmen: Der auf einer Insel als Eremit lebende Luke Skywalker (Mark Hamill) und Prinzessin Leia (die vor einem Jahr 60-jährig verstorbene Carrie Fisher) feiern darin groß ihr Comeback.

Regisseur und Autor Rian Johnson setzt auf eine schnörkellose Verfolgungsjagd der Jedi-Rebellen. Er bremst das Action-Donnerwetter gekonnt ab, allerdings ist dabei eine Prise Sentimentalität zu dick aufgetragen. Die „Star Wars“-Magie geht so verloren. *tws*


Bild: Disney

Die Macht ist mit ihr: Daisy Ridley als zukünftige Jedi-Ritterin Rey

Ein Reitz-Thema

Große Werkschau des »Heimat«-Regisseurs

Einer der eigenwilligsten deutschen Filmregisseure ist Edgar Reitz. Mit seinen Filmen ist er immer erfolgreich gegen den Strom des Popcorn-Kinos angeschwommen, indem er heimatliche Themen aufgegriffen hat, gegen die viele normalerweise sofort die Nase rümpfen. Doch dieser Meister der Erzählkunst hat trotzdem Anerkennung und Preise von allen Seiten erhalten. Ihm ist im Filmhaus Nürnberg vom 5. Januar bis zum 4. März eine umfassende Werkschau gewidmet, mit der erstmals nahezu sein komplettes filmisches Schaffen in einer Retrospektive zusammengefasst und in neuen restaurierten und digitalisierten Fassungen präsentiert wird.

Mit seinen international gefeierten „Heimat“-Chroniken hat er ein filmisches Epos geschaffen, das seinesgleichen sucht. Er hat damit nicht nur Filmgeschichte geschrieben, sondern gehört auch zu den großen Erzählern deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wohl jeder kennt die Familie Simon aus dem Hunsrück, die Reitz in seinem ersten „Heimat“-Zyklus porträtiert hat. Viele Zuschauer konnten sich in den 80ern mit dem Schicksal dieser Familie während und nach dem Zweiten Weltkrieg identifizieren, national wie international. Reitz' Werk umfasst mehr als 40 Dokumentar-, Fernseh- und Spielfilme, darunter auch „Mahlzeiten“, der 1967 als bestes Erstlingswerk auf den Filmfestspielen in Venedig ausgezeichnet wurde.

Bei der Werkschau wird Reitz viele Programmpunkte selbst vorstellen und für Gespräche mit dem Publikum zur Verfügung stehen. Zahlreiche Gäste werden erwartet, darunter die Schauspieler Hannelore Elsner, Tilo Prückner und Hannelore Hoger sowie viele „Heimat“-Darsteller“. Eine ausführliche Programm-Übersicht gibt es unter: www.filmhaus.nuernberg.de *H. Tews*

Langsamer Aufstieg

Dolomiten-Drama – Der Film »Drei Zinnen«

Die Symbolik springt förmlich ins Auge. Vor den steilen Felstürmen der Drei Zinnen, die durch ihr markantes Aussehen eines der Wahrzeichen der Dolomiten sind, spielt sich eine dramatische Dreierkonstellation von Vater, Mutter, Kind ab. Und so wie die drei Dolomitengipfel eine klettertechnische Herausforderung sind, so versucht auch der Vater in dem Film „Drei Zinnen“, der am 21. Dezember in die Kinos kommt, mit einem langsamen Aufstieg das Vertrauen der „Kleinen Zinne“, des Sohns seiner neuen Partnerin, zu gewinnen.

Anspruchsvoll ist auch der kosmopolitische Ansatz im Film des Berliner Regisseurs Jan Zabeil: Vater (Alexander Fehling) Deutscher, Mutter Französin (gespielt von Frankreichs Star Bérénice Bejo) und der achtjährige Sohn Tristan wegen seines leiblichen Vaters halber Brite. Die Kommunikationsstörungen münden in eine halbe Tragödie, die im Nebel unterhalb der Drei Zinnen nur recht schleppend vorankommt. *tws*


Bild: Rohfilm Productions 2017

Zwei Zinnen kommen sich näher: Vater und Stiefsohn

»Sie sind unser Anführer und Held«

Vor 275 Jahren wurde der wohl populärste und höchstrangige preußische Befreiungskrieger geboren: Gebhard von Blücher

Es war nicht zuletzt Gebhard Leberecht von Blücher, der dafür sorgte, dass die Alliierten sich nach Napoleons Russlandfeldzug nicht mit dem Kaiser der Franzosen arrangierten, sondern ihn bis zum bitteren Ende niederkämpften. Nicht umsonst verliehen ihm die Russen den Beinamen „Marschall Vorwärts". Zudem trug er mit seiner immensen Autorität zur Durchsetzung der preußischen Heeresreform bei.

Die preußischen Heeresreformer wie Gerhard von Scharnhorst, August Neidhardt von Gneisenau, Carl von Clausewitz oder Karl von Grolman waren nicht selten bürgerlicher Herkunft und gebildet. Blücher hingegen entstammte altem Adel und war ungebildet. Nichtsdestoweniger empfanden Erstere für Letzteren die größte Hochachtung. „Sie sind unser Anführer und Held und müssten Sie auf der Sänfte uns vor- und nachgetragen werden; nur mit Ihnen ist Entschlossenheit und Glück", schrieb ihm 1808 der wohl bekannteste unter den preußischen Heeresreformern, Scharnhorst.

Abgesehen vom Willen zur Befreiung des Vaterlandes von der napoleonischen Fremdherrschaft und zur Reform des Heeres gibt es eine weitere interessante Gemeinsamkeit Blüchers mit vielen der preußischen Reformer: Er war weder preußischer Herkunft noch wurde er in Preußen geboren. Seine Familie hatte bis zum Dreißigjährigen Krieg das mecklenburgische Rittergut Groß-Renzow besessen, sein Vater war kurhessischer Rittmeister gewesen, seine Mutter entstammte mecklenburgischem Uradel, und er selber kam am 16. Dezember 1742 in Rostock zur Welt.

Seine Familie verarmte, und er kam auf die damals schwedische Insel Rügen zu seiner Schwester, die einen schwedischen Kammerherren geheiratet hatte. Nach dem Anblick schwedischer Husaren wurde der rauflustige Junge gegen den Willen seiner Familie 1758 selber einer. Als ein solcher wurde er im Siebenjährigen Krieg 1760 von den Preußen gefangengenommen. Ein Verwandter in Preußens Diensten überredete ihn in der Gefangenschaft zum Seitenwechsel und machte ihn zu seinem Adjutanten.

Temperamentvoll wie er war, quittierte Blücher 1773 den Dienst. Auf seine Klage gegenüber dem König „Der von Jägersfeld, der kein anderes Verdienst hat, als der Sohn des Markgrafen von Schwedt zu sein, ist mir vorgezogen; ich bitte um meinen Abschied" reagierte dieser verschnupft: „Der Rittmeister Blücher kann sich zum Teufel scheeren." Schnell bereute der Soldat mit Leib und Seele seinen Entschluss, aber bei Friedrich dem Großen kriegte er keinen Fuß mehr auf den Boden. Da musste er erst dessen Tod abwarten.

Unter Friedrich Wilhelm II. konnte Blücher seine militärische Karriere fortsetzen. 1803 wurde er Militärgouverneur in Münster und residierte im dortigen bischöflichen Schloss mit dem zuständigen Oberpräsidenten unter einem Dach. Letzterer war damals der spätere preußische Reformer Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein. Die beiden verstanden sich gut. Schon damals nahm Blücher Gedanken der preußischen Heeresreformer vorweg. So setzte er sich bereits 1805 in einer Denkschrift für die allgemeine Wehrpflicht ein und verzichtete auf Körperstrafen für seine Untergebenen. Überhaupt erfreute er sich bei seinen Männern großer Beliebtheit. Er requirierte energisch für sie und sah über Plünderungen auch schon einmal hinweg.

Im vierten Koalitionskrieg von 1805/06 gegen Napoleon, der von Jena und Auerstedt entschiedenen Widerstand leisteten. Scharnhorst wurde in dieser Zeit Blüchers Stabschef und Freund. Gemeinsam gingen sie in französische Gefangenschaft, wurden aber bald wieder ausgetauscht.



„Marschall Vorwärts": Kupferstich nach einem Porträt von Ernst Gebauer

ihm wie von Stein, Königin Luise und Prinz Louis Ferdinand als notwendig erachtet wurde, gehörte Blücher neben Gneisenau zu den wenigen höheren preußischen Offizieren, die auch noch nach dem Schock der Doppelniederlage von

Nach dem verlorenen vierten Koalitionskrieg trat Blücher vergebens dafür ein, dass Preußen an der Seite Österreichs im fünften Koalitionskrieg von 1809 erneut gegen Napoleon Krieg führte. Preußen blieb jedoch neutral. Enttäuscht bat er um seine Entlassung, wurde jedoch stattdessen vom König zum General der Kavallerie befördert. Schließlich war er der einzige höhere Kommandeur, der sich im vorangegangenen Krieg wirklich bewährt hatte. Das brachte ihm nicht nur die Gunst seines Königs ein, sondern machte ihn auch zum Hoffnungsträger der Patrioten.

1811 erlitt er das Schicksal Steins: Wegen seiner napoleonkritischen Haltung wurde er auf französischen Druck abberufen. Im Gegensatz zu Stein und vielen anderen Patrioten blieb er jedoch in Preußen, ging sozusagen in die innere Emigration.

Blüchers große Stunde schlug nach dem Seitenwechsel Preußens zum Ende von Napoleons Russlandfeldzug. In den Befreiungskriegen wurde er als Oberbefehlshaber der Schlesischen Armee der preußische Feldherr. Sein Generalstabschef wurde Scharnhorst, sein Generalquartiermeister Gneisenau. Nach Scharnhorsts Tod rückte Gneisenau auf. Blücher und Gneisenau waren ein sehr gut harmonierendes, eingespieltes Gespann. Blücher vertraute seinem Stabschef und wählte von den von Gneisenau ausgearbeiteten Optionen in der Regel die offensivste aus. Immer wieder ging er voran und trieb die Alliierten an. Der Sieg in der Schlacht an der Katzbach brachte ihm später den Titel eines Fürsten Blücher von Wahlstatt, der in der Leipziger Völkerschlacht den Maschallstab ein.

Blüchers Überschreitung des Rheins bei Kaub war nicht nur militärisch, sondern auch psychologisch bedeutungsvoll. Damit hatten die Alliierten in den Augen der Franzosen deren natürliche Grenze überschritten. Durch Rückschläge ließ Blücher sich nicht von seinem Ziel abbringen: Paris, die Höhle des Löwen. Am 30. März 1814 war es mit der Erstürmung des Montmartre erreicht.

Politik, Friedensverhandlungen waren nicht Blüchers Ding. Kaum, dass das militärische Ziel erreicht war, legte der durch ein Augenleiden und Depressionen eingeschränkte Feldherr den Oberbefehl nieder und zog sich zurück.

Nach Napoleons Rückkehr von Elba mussten er und Gneisenau als militärisches Führungsgespann der Preußen noch einmal ran. Geschichte schrieb das von ihm kommandierte preußische Felheer, als es sich nach der Niederlage gegen Napoleon bei Ligny nicht Richtung Rhein zurückzog, sondern den Anschluss an die alliierte Streitmacht unter General Arthur Wellesley, 1. Duke of Wellington, suchte. Es erreichte das Ziel noch rechtzeitig, um bei Belle-Alliance (Waterloo) schlachtentscheidend eingreifen zu können. Napoleons Armee war entscheidend geschlagen, Wellingtons Truppen waren völlig erschöpft. Ohne großen Widerstand besetzten nun die Preußen unter Blüchers Führung am 3. Juli 1815 Paris. Wieder zog sich der mittlerweile 72-Jährige nach dem errungenen Sieg zurück.

Als Dank hat Blücher von seinem König neben diversen Orden – darunter der sogenannte Blücherstern – das Schloss und das Dorf Krieblowitz sowie weitere elf umliegende Güter in Schlesien und ein Stadtpalais am Pariser Platz in Berlin erhalten. In der schlesischen Provinz und in Karlsbad verbrachte er nun die Sommer und in der Hauptstadt die Winter. Am 12. September 1819 starb er auf seinen schlesischen Besitzungen. *Manuel Ruoff*

»Neue Stufe im europäischen Abenteuer«

Vor zehn Jahren unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der seinerzeit 27 EU-Mitgliedsländer den Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon stellte laut Aussage des portugiesischen Ministerpräsidenten José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa eine „neue Stufe im europäischen Abenteuer" dar und stieß auf vielfältige Kritik. Trotzdem trat das Regelungswerk schließlich mit mehrmonatiger Verspätung in Kraft.

Angesichts der kontinuierlichen Erweiterung der Europäischen Union seit Mitte der 1990er Jahre sollte die EU einer grundlegenden institutionellen Reform unterzogen werden, damit sie auch bei größerer Mitgliederzahl handlungsfähig blieb. Dies gelang aber weder durch den Vertrag von Amsterdam (1997) noch durch den von Nizza (2001). Ebenso scheiterte der Versuch, die Grundlagenverträge der EU durch einen gänzlich neuen „Verfassungsvertrag" zu ersetzen, 2005 am ablehnenden Votum der Wähler in Frankreich und den Niederlanden. Dahingegen verlief der vierte Anlauf zur Umkrempelung der Union erfolgreich. Allerdings mussten die Verfechter des Vorhabens tief in die Trickkiste greifen, um es auf den Weg zu bringen. Beispielsweise wurde der am 13. Dezember 2007 abgeschlossene „Tratado de Lisboa" als bloße Abänderung der bestehenden Übereinkünfte zur EU hingestellt, obwohl er von der inhaltlichen Substanz her gleichfalls ein Verfassungsvertrag war.

Außerdem wies der neue Grundlagenvertrag der Europäischen Union, für dessen Zustandekommen sich ganz besonders auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel stark gemacht hatte, schwerwiegende Mängel auf. So reduzierte er die Vetomöglichkeiten der einzelnen Mitgliedsländer durch die Einführung der sogenannten doppelten Mehrheit: Entscheidungen erlangten nun bereits Gültigkeit, wenn eine Mehrheit von Staaten (55 Prozent) zustimmte, die gleichzeitig für die Mehrheit der EU-Bevölkerung (65 Prozent) stand. Damit kam es de facto zu einer Machtverschiebung zugunsten der sehr großen und sehr kleinen EU-Mitglieder.

Zugleich änderte der Vertrag auch nichts am grundsätzlichen Demokratiedefizit in Europa. Der EU-Kommission fehlte immer noch jedwede Legitimation durch den Wähler. Und das EU-Parlament, das nun mehr gesetzgeberische Zuständigkeiten erhielt, ging weiterhin aus Wahlen hervor, die zwar allgemein und geheim, aber nicht gleich waren. So repräsentierte gemäß der neu ausgehandelten Sitzverteilung ein maltesischer Abgeordneter 67000 Stimmberechtigte des Inselstaates, während sein deutscher Kollege 811000 Wähler vertrat. Desgleichen erhielt das Parlament erneut kein Initiativrecht bei gesetzgeberischen Vorhaben und keine Zuständigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Noch problematischer war in diesem Zusammenhang, dass nationale Regierungen nach wie vor auf dem Umweg über die EU Gesetze durchboxen konnten, die das eigene, demokratisch legitimierte Parlament nicht passiert hätten. Ein Beispiel hierfür ist die EU-Verordnung zum Glühlampen-Verbot, die letztlich einer Initiative des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel (SPD) entsprang, der damit im Bundestag chancenlos war, aber in Brüssel – quasi „über Bande spielend" – zum Erfolg kam.



An die Wand projiziert: Die Unterzeichnung des Vertrages

Eine weitere wichtige Neuerung des Vertrages von Lissabon war, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union nun Gültigkeit erlangte. Besonderes Aufsehen erregten in diesem Zusammenhang die juristisch ebenfalls verbindlichen Erläuterungen zu Artikel 2 Absatz 2 des Grundrechtskataloges, der die Todesstrafe untersagt. Sie enthalten nämlich den Passus: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen; b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern; c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen." Darin sehen viele Kritiker des Lissabonner Vertrages den Versuch, die nationalen Verbote der Todesstrafe auszuhebeln. Auch wenn der Artikel 53 der Urkunde ausdrücklich das „Günstigkeitsprinzip" betont, wonach die Charta keine Verschlechterung der Rechtslage des Individuums gegenüber den einzelstaatlichen Verfassungen und somit auch dem deutschen Grundgesetz herbeiführen dürfe, bliebe am Ende wohl die Probe aufs Exempel abzuwarten, was im Falle eines „Aufruhrs oder Aufstandes" – beispielsweise gegen die Brüsseler Eurokraten – dann tatsächlich geschieht.

Im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker positiv ist am Vertrag von Lissabon hingegen zu sehen, dass seitdem klare Regelungen für einen freiwilligen Austritt aus der EU existieren. Zudem kam es zu einer Verschärfung der Beitrittskriterien.

Wegen ihrer Mängel stieß die Übereinkunft vom 13. Dezember 2007 auf vielfältigen Widerstand. So ratifizierte Irland den Vertrag zunächst nicht, weil sich die Wähler auf der Insel am 12. Juni 2008 mehrheitlich dagegen aussprachen. Allerdings sorgten die EU-Befürworter für eine Wiederholung des Referendums, das dann am 2. Oktober 2009 vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise 67,1 Prozent Ja-Stimmen erbrachte. In Frankreich wiederum musste erst die Verfassung geändert werden, damit das Parlament den Vertrag ohne nochmalige Volksbefragung ratifizieren konnte. Weitere Opposition regte sich in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Österreich und Großbritannien.

In Deutschland votierte der Bundestag am 24. April 2008 mit 515 gegen 58 Stimmen für den Vertrag; das gleiche tat der Bundesrat am 23. Mai 2008 mit den Stimmen aller Länder außer Berlin. Noch am selben Tag reichte der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Dem schlossen sich weitere Einzelpersonen und die Bundestagsfraktion der Linkspartei an. Nach einer vergleichsweise kurzen Verfahrensdauer entschied das Karlsruher Gericht am 30. Juni 2009, dass der Vertrag verfassungskonform sei. Jedoch verstoße das nationale Begleitgesetz hierzu insofern gegen das Grundgesetz, als die Rechte von Bundestag und Bundesrat zu kurz kämen. Daraufhin erfolgte bis zum 1. Oktober 2009 die Verabschiedung von vier neuen Begleitgesetzen. Danach fertigte der damalige Bundespräsident Horst Köhler die Ratifikationsurkunde aus. Kurz darauf trat der Lissabonner Vertrag am 1. Dezember 2009 mit elfmonatiger Verspätung in Kraft. *Wolfgang Kaufmann*

Die bessere Alternative zur Elektronenröhre

Vor 70 Jahren wurde der Transistor erfunden – Grundlegende Vorarbeiten erfolgten durch Deutsche

Der Transistor war die vielleicht wichtigste Erfindung des 20. Jahrhunderts. Ohne ihn gäbe es weder Rechner noch Mobiltelefone oder viele der anderen Geräte, die heute unser aller Leben prägen. Der Transistor ist auch das technische Bauteil, das in der Geschichte der Menschheit bisher am häufigsten produziert wurde. Seine Geburtsstunde schlug vor 70 Jahren, als US-Physiker den ersten funktionierenden Prototypen vorführten.

Um elektrische Signale zu steuern oder zu verstärken, wurden zunächst Röhren verwendet. Diese wiesen allerdings den Nachteil auf, dass sie empfindlich und zugleich voluminös waren sowie reichlich Strom verbrauchten und sich aufheizten. Deshalb suchten Forscher schon bald nach Alternativen zu den unpraktischen Glaskolben, die der Fortentwicklung vieler elektronischer Systeme im Wege standen. Hierbei erzielten zunächst vor allem deutsche und österreichische Wissenschaftler Erfolge. So meldete Julius Lilienfeld 1925 und 1928 Patente auf ein sehr viel handlicheres Halbleiterelement mit Eigenschaften ähnlich denen der Elektronenröhre an. Weitere wichtige Schritte hin auf dem Wege zum funktionierenden Ersatz für das problematische Bauteil gelangen in den 1930er Jahren Oskar Heil, Robert Wichard Pohl und Walter Schottky.

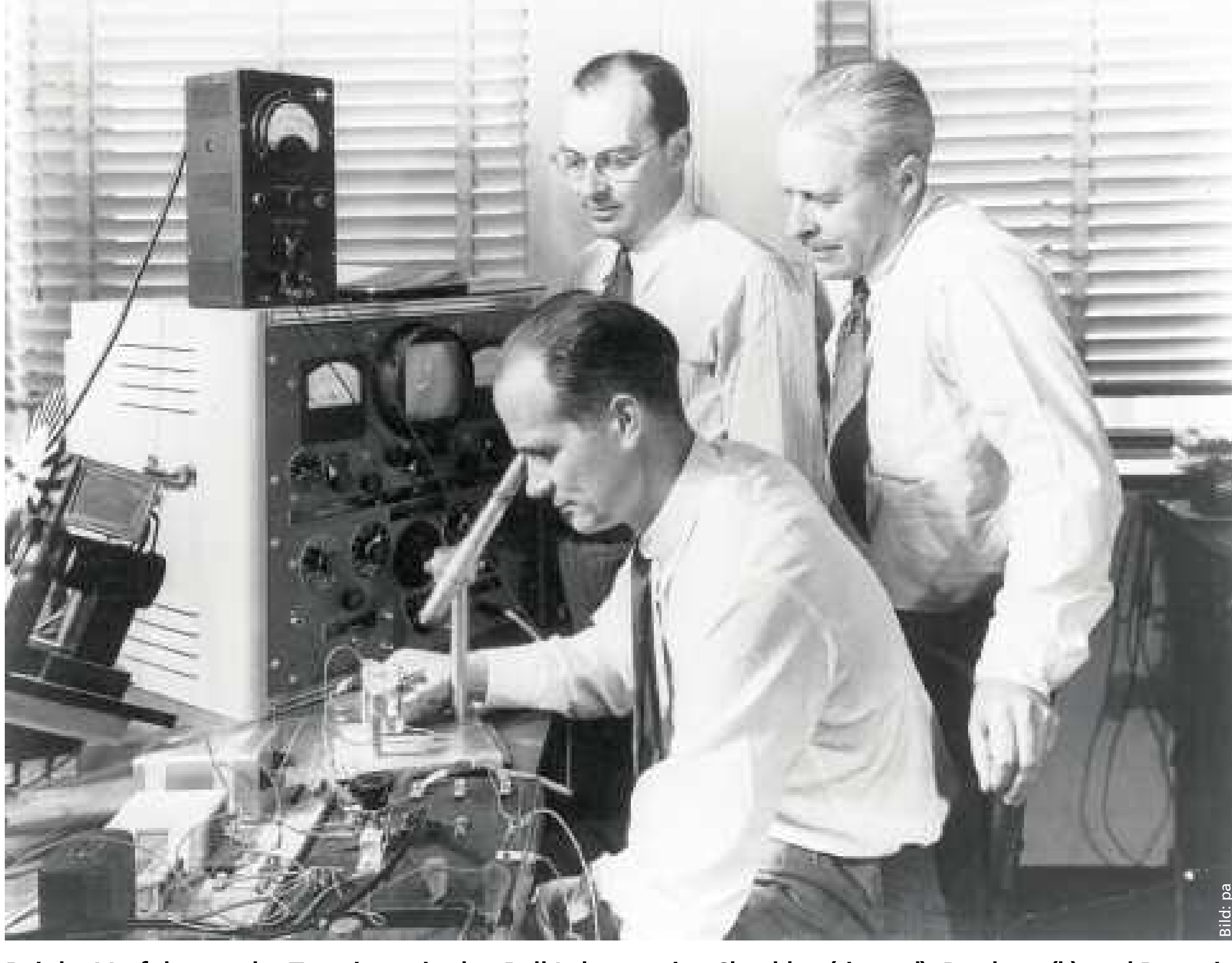
Auf den Vorarbeiten dieser vier Forscher basierten dann die Experimente der Physiker William Shockley, Walter Brattain und John Bardeen von den Bell Telephone Laboratories der Firmen Western Electric und American Telephone and Telegraph Company (AT&T) in Murray Hill (New Jersey). Die Firma AT&T verwendete unzählige Röhren und Relais bei der Vermittlung von Telefongesprächen, was sich als zunehmend kostenintensiv erwies. Deshalb stellte sie schließlich 1945 auf Initiative ihres geschäftsführenden Vizepräsidenten Mervin Kelly eine Wissenschaftlergruppe namens Solid State Division zusammen, die Abhilfe schaffen sollte, indem sie sich die bisherigen Erkenntnisse bezüglich der Konstruktion von Halbleitern zunutze machte. Und tatsächlich gelang dieser mit immerhin einer Million US-Dollar geförderten Arbeitsgruppe der entscheidende praktische Durchbruch, als sie – dem Vorschlag von Bardeen folgend – Ende November 1947 zwei Spitzen aus Gold auf eine Platte aus Germanium setzte. Denn hierdurch entstand ein sogenannter Bipolar- beziehungsweise Punktkontakttransistor mit bis zu 100-facher Verstärkerwirkung. Den Namen „Transistor“ kreierte übrigens wohl der leitende Bell-Ingenieur und Science-Fiction-Liebhaber John R. Pierce im Rahmen eines firmeninternen Wettbewerbs: Er bildet die Kurzform von „transfer resistor“, was sinngemäß „durch Strom steuerbarer elektrischer Widerstand“ heißt.

Erstmals gemessen wurde der Transistoreffekt, also eine deutliche Spannungsverstärkung innerhalb des Halbleiterbauteils, am 16. Dezember 1947 durch Bardeen und Brattain. Die beiden versäumten es, den ebenso genialen wie menschlich schwierigen Shockley hinzuzuziehen. Darüber verärgert, soll sich der Gastprofessor an der Princeton University tagelang in sein Hotelzimmer zurückgezogen und dort „den ganzen fehlenden Rest“ rund um den Transistor ersonnen haben.

Jedenfalls veranstalteten Bardeen und Brattain am Vormittag des 23. Dezember 1947 einen zweiten Test mit dem improvisierten Halbleiterbauteil unter Zuhilfenahme eines Oszillators. Dabei waren nun auch Shockley sowie der Elektroniker Hilbert Moore, der Physiker Gerald Pearson und der Chemiker Robert Gibney zugegen. Danach hielt das Team den Moment für gekommen, die Erfindung dem Management von AT&T vorzuführen.

Die Demonstration erfolgte noch am Nachmittag desselben Tages im vierten Stock des Gebäudes Nummer 1 der Bell Laboratories. Für das „Weihnachtsgeschenk“ an die Firmenleitung hatten sich die Wissenschaftler etwas Besonderes ausgedacht: Bardeen sprach in ein Mikrofon, das per Kabel mit dem Transistor und einem Lautsprecher verbunden war, und tatsächlich verstärkte die „Wunderschaltung“ seine Stimme deutlich, was bisher nur mit Hilfe der stromfressenden und platzraubenden Röhrentechnik funktioniert hatte.

> »Die wohl wichtigste Erfindung des 20. Jahrhunderts wurde zweimal gemacht – unabhängig voneinander«



Bei der Vorführung des Transistors in den Bell Laboratories: Shockley (sitzend), Bardeen (l.) und Brattain

Bild: pa

Für ihren Durchbruch in der Halbleitertechnik, der nachfolgend die epochemachende Miniaturisierung von Elektronikbauteilen mit all ihren weitreichenden Konsequenzen für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichte, erhielten Shockley, Brattain und Bardeen 1956 den Nobelpreis für Physik. Und das vollkommen zu Recht, wenngleich ihre Leistung ohne die systematische Nutzung der Vorarbeiten anderer definitiv nicht möglich gewesen wäre.

Genauso verdient hätten die Auszeichnung aber auch die deutschen Physiker Heinrich Welker und Herbert Mataré, die damals für die französische Firma Compagnie des Freins & Signaux Westinghouse in Aulnay-sous-Bois bei Paris arbeiteten. Im Verlaufe der sechs Monate, in denen die Bell-Forscher ihre Erfindung geheimhielten, während die US-Streitkräfte diese auf militärische Brauchbarkeit prüften – übrigens mit negativem Ergebnis –, gelang den beiden nämlich eine Parallelentwicklung, die den Namen „Le Transistron“ erhielt. Der erste funktionierende Prototyp desselben lag im Frühjahr 1948 vor. Allerdings reichten der spätere Siemens-Forschungschef Welker und Mataré das diesbezügliche Patent erst am 13. August 1948 ein, womit sie um wenige Wochen zu spät kamen. Trotzdem trifft Michael Riordan, seines Zeichens Professor für Physikgeschichte an der University of California in Santa Cruz, den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt: „Die wohl wichtigste Erfindung des 20. Jahrhunderts wurde zweimal gemacht – unabhängig voneinander.“

Dass die Fachwelt die Leistung der Deutschen ignorierte, resultierte zum einen aus dem Bestreben der Bell-Physiker, sich als alleinige Väter des Transistors zu präsentieren. Zum anderen spielte aber wahrscheinlich gleichermaßen eine Rolle, dass die Vorarbeiten von Welker und Mataré teilweise unter der Ägide der deutschen Luftwaffe oder im Auftrag von Firmen beziehungsweise Institutionen des Dritten Reiches stattfanden. Offenbar sollte der NS-Staat nicht mit dem größten Meilenstein auf dem Wege der Fortentwicklung der Halbleitertechnik in Verbindung gebracht werden. Das dürfte dann auch die Entscheidung des Herausgebers des Fachblattes „Proceedings of the Institute of Electrical and Electronics Engineers“ aus dem Jahre 1998 erklären, einen Artikel Matarés zum Thema „Die weniger bekannte Geschichte des Transistors“ ohne weitere Begründung abzulehnen. *Wolfgang Kaufmann*

»Mit gutem Steinpflaster und Trottoir«

Allensteins erster Oberbürgermeister setzte als Verwaltungschef der ostpreußischen Kreisstadt Maßstäbe

Oskar Belians Tätigkeit als Bürgermeister von Allenstein war derart herausragend, dass er 1903 schließlich als erster überhaupt zum Oberbürgermeister der damaligen Kreisstadt ernannt wurde. Dieses Jahr jährte sich der Beginn seiner erfolgreichen Amtstätigkeit zum 140. Mal. Am 10. Oktober 1877 wurde Belian nach Bestätigung durch den Kommissar des Regierungspräsidenten von Königsberg in sein Amt eingeführt. Die Stadt Allenstein zählte damals kaum 6000 Einwohner, hatte nur wenige und dazu noch mangelhaft gepflasterte Straßen und war erst seit drei Jahren durch die Thorn-Insterburger Eisenbahn an den überörtlichen Verkehr angeschlossen.

Eine seiner ersten Amtshandlungen, schrieb Belian später, war die Eröffnung des von der Stadt errichteten Pro-Gymnasiums, das am 1. Oktober 1881 als Vollanstalt anerkannt und am 10. April 1885 dem Königlich Preußischen Provinzialschulkollegium als Staatsanstalt übergeben wurde, aber nur, weil sich die Stadt zum Bau eines neuen Anstaltsgebäudes und Zahlung eines Unterhaltungszuschusses von 15 000 Mark verpflichtet hatte. Durch die Errichtung dieser hohen Lehranstalt wurde der Grundstein für ein schnelles Wachstum der ostpreußischen Landstadt gelegt. Dies zeigte sich schon bald bei der Wahl Allensteins zum Sitz eines Land- und Amtsgerichts im Jahre 1879. Da in der Stadt „bereits ein Gymnasium bestand“, fiel die Entscheidung nicht zugunsten des Mitbewerbers Osterode aus. Ein Ergebnis der Weitsicht des begabten Verwaltungschefs von Allenstein.

Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts wurden von Allenstein aus die Zweigbahnen nach Marienburg, Ortelsburg, Soldau und Königsberg gebaut. In der Folge wurde die Stadt zum Eisenbahnknotenpunkt und Sitz eines Eisenbahnbetriebsamtes. Außer durch Eisenbahnen schaffte man auch im Laufe der Jahre durch die Anlegung neuer Kreis-Chausseen bessere Verbindungen zu den Nachbarstädten und entfernteren Kreisteilen.

Im Jahre 1884 erhielt Allenstein die erste Garnison durch die Verlegung des Jäger-Bataillons „Graf York von Wartenberg“ (Ostpreußisches) Nr. 1 von Bromberg/Westpreußen hierher, dem 1886 das Dragoner-Regiment „König Albert von Sachsen“ (Ostpreußisches) Nr. 10 folgte. Am 1. Oktober 1889 erhielten das Grenadier-Regiment „König Friedrich der Große“ (3. Ostpreußisches) Nr. 4 und eine Abteilung des Westpreußischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 16 Allenstein als Garnisonstadt, nachdem das Jäger-Bataillon nach Osterode verlegt worden war. Gleichzeitig wurde der Stab der 3. Infanterie-Brigade hierher verlegt. Durch die Verlagerung des Grenadier-Regiments Nr. 4 nach Rastenburg erhielten nun die Infanterie-Regimenter Nr. 150 und 151 mit dem Stab der 75. Infanterie-Brigade die Stadt Allenstein im Jahre 1898 als Garnison. Zudem wurde hier nun an Stelle der Artillerie-Abteilung das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 73 neu gebildet und der Stab der 37. Kavallerie-Brigade und bald darauf auch der Stab der 37. Division hierher verlegt, sodass Allenstein nach Königsberg in der Provinz die größte Garnison besaß. Mit Ausnahme von zwei Bataillonen des Infanterie-Regiments Nr. 151, die „in Privatkasernen“ lagen, wurden in dieser Zeit für sämtliche Truppenteile Kasernen erbaut.

Bild: Kreisgemeinschaft Allenstein-Stadt

Oskar Belian

Bild: CF

Doch nicht nur durch die Ansiedlung von Militär schaffte Bürgermeister Belian in Allenstein „Arbeit und Brot“, auch sorgte er durch Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen im Laufe der Jahre für ein Aufblühen dieser alten ostdeutschen Stadt. Als Beispiele seien genannt: die Errichtung einer Provinzial-Irren- und Pflegeanstalt (Kortau) für 1000 Personen, die Errichtung des katholischen Krankenhauses St. Marien, das später wiederholt bedeutend erweitert wurde, der Bau eines Garnisons-Lazaretts, die Errichtung der Lungen-Heilstätte „Frauenwohl“ im Stadtwald, der Bau des jüdischen Altersheimes nebst Siechenhaus sowie der Neubau der für die Gottesdienste vorgesehenen Gebäude der evangelischen Kirche, der katholischen Kirche (Herz-Jesu-Kirche) und der Allensteiner Synagoge für die Bürger jüdischen Glauben.

An Schulanstalten errichtete die Stadt Allenstein unter Belians Regie außer dem bereits erwähnten Gymnasium noch eine Oberrealschule, eine höhere Mädchenschule (Luisenschule) mit Lehrerinnen-Seminar sowie eine gewerbliche und eine kaufmännische Fortbildungsschule.

Die einst simultan geführten Volksschulen der Stadt wurden am 1. April 1890 in zwei katholische und eine evangelische Schule umgewandelt und im Laufe der Jahre von 20 Klassen mit etwa 900 Schülern beiderlei Geschlechts auf 60 Klassen mit zirka 3250 Absolventen beiderlei Geschlechts erweitert. Für alle diese Schulanstalten erbaute man seitens der Stadt unter Bürgermeister Belians Führung neue zweckentsprechende Gebäude. Dass im Zuge des wirtschaftlichen Aufblühens kommunale Einrichtungen wie Schlachthof, Gasanstalt, Wasserleitung, Kanalisation, Elektrizitätswerk mit Wasserkraftantrieb und Straßenbahn ebenfalls entstanden, soll der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben. Auch sämtliche städtischen Straßen wurden während Belians Tätigkeit „mit gutem Steinpflaster und Trottoir“ versehen, die Hauptstraßen mit Unterpflaster und „schwedischen Kopfsteinen“. In verschiedenen Stadtteilen legte man größere Schmuckplätze an, und der unmittelbar in der Stadt gelegene Teil des Stadtwaldes wurde mit Promenadenwegen versehen, die der Bevölkerung zur Erholung dienten. Auf dem Gartenplatz vor dem Königlichen Gymnasium in der Kaiserstraße errichtete man ein Standbild Kaiser Wilhelms I. und in der Guttstädter Straße ein Kriegerdenkmal.

Die Schaffung des dritten ostpreußischen Regierungsbezirks Allenstein aus Teilen der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen mit Wirkung vom 1. November 1905, die unter anderem der kulturellen und wirtschaftlichen Förderung Masurens dienen sollte, machte Allenstein, das nun Sitz eines Regierungspräsidenten war, zum Mittelpunkt des südlichen Teils der Provinz Ostpreußen. Auch äußerlich beeinflusste die segensreiche kommunale Tätigkeit Belians im Laufe seiner mehr als 30-jährigen Tätigkeit die Stadt. Die Gebäude in den älteren Stadtteilen wurden fast durchweg durch neue ersetzt, ohne dass dadurch der historische Charakter der Stadt gelitten hätte. An den größtenteils von Baumreihen gesäumten Straßen in den neueren Ortsteilen entstanden nach modernen Prinzipien und Bebauungsplänen Wohngebäude, die in der Regel ansprechende Fassaden und schmucke Vorgärten besaßen. Die industriellen Anlagen in der Stadt wurden während Belians Tätigkeit durch eine große Anzahl von Dampfschneidemühlen und Tischlereien, mehrere Ziegel- und Maschinenfabriken, Brauereien sowie Möbel-, Zündholz- und ähnliche Fabriken vermehrt, was später in ähnlicher Weise unter der Ägide von Oskar Belians Sohn Alfred Belian in Eilenburg ebenso geschah.

Was für einen begnadeten Bürgermeister die Stadt Allenstein in Ostpreußen mit Belian besessen hat, geht auch daraus hervor, wie er selbst später seinen Abschied vom Dienst formulierte: „Da ich nach Genesung von längerer Krankheit fühlte, dass ich nicht mehr mit voller Kraft meines Amtes walten konnte, beantragte ich meine Versetzung in den Ruhestand zum 1. Nov. 1908, die mir auch von den städtischen Vertretungen nach Vollendung meines 76. Lebensjahres (!!) und nach 31-jähriger Tätigkeit unter Verleihung des Ehrenbürgerrechts genehmigt wurde.“ *E. Muche/G. Hufenbach*

Moment der Woche

Foto: Colourbox

Vor allem kinderreiche Zuwandererfamilien sorgen dafür, dass in Deutschland wieder mehr Säuglinge zur Welt kommen. 792000 waren es laut statistischem Bundesamt im Jahre 2016, 55000 mehr als im Jahr zuvor. Und das, obwohl die neuen Erdenbürger den Anhängern der These vom menschengemachten Klimawandel ein echter Graus sind. Sie gelten als üble Klimakiller. Ein kinderloser Erwachsener spart gegenüber einem Elternteil mit einem Kind knapp 60 Tonnen Kohlendioxid – pro Jahr, errechneten Forscher der schwedischen Universität Lund. „Wir sollten alle aufhören, Kinder zu bekommen. Das ist egoistisch“, empfahl daraufhin eine Kolumnistin auf „Spiegel-Online“.

Die Säuglinge von heute, so wie das süße Mädchen auf dem Foto, werden morgen ungläubig den Kopf schütteln über die Spinner von gestern. *FH*

Der unwiderstehliche Opferstatus

Warum sich psychische Krankheiten wunderbarerweise immer mehr vermehren

Sie waren noch nicht Opfer einer Naturkatastrophe, einer Kampfhandlung oder eines Kriegseinsatzes? Kein Problem. Auch Sie können eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) entwickeln einschließlich des damit verbundenen, unanfechtbaren Opferstatus, der Sie moralisch integer macht und von jeglicher Eigenverantwortung befreit.

Schon nach den derzeitigen Kriterien muss man keine Katastrophen erlebt haben. Deren Zeuge gewesen zu sein reicht aus. Beispielsweise als Zuschauer des Films „Rosemarys Baby“. Hier sollte man konsequent sein, auch wenn Konsequenz nach dem amerikanischen Philosophen und Dichter Emerson (1803 – 1882) ein Kobold ist, der in engen Köpfen spukt. Nach dem Volksglauben sind Kobolde ambivalente Wesen, die nicht nur Krankheiten und Unglück verursachen, sondern auch wertvolle Ratschläge geben. Und was kann für Therapeutenzunft und Psychoindustrie wertvoller sein, als die ständige Vermehrung psychischer Krankheiten?

Selbstverständlich kann die Pflege eines todkranken Angehörigen ganz schön emotional belastend sein. Ist der Pflegende deswegen automatisch traumatisiert und psychisch krank? Eindeutig ja, wenn man einigen federführenden Psychotraumatologen folgt. Genauso wie ein Begräbnis der plötzlich und unerwartet verstorbenen 98-jährigen Urgroßmutter.

Psychiatrie und Psychotherapie laufen Gefahr, dass in Kürze jede Befindlichkeit, die einem irgendwie nicht in den Kram passt, zur psychischen Erkrankung hochstilisiert wird. Wenn die gängigen diagnostischen Kriterien immer noch nicht ausreichend sind, wird eben das Zauberwörtchen „komplex“ vorangesetzt, ob komplexe PTBS oder komplex-familiärer Hintergrund.

Genauso wie man mit „modern“ den größten Blödsinn schönreden kann, kann mit „komplex“ jedes negative Gefühl irgendwann in eine internationale Klassifikation psychischer Erkrankungen aufgenommen werden. Was die Universalpathologisierung menschlicher Emotionalität angeht, da will auch die Justiz nicht zurückstehen, einschließlich ihrer Opferanwälte und sonstiger Entschädigungsakrobaten. Diese ungewöhnliche Bezeichnung kann durchaus treffend sein. 1995 wurde der Fall des gesunkenen Fischereifahrzeugs „Aleutian Enterprise“ bekannt, wo Rechtsanwälte überlebende Matrosen mit Symptomlisten gezielt darauf vorbereiteten, eine posttraumatische Belastungsstörung zu simulieren. Dass die Diagnose der PTBS seit der offiziellen Aufnahmen ins DMS, den diagnostischen und statistischer Leitfaden psychischer Störungen, exponenziell zugenommen und die PTBS weltweit die wohl am häufigsten simulierte Erkrankung ist, sollte bei der Pflicht zur Hilfe nicht in völlige Vergessenheit geraten. Auch und gerade angesichts der Asylkrise.

> »Wie gehe ich mit traumatisierten Flüchtlingen um?«

Schon beginnen einige kommunale Behörden ihre Mitarbeiter in Pflichtfortbildungen zu schicken mit dem Thema: „Wie gehe ich mit traumatisierten Flüchtlingen um?“ Ohne Zweifel in guter Absicht. Aber schon für psychiatrische Fachärzte und Psychologen ist es nahezu unmöglich, nur durch das Gespräch eine Traumatisierung valide zu diagnostizieren. Das Motto dieser Fortbildungen scheint wohl zu lauten: „Wir können eine Traumatisierung nicht sicher erkennen, wissen aber ganz sicher, wie wir mit ihr umzugehen haben.“ Sicher gut für ein gutes Gewissen.

Wenn Traumafolgestörungen derzeit geltend gemacht werden, so geht es vor deutschen Gerichten kaum um Kriegshandlungen, Schiffsuntergänge oder Flugzeugabstürze. So können nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der gesetzlichen Unfallversicherung schon lautstarke verbale Auseinandersetzungen im Berufsleben zu einer entschädigungspflichtigen psychoreaktiven Belastung führen.

Um dem vorzubeugen, gibt es demnächst bestimmt einen Empathie-Coach. Denn es geht ja nicht nur darum, was der eventuell Geschädigte erlebt hat, sondern auch wie er es erlebt hat. Das wiederum hängt natürlich auch von der Kindheit ab, natürlich gefühlt, nicht wie sie tatsächlich war. Was sich prinzipiell auch nicht überprüfen lässt, da Zeitreisen in die Vergangenheit noch nicht zum Untersuchungsrepertoire von Therapeuten gehören. Unabhängig davon biegt sich das Gedächtnis alles so zurecht, wie es am besten zum Opfer selbst passt.

Natürlich bin ich Opfer der Gefrierfachatmosphäre im Elternhaus, Opfer einer oberflächlichen, demoralisierten, konsumwütigen Gesellschaft und Opfer einer politisch unkorrekt gedrillten DNA. Das Schöne: Wenn ich Opfer bin, bin ich entlastet durch das Auffinden der einen Ursache für mein Jammertal und brauche mich nicht mehr mit der komplexen (ja, in diesem Zusammenhang sollte man das Zauberwörtchen stehen lassen) Wirklichkeit auseinanderzusetzen und schon gar nicht mit mir selbst, meinen eigenen unangenehmen Seiten und Defiziten. Im Zeitalter der narzistischen Selfie-Fetischisten ist dies wohl ein unwiderstehliches Gebräu. *Burkhard Voß*

Der Autor arbeitet als Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie in Krefeld. 2017 erschien sein Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit" (Solibro Verlag)

Beruflich Nullkommagarnix

Kreißsaal, Hörsal, Plenarsaal – Was ist dran am Politikerspott? – Ein kritischer Blick auf unsere 709 Bundestagsabgeordneten

Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung beziehungsweise als Studienabbrecher um die 14000 Euro im Monat verdienen: unmöglich – oder?! Keineswegs! So mancher Bundestagsabgeordnete zeigt uns auch in dieser Legislaturperiode wieder, wie leicht das geht.

Derzeit sitzen 709 Volksvertreter im Berliner Parlament, um dort Gesetze zu verabschieden und die Kontrolle über die Regierung sowie alle exekutiven Organe des Bundes auszuüben. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Trotzdem verfügen 32 Abgeordnete definitiv über keinerlei beruflichen oder universitären Abschluss – also immerhin 4,5 Prozent. Zu dieser Gruppe gehört auch die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Dazu kommen weitere 21 Parlamentarier, bei denen der dringende Verdacht besteht, dass sie keine der üblichen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt vorweisen können. Oftmals wird die Berufslosigkeit hier mit Formulierungen wie „Studium der ...“ kaschiert. Allerdings fehlt dann eben die Angabe des erworbenen akademischen Grades. Das Gleiche gilt analog für jedwede andere Berufsausbildung. Dabei listen Abgeordnete aber normalerweise gerne in ihrer Vita auf, was sie so alles erreicht und getan haben. Manchmal bis hin zu absoluten Petitessen, welche kaum der Erwähnung wert sind, wie kurze Auslandsaufenthalte während der Schulzeit. Somit ist die Lücke in der auf Hochglanz polierten Biografie ein äußerst starkes Indiz dafür, dass der Betreffende beruflich eigentlich Nullkommagarnichts vorzuweisen hat. Deshalb muss man wohl letztlich von mehr als sieben Prozent „Ungelernten“ unter den Bundestagsabgeordneten ausgehen.

> Auf dem normalen Arbeitsmarkt schwer vermittelbar

Personen, die auf dem normalen Arbeitsmarkt heute nur sehr schwer vermittelbar wären, finden sich dabei in sämtlichen Fraktionen – jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. An der Spitze stehen unangefochten die Grünen: Acht von deren 67 Abgeordneten verfügen nachweislich über keinerlei Abschluss, und in weiteren vier Fällen legen die lückenhaften Angaben der Betreffenden dasselbe nahe. Weshalb die Abbrecher-Quote bei den Grünen also höchstwahrscheinlich 18 Prozent beträgt, was weit über dem Durchschnitt liegt. Den zweiten Platz belegt Die Linke mit insgesamt neun Parlamentariern ohne nachgewiesene berufliche Qualifikation, womit sie auf 13 Prozent kommt. An dritter Stelle rangiert die AfD-Fraktion: Dieser gehören fünf Abgeordnete mit eindeutig fehlender Berufsausbildung an. Dazu kommen zwei weitere ziemlich klare Fälle. Das macht summa summarum 7,6 Prozent. Ein Prozentpunkt niedriger liegt die Abbruchquote bei den Volksvertretern mit SPD-Parteibuch – insgesamt liegt deren Zahl bei sieben (mit Sicherheit kein Abschluss) beziehungsweise drei (vermutlich ohne regulär beendete Ausbildung). An fünfter Stelle rangiert die FDP mit zwei beziehungsweise fünf Abgeordneten der fraglichen Art – damit erreichen die Liberalen 6,25 Prozent und folgen ganz dicht auf die Sozialdemokraten. Die CDU/CSU-Fraktion wiederum bildet das Schlusslicht dieser Statistik: Von ihren 246 Mitgliedern haben nur fünf weder ein erfolgreich beendetes Studium noch eine Berufsausbildung vorzuweisen, bei weiteren fünf deuten die gemachten Angaben darauf hin. Was dann insgesamt vier Prozent ergibt.



Die neue Praktikantin? Angela Merkel beim Pressetermin in einer Bonbonfabrik im schleswig-holsteinischen Eckernförde. Beruflich hat die Kanzlerin im Gegensatz zu anderen aber einiges an Erfahrung vorzuweisen. Sie arbeitete viele Jahre als studierte Physikerin in einem wissenschaftlichen Institut Bild: pa

> Die Unions-Fraktion hat die wenigsten Studienabbrecher

Werden die Betreffenden mit dem Umstand konfrontiert, dass sie über keinerlei arbeitsmarkttypische Qualifikation verfügen, dann fällt die Reaktion recht unterschiedlich aus. Die „Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die ihr Jura-Studium abbrach und ansonsten nur das Abitur vorzuweisen hat, äußerte ebenso entschuldigend wie offenherzig: „Das Büffeln, das Argumentieren nach Schema F“, liege ihr einfach nicht.

Andere hingegen verglichen das Scheitern in Studium oder Lehre mit dem Sitzenbleiben während der Schule – und das könne doch schon mal vorkommen. Dergestalt äußerte sich der SPD-Abgeordnete Frank Schwabe aus Castrop-Rauxel. Manchmal werden Anfragen zum Thema Abbruch der Ausbildung aber auch völlig abgeblockt. So praktizieren es unter anderem Annette Widmann-Mauz, Rüdiger Kruse und Thomas Jarzombek von der CDU.

Einigen Politikern scheinen die fehlenden Abschlüsse also durchaus peinlich zu sein, während andere da keinen Makel sehen, sondern ihre trotzdem gemachten Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt oder in der Wirtschaft hervorheben. Frei nach dem Motto: Außerhalb von Universitäten könne man am Ende sowieso viel mehr fürs Leben lernen. Ein Beispiel hierfür ist Omid Nouripour von den Grünen, der zugleich meint, die Volksvertreter sollten mit ihrem Abbrechertum nicht so verschämt umgehen – eine späte Konsequenz aus seinem eigenen Täuschungsversuch, welcher vor Jahren medienwirksam aufflog (siehe Kasten).

Doch liegen die „Ungelernten“ damit richtig? Nun, tatsächlich macht es den Abgeordneten XYZ nicht unbedingt zum besseren Parlamentarier, dass er sein Studium mit einer erfolgreich verteidigten soziologischen Doktorarbeit beenden konnte. Jedoch musste der Betreffende ja über bestimmte Eigenschaften verfügen, um dieses akademische Ziel zu erreichen. Gemeint sind die sogenannten „Sekundärtugenden“ Fleiß, Durchhaltevermögen, Pflichtbewusstsein und Disziplin, die Politikern ebenso gut zu Gesicht stehen wie solide fachliche Kenntnisse, welche man in der Regel nur im Rahmen einer abgeschlossenen Berufs- oder Universitätsausbildung zu erwerben pflegt.

Und genau diese Sekundärtugenden fehlen dann wohl Abgeordneten wie Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) und Norbert Müller (Die Linke). Warum würden die beiden sonst seit nunmehr zwölf beziehungsweise 13 Jahren Politikwissenschaft (Brugger) und Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (Müller) studieren, ohne zu einem Ende zu kommen?

Ansonsten dürfte der Politikstil eines Abgeordneten, der nach dem Verlust seines Mandates kaum eine Chance auf dem freien Arbeitsmarkt hätte, auch durch besonders angepasstes Verhalten geprägt sein. Schließlich muss er sich ja des Wohlwollens der Parteioberen erfreuen, um bei der nächsten Wahl wieder einen der begehrten oberen Listenplätze zu ergattern. *Wolfgang Kaufmann*

Der »Angeber im Bundestag«

Der spätere Grünen-Politiker Omid Nouripour „flüchtete“ 1988 gemeinsam mit seiner Familie aus dem Iran in die Bundesrepublik. Das hinderte ihn freilich nicht daran, die Staatsbürgerschaft des Mullah-Regimes auch dann weiterzubehalten, als er 2002 in Deutschland eingebürgert wurde.

Nouripour begann 1996 ein Studium der Deutschen Philologie mit den Nebenfächern Politikwissenschaft und Jura. Dazu kamen später noch Soziologie, Philosophie und Volkswirtschaftslehre – sicher zur großen Freunde seiner akademisch gebildeten Eltern. Allerdings vermochte er es bis zum Studienabbruch im Jahre 2004 nicht, einen universitären Abschluss zu erwerben. Trotzdem gab sich der Deutsch-Iraner aber als Doktorand der Germanistik aus, nachdem er 2006 für den scheidenden Abgeordneten Joschka Fischer über die hessische Landesliste ins Berliner Parlament eingezogen war. Deshalb kürte die „Bild“-Zeitung Nouripour am 21. November 2008 zum „Verlierer des Tages“ und nannte ihn „Angeber im Bundestag.“

Heute ist Nouripur außenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 15. Dezember 2017

MELDUNGEN

Neue Raketen bei Insterburg

Insterburg – Zum Jahresbeginn 2018 sollen laut der russischen Zeitung „Kommersant" die in Insterburg stationierten taktischen ballistischen Boden-Boden-Raketen vom Typ Iskander durch neuere des Typs Iskander-M ersetzt werden. Als mobile Startbasis dienen geländegängige Lkw vom Typ MZKT-7930 „Astrolog". Laut der russischen Armee haben die Raketen eine Reichweite von 380 bis 500 Kilometern. Die Iskander kann mit nuklearen Spengköpfen bestückt werden. Anfang Oktober 2016 berichteten estnische Medien, Russland plane, die Raketen ins Königsberger Gebiet zu verlagern. Das russische Verteidigungsministerium bezeichnete die Stationierung der Iskander im Königsberger Gebiet als Routinemanöver. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Thierau [Tyrowo] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 59: Lötzen [Gizycko], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *E.G.*

Ein Geschenk zum Reformationsjahr

In Allenstein erschien der Nachdruck eines evangelischen Gesangbuchs von 1741

Anlässlich des 500. Jahrestags der Reformation ist in Allenstein der Nachdruck eines polnischen Gesangbuchs erschienen, dessen Druck ursprünglich König Friedrich Wilhelm I. von Preußen autorisiert hatte.

Als eine von drei Woiwodschaften der Republik Polen hat Ermland-Masuren das Jahr 2017 durch einen Beschluss des Parlamentds zum Jahr der Reformation erklärt. Unter anderem förderte das Marschallamt der Woiwodschaft zum 500. Jubiläum der Reformation den Neudruck eines Gesangbuches von 1741, der auch auf dem Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein vorgestellt wurde.

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König in Preußen urkunden und bekennen hiermit, dass Wir dem Buchdrucker zu Königsberg in Unserm Königreich Preußen, Johann Heinrich Hartung privilegiret und ihm erlaubet, die Polnische Bibel, das Polnische Neue Testament und dann endlich ein Polnisches Gesang-Buch zum Druck befördern zu können." So heißt es im Privileg, das König Friedrich Wilhelm I. in Preußen am 17. Mai 1738 erteilte und das im „Nowe Wydany Kancjonal Pruski" (Neu herausgegebenes preußisches Gesangbuch) aus dem Jahr 1741 vor der wissenschaftlich-theologischen Einleitung abgedruckt ist.

Damit steht es ganz in der Tradition der Reformation, die 1525 zur Schaffung des Herzogtums Preußen als erstem protestantischen Staat beigetragen hat. Gottesdienste wurden seither in einer Sprache abgehalten, die die Gläubigen verstanden, und in der Kirche wurden religiöse Lieder gesungen. Das gemeinsame Singen schaffte Identität, und da viele der ersten Choräle von Martin Luther selbst oder auch Herzog Albrecht stammten, konnten mit ihnen die reformatorischen Ideen weitergegeben werden. Benötigt wurden also Bibeln, Postillen und Gesangbücher in den verschiedenen Sprachen, die im Herzogtum Preußen gesprochen wurden, das heißt Deutsch, Polnisch, Litauisch und Prussisch. Dank des damals neu erfundenen Buchdrucks konnten diese Werke in Königsberg und später auch in Lyck zügig herausgegeben werden, sodass binnen Kurzem jeder Haushalt eine Bibel und ein Gesangbuch in der jeweiligen Muttersprache besaß. Und das blieb so bis ins 20. Jahrhundert.



Initiierte den Nachdruck des Gesangbuchs von 1741: Wiktor Marek Leyk *Bild: MRK*

»Masurisches Gesangbuch« auf CD

Wiktor Marek Leyk, der Beauftragte des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für nationale und ethnische Minderheiten, ist Masure und Protestant. Das „kancjonal" war in seinem Elternhaus stets gegenwärtig. Von seinem Großvater Emil hat er die letzte komplette Ausgabe aus dem Jahr 1911 geerbt. Leyk ist der Initiator des Neudrucks des Gesangbuchs von 1741. „Die Idee hatte ich schon länger, aber es gab weder eine Gelegenheit noch Geldmittel", erzählt er, „als dann 2017 zum Jahr der Reformation erklärt wurde, habe ich es versucht." Gemeinsam mit dem Allensteiner Evangelisch-Augsburgischen Bischof Rudolf Bazanowski konnte er den Marschall Gustaw Marek Brzezin von dem Projekt überzeugen.

Von dem 185 Jahre alten Gesangbuch ist in der Bibliothek der Jagiellonen-Universität in Krakau ein Exemplar erhalten, das sogar in einer im Internet einsehbaren digitalisierten Version vorliegt. Die Qualität der Digitalisierung eignete sich allerdings nicht für den Druck, so Leyk: „Elzbieta Skóra vom Allensteiner Verlag El-Set, der die Herausgabe des Nachdrucks des Gesangbuchs übernahm, machte mit Zustimmung der Bibliothek die notwendigen Aufnahmen vom Buch." Gedruckt wurde bei einem Verlag in Pelplin, der auf diese Art von Arbeiten spezialisiert ist.

Zum Gesangbuch mit seinen 748 Liedern kommen in der aktuellen Ausgabe zwei weitere Bestandteile hinzu. Einer ist die letzte komplette Ausgabe des Gesangbuchs von 1911. Dieses mit 904 Liedern plus einigen weiteren im Anhang deutlich umfangreichere Werk ließ sich druck-technisch nicht dem Nachdruck beifügen und liegt daher auf CD bei.

Die zweite Ergänzung geschah auf einen Vorschlag von Elzbieta Skóra hin. Mit den Professoren Janusz Jasinski und Janusz Małek verfassten zwei Kenner der ostpreußischen Geschichte Erläuterungen zum Gesangbuch. Diese Kommentare sind unter dem Titel „Masurisches Gesangbuch. Vorgesten, gestern, heute" in Buchform Teil des gesamten Pakets. „So können wir dem Leser ein komplettes, in sich geschlossenes Werk anbieten", freut sich Leyk, „Es ist nicht nur für polnische Protestanten interessant, sondern auch für Bibliophile und Liebhaber der altpolnischen Sprache."

Die Auflage liegt vorerst bei 300 Exemplaren, die bei der Evangelisch-Augsburgischen Gemeinde Allenstein und beim Zentrum für Erziehung und kulturelle Initiativen in Allenstein (CEiIK) voraussichtlich ab Ende dieses Monats zu erhalten sein werden.

Uwe Hahnkamp

Doppeljubiläum in Königsberg

Feier anlässlich 15 Jahre »Museum Friedländer Tor« und 155 Jahre Festungsanlage

Ende November fand im Museum „Friedländer Tor" eine Feier anlässlich des 15-jährigen Bestehens des gleichnamigen Museums und des Baus der Festungsanlage vor 155 Jahren statt. An der Veranstaltung nahmen Museumsmitarbeiter, Historiker, Heimatforscher, Kunstwissenschaftler und andere Kulturschaffende teil. Sie alle fanden freundliche Worte über die rasante Entwicklung des Museums, das Erreichte und die Verdienste seiner Mitarbeiter. Der Abend verlief insgesamt in freundschaftlicher und angenehmer Atmosphäre. Das Museum Friedländer Tor ist noch ein junges: 15 Jahre – das ist erst ein Anfang. Die Mitarbeiter des Museum gehen davon aus, dass sich ihre Einrichtung weiter in diesem energiegeladenen Tempo entwickeln wird. Die Museumsleitung dankte Kollegen, Freunden und allen, die am Museum „Friedländer Tor" und seiner Geschichte beteiligt sind. Gemeinsam mit den Mitarbeitern hegt sie große Pläne.

Am Jubiläumsabend wurde der Bildband „Museum als Kulturphänomen. Friedländer Tor. Geschichte jenseits der Zeit, Geschichte jenseits von Grenzen" vorgestellt. Die Herausgabe des Buchs hat viele Monate gedauert, denn zahlreiche Experten haben daran mitgearbeitet. Die Veröffentlichung ist ein Porträt des Museums „Friedländer Tor". Sie schildert den Weg des Museums, gibt Einblicke in die Besonderheiten der Museumtätigkeit am Beispiel des konkreten Museums. Daneben präsentiert der Bildband thematisch geordnet die Sammlungen und Exponate des Museums. Es richtet sich an Museumsspezialisten, Historiker, Kulturwissenschaftler, Volontäre und Studenten humanistischer Bildungsstätten sowie an alle, die sich für Geschichte und Kultur interessieren. Das Buch ist zweisprachig: Russisch und Englisch. Es ist an der Museumskasse erhältlich. *MRK*



Zufriedene Gesichter: Derzeitige und ehemalige Mitarbeiter des Museums, darunter die Gründerin und erste Direktorin Swetlana Sokolowa (7. v.l., vordere Reihe) *Bild: Museum Friedländer Tor*

Neuer Bischof

Diözese Masuren wählte Pawel Hause

Der bisherige Bischof der Diözese Masuren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Rudolf Bazanowski, geht nach 30 Jahren im Dienst in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Pfarrer Paweł Hause bestimmt.

Die Diözesansynode in Nikolaiken hat Hause zum Oberhaupt der Diözese Masuren gewählt. Die Diözesansynode ist die höchste Macht in der Diözese, sie ist eine Versammlung von allen tätigen Geistlichen und ausgewählten Laien sowie Delegierten der einzelnen Gemeinden.

Rudolf Bazanowski geht nach 30 Jahren

Hause erhielt 24 der 45 Stimmen. Er wird sein Amt voraussichtlich im Februar 2018 während eines feierlichen Gottesdienstes übernehmen. Obwohl die Bischofsweihe in der Allensteiner Evangelisch-Augsburgischen Kirche stattfinden wird, wird der zukünftige Amtssitz der Diözese Masuren in Rastenburg [Ketrzyn] sein. Laut dem kirchlichen Recht befindet sich der Amtssitz der Diözese immer dort, wo der neu gewählte Bischof bisher Pfarrer war. Und Hause ist Pfarrer in Rastenburg.

Hause ist 53 Jahre alt. Er wurde in Hirschberg [Jelenia Góra] als Sohn von Pastor Jan Hause und seiner Frau Alicja [geborene Reschke] geboren. Seine Jugend verbrachte er in Warschau. Nach dem Studium an der Christlichen Theologischen Akademie wurde er 1993 geweiht. 1993/4 war er Vikar von Zabrze, 1994/5 Vikar von Ustron und seit 1995 arbeitet er in der Pfarrei in Rastenburg, seit 1999 als Pastor. In den Jahren 2010 bis 2013 war Hause Diözesanjugendpastor. Seit 2013 ist er Mitglied des Kirchengeschichtskomitees, das die Überwachung der Evangelisch-Augsburgischen Kirche vom Sicherheitsdienst in den Jahren 1945 bis 1989 erforscht. Von 2001 bis 2017 war Hause als Johanniter-Pfarrer in Masuren tätig. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Edyta Gładkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

trotz aller Bemühungen unserer Leser, Suchwünsche so gut wie möglich zu erfüllen, bleiben doch noch viele Fragen offen oder führen in die Irre. Das trifft vor allem auf die Suche von Mr. **Owen M. McCafferty** aus Cleveland nach seinen ostpreußischen Vorfahren zu, über die wir in drei Folgen berichtet haben. Inzwischen hat sich Herr **Martin Dauskardt**, Sohn unseres emsigen Mitstreiters **Bernd Dauskardt**, eingeschaltet und die Korrespondenz in englischer Sprache mit dem amerikanischen Fragesteller aufgenommen. Martin Dauskardt übersandte ihm auch die in unserer Ostpreußischen Familie erschienenen Veröffentlichungen, in denen über seinen Fall berichtet wurde, aber damit kam Mr. McCafferty überhaupt nicht klar, wie er uns nun mitteilt: „Ich schreibe Ihnen heute, meine ostpreußische Familie, um Ihnen aktualisierte Informationen zu geben, seit der Artikel veröffentlicht wurde, und seit meiner Korrespondenz. Ich habe versucht, die drei Artikel zu übersetzen und während mein Deutsch nicht gut genug ist, um sicher zu gehen, dass ich jedes Wort verstehe, glaube aber, dass ich verwirrt bin.“ Und das nicht nur Mr. McCafferty, sondern ich auch und das reichlich, denn er wartet nun mit einer Fülle von Personennamen aus seiner vermutlichen Ahnenreihe auf, dass ich im Augenblick nicht den Faden finde, um dieses Knäuel zu entwirren. Es wird also noch eine Zeit dauern, bis ich die Angaben geordnet und familiengerecht aufgearbeitet habe. Einige wichtige aber vorweg, damit ich nicht zu viel Altlast in das neue Jahr mitnehme.

Es geht um die Familie **Saleker**, mit Sicherheit eingewanderte Salzburger, die sich am Wystiter See niederließen. Die Gegend muss damals preußisch gewesen sein, kam aber dann zu Litauen. Einige Bewohner gingen über die neue Grenze nach Preußen, andere blieben im nunmehr litauischen Heimatort. So ist es möglich, dass in der Familiengeschichte der Salekers deutsche und litauische Namen auftauchen. Eine Erklärung gab ihm ein Saleker aus Worpswede, der mit dem Suchenden gemeinsame Vorfahren hat. Sie gehen zurück auf seine Ur-Ur-Urgroßeltern **Johann Andreas Heinrich Saleker** und Ehefrau **Marie geb. Renkiewicz**, die im Jahr 1863 in der Kirche von Wischtitten/Wystiten getraut wurden. Unter ihren acht Kindern war der 1878 geborene **Joseph**, dessen Ehe mit **Marie geb. Oberer** ebenfalls mit vielen Kindern gesegnet war. Ein Sohn, **Eduard Saleker**, wanderte jungverheiratet nach Worpswede aus. Zu dessen Sohn **Wolfang** bekam nun Mr. McCafferty Verbindung, worüber er sehr erfreut war, wie er schreibt:

„Das war sehr aufregend für mich und meine Familie, Kontakt zu einer in Deutschland lebenden Familie zu haben. Unsere beiden Familien waren seit mindestens 50 Jahren nicht mehr miteinander verbunden gewesen. Joseph und Marie Saleker sind irgendwann nördlich vom litauischen Luki nach Wirballen, wo sie eine große Farm hatten. Ich habe auch von Wolfgang Saleker erfahren, dass sein Vater Eduard und all seine Tanten und Onkel, die alle in Luki geboren wurden, sich als Litauer mit deutschen Wurzeln identifizierten. Aber meine Hauptfrage ist und bleibt: Wann kam meine Familie nach Litauen? Das ist alles ein Mysterium für mich und führt zu weiterer Verwirrung. Ist unsere Familie, die einzige, die sich nur mit k und nicht mit ck schreibt, nun preußisch? Oder litauisch? österreichisch? Oder nichts von dem Genannten? Ich hoffe, es eines Tages herauszufinden.!“

Für uns ergibt sich nun auch eine neue Konstellation, denn bisher war der litauische Ort Luki nicht im Spiel. So wird uns die Familiengeschichte Saleker noch weiter beschäftigen. Vermitteln soll ich aber noch „Herzliche Grüße aus Cleveland und ein frohes Weihnachtsfest für Sie und Ihre Leser“. Und dabei wollen wir es für heute belassen. Vielleicht wird es ja noch ein Wunderknäuel mit allerhand eingewickelten Überraschungen, wie wir es als Kinder auf dem Gabentisch fanden.



Einsam am Wystiter See gelegen: Kornberg, das alte Kallweitschen Bild: Heinz Schiller

Mit ihren Salzburger Vorfahren beschäftigt sich Frau **Gisela Brauer** aus Bad Oldesloe schon lange, und auch da gibt es Fragen, aber ihr Schreiben an die Ostpreußische Familie beginnt mit einem anderen Thema, nämlich mit der Suche nach dem Verfasser des Poems „So war s einmal in Königsberg“, auf das wir in Folge 47 eingingen: **Eberhard von Flottwell**. Frau **Ute Eichler**, die das Gedicht als schon sehr zerknitterte Einlage in einem alten Buch entdeckt hatte, wollte gerne etwas über ihn wissen, denn sie fand sein drei Seiten langes Loblied auf „die schönste, liebste Stadt auf Erden“ so lesens- und liebenswert, dass sie gerne etwas mehr über den Autor und die Entstehung des Poems gewusst hätte. Darüber kann Frau Brauer zwar auch nicht berichten, aber auf die Familie von Flottwell eingehen, denn der Name oder vielmehr deren Gut Lautensee spielt auch in ihrer Familiengeschichte eine Rolle. Das im westpreußischen Kreis Stuhm gelegene Gut wurde 1850 von der Familie von Flottwell erworben. Bis dahin war es eine preußische Domäne. Das hatte Frau Brauers Vater vor dem Ersten Weltkrieg beim Amtsgericht Christburg festgestellt, als er dort zur Ausbildung war, wusste er doch, dass sein Urgroßvater **Michael Brauer** auf dem Gut als Reet-Dachdecker gearbeitet hatte. Als Frau Brauer ihre Familiengeschichte „Lebensbilder der Vergangenheit“ vor nunmehr 36 Jahren schrieb, nahm sie Verbindung zu **Günther von Flottwell** auf, den sie über die Heimatortskartei gefunden hatte. Der 1925 Geborene lebte in Ostholstein und ist leider vor etwa einem Jahr verstorben, vielleicht wäre er auch für uns ein Informant gewesen.

Mit diesem Michael Brauer, der in dem an das Gut Lautersee grenzenden Dorf Petersbruch geboren und 1775 in der Kirche zu Christburg getauft wurde, beginnt die nachweisbare Ahnenlinie der Brauers. Im Grunde sogar noch eine Generation davor, denn ein Neffe von Gisela hatte in Berliner Archiven geforscht und dort die Namen von Michaels Eltern, **Christian** und **Christine Brauer**, ausgegraben. Was in der Familiengeschichte der Brauers fehlt, ist die Verbindung zwischen diesen nachgewiesenen Vorfahren und ihren Salzburger Ahnen. Vom Salzburger Verein bekam die Forschende schon vor einigen Jahren mitgeteilt, dass anno 1732 das Ehepaar **Andreas** und **Johanne Brauer** mit seinen Söhnen **Hans**, **Jakob** und **Mathes** vom Veithof im Salzburger Land ausgewandert war. „So sind wir noch immer auf der Suche nach einer Verbindung von diesen Söhnen zu unseren festgestellten Vorfahren“, beendet Frau Brauer ihr Schreiben. Wir hoffen – mit Dank für ihre Informationen –, dass sie endlich nach so langer Zeit Erfolg hat. (Gisela Brauer, Hamburger Straße 74 in 23843 Bad Oldesloe, Telefon: 04531/82629.)

Vom protestantischen in das katholische Ostpreußen wechselt die nächste Frage, die mit Sicherheit beantwortet werden wird, und das vielfach und informativ. Sie kommt nicht direkt aus unserem Familienkreis, aber auf Anraten einer Leserin, die Herrn **Klaus J. Schwand** behilflich sein möchte, und so mussten wir dem Anfragenden zuerst einmal erklären, wie wir ihm helfen könnten. Und das werden wir tun. Herr Schwand sucht aus verwandtschaftlichen Gründen eine Verbindung zu dem ehemaligen und letzten deutschen Bischof von Ermland, **Maximilian Kaller**. Herr Schwand erklärt sein Anliegen so: „Mein Vater hatte mir mal erzählt, dass er in seinen jungen Jahren einmal einen ‘Onkel’ und Pfarrer in Ostpreußen besucht hätte. Als Jugendlicher hatte mich das alles nicht sonderlich interessiert. Ich weiß aber, dass er in Briefkontakt zu der Schwester des Bischofs stand und dass er irgendwann sein Grab in Königstein besuchte. Da der Bischof aus Beuthen O/S stammt und meine Familie aus dem ebenfalls oberschlesischen Kattowitz ist eine verwandtschaftliche Beziehung sehr wahrscheinlich. Ich habe schon den Dom in Frauenburg besucht, bin aber in meinen Erkundigungen nicht weitergekommen. Auch eine Anfrage bei der katholischen Kirche ergab nichts. Ich müsste die Namen seiner Eltern und Großeltern herausbekommen, denn es kann ja aufgrund seines Namens nur von mütterlicher Seite eine Verbindung bestehen.“ Einen Hinweis kann ich Herrn Schwand schon geben, nämlich den auf die Bischof-Maximilian Kaller Stiftung e.V., die über die persönlichen Daten verfügen dürfte. Der 1930 zum Bischof von Ermland ernannte Geistliche wurde noch im Februar 1945 von der Gestapo verhaftet und aus seinem Bistum verbannt. Nach Kriegsende in das Ermland zurückgekehrt, verfügte die polnische Behörde über seine Ausweisung. Papst Pius II ernannte ihn 1946 zum päpstlichen Sonderbeauftragten für die vertriebenen Deutschen. Dieses Amt ging über seine Kräfte: Bischof Kaller verstarb bereits 1947 in Frankfurt am Main. Soviel die Kurzinformation. Herr Klaus J. Schwand ist über die Telefonnummer 06434/7413 zu erreichen.

Unsere letzte Frage betrifft Wischwill, Krs. Tilsit-Ragnit. Dort wurde am 08.09. 1920 **Ruth Neumann** geboren, auch Nachfahrin einer Salzburger Familie. Ihre Urgroßeltern hatten in Wischwill eine Bäckerei, die Eltern waren Gutsbesitzer und besaßen ein Haus am Bahnhof. Der Gutshof wurde im 2. Weltkrieg vollkommen vernichtet. Kurz und bündig stellt nun die Tochter von Ruth Neumann die Frage: „Wo lag in Wischwill der Gutshof von **Gustav Neumann**?“ (Beate Wegner, Otto Rosenberg Str. 10 in 12681 Berlin.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

---

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kampf gegen den „religiösen Kühlschrank“

Pater Johannes Leppich hat in seiner Heimat Oberschlesien noch heute Konjunktur

Unser Europa ist ein religiöser Kühlschrank im Vergleich mit dem gläubigen Indien.“ „Mit humanistisch gepflegtem Innenleben allein ist in sozialen Katastrophenfällen die Feuerprobe kaum zu bestehen.“ „Leider wurden die revolutionärsten Forderungen der Weltgeschichte vielfach harmlosen Bibelkränzchen überlassen und mit dem öligen Pathos sanfter Losungsworte eines Jungfrauenzirkels präpariert.“ Worte, mit denen der Jesuit Johannes Leppich in den Jahren nach dem Krieg die Herzen der Deutschen erreichen wollte. Vor 25 Jahren verstarb der sprachgewaltige Oberschlesier, doch zwei Jahre vor seinem Tode durfte er noch einmal zu Tausenden seiner Landsleute sprechen.

Ob in Fabrikhallen, Zirkuszelten, Fußballstadien, bei Straßenpredigten – Pater Leppich hörten Tausende zu. „Die Kirchen füllten sich schnell, wenn ich sprach, so dass ich einen Lautsprecher vor das Portal legen musste, damit die draußen stehenden auch mithören konnten. Bald aber standen vor dem Portal mehr Menschen, als die ganze Kirche fasste, da bin ich selbst auch draußen geblieben“, zitierte Markus Trautmann den Pater im Buch „Mit Glaubensglut und Feuereifer“.

Der 1915 in Ratibor geborene Leppich war Sohn eines Zuchthausaufsehers und sein Vater nahm ihn nicht selten auf seine Arbeit mit. Und weil er aus ärmlichen Verhältnissen kam, fühlte er sich den Arbeitern in besonderer Weise verpflichtet. In den letzten Kriegsjahren als Jugendseelsorger in Gleiwitz erlebte er den Einmarsch der Roten Armee. 1944 wurde er als Kaplan nach Gleiwitz geschickt, wo er den Einmarsch der Roten Armee erlebte. Im Herbst 1945 arbeitete Leppich in Breslau als Kaplan in der Kinder- und Jugendseelsorge. „Später erzählt er gern, wie wichtig diese Zeit für ihn war; da habe er gelernt, anschaulich, direkt und bildhaft zu sprechen. (...) Im Winter 1945/46 beginnt die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Schlesien. Leppich ist dabei, als die ersten Kinder- und Jugendtransporte aus Breslau organisiert werden. Einige Zeit hält er sich an der Grenzstation in Kohlfurt auf, um den Flüchtlingen zu helfen. Mai 1946 wird er Lagerpfarrer im Durchgangslager Friedland. Die grauenvollen Erlebnisse der letzten Kriegsmonate und der unmittelbaren Nachkriegszeit haben den jungen Seelsorger entscheidend geprägt. Was die Menschen auf den Flüchtlingstransporten durchmachen mussten, das hatte er selbst miterlebt. So konnte er mit ihnen fühlen, kannte ihre Ängste und ihr Leid nicht nur vom Hören-Sagen; er selbst war ein Vertriebener“, so Hans-Georg Lachmund in einem Nachruf.

Alles längst vergangene Zeit? Nicht für Josef Gonschior aus Ratibor. Er setzt sich dafür ein, dass das Andenken Pater Leppichs in seiner Heimat bewahrt wird. So brachte er eine ganze Reihe Andenken an seinen großen Landsmann aus Deutschland nach Oberschlesien mit. „Er hatte eine Ähnlichkeit zu Josef Stalin. Aber im Leben hat er gegen den Kommunismus gekämpft. Heute weiß kaum jemand, dass durch Leppichs Wirken in deutschen Hotels die Bibel ausgelegt wird oder dass es ohne Pater Leppich keine Telefonseelsorge gäbe“, berichtet Gonschior.

Anfang der 60er Jahre rief Leppich die Internationale „Aktion 365“ ins Leben – eine Laienbewegung, deren geistliche Grundlage das tägliche Bibellesen ist. Auch in Ratibor gibt es seit fast 25 Jahren den Bibelkreis „Aktion 365. Anfangs waren es noch drei Bibelkreise: In Gleiwitz, Groß Rauden und Ratibor. Der Ratiborer-Kreis überdauerte als einziger. „Wir Deutschen aus der Region treffen uns ein Mal in Monat und halten eine Bibelstunde nach Vorschriften von Pater Leppich, beten, aber es gibt auch einen Gesprächskreis – all das in deutscher Sprache“, so der 80-jährige Gonschior. Bei den Bibeltreffen erinnert man sich gerne an Leppich, der zwei Jahre vor seinem Tod, 1990, noch einmal seine Heimat besuchte. Der einstige „Kommunistenfresser“ durfte damals kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch einmal die Massen bewegen. Vor 12 000 oberschlesischen Landsleuten predigte Leppich auf dem St. Annaberg, vor 15 000 an der Schlossruine in Lubowitz, dem Geburtsort Joseph von Eichendorffs. „Er war damals auch bei mir zu Hause. Ich wollte ihn ja betreuen, aber das wollte er nicht. Er wollte alleine durch die Straßen seiner Heimatstadt laufen. Er hat ältere Leute angesprochen. Er hat es abgeschlagen, in einer Pfarrei zu wohnen, stattdessen hat er Leute angesprochen, hat sich vorgestellt und fragte, ob er bei den Menschen übernachten könnte. Das hat geklappt“, erinnert sich Gonschior.

Leppichs wird in seiner Heimat auch heute noch besonders gedacht. Die Leppichgedenkstube im Begegnungshaus der Deutschen in Benkowitz bei Ratibor erlebt dieser Tage aufgrund des Jubiläums einen ungewohnten Zulauf. Dort kann man die Lieblingspfeifen des Geistlichen, seine Werke und Tonbandaufnahmen bewundern, ebenso eine Dokumentation über seinen letzten Besuch in der Heimat. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Neumann, Edith, aus Königsberg, am 16. Dezember

von Zaborowski, Hildegard, aus Memel, am 16. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann,** aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt,** aus Moneten, Kreis Treuburg, am 20. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brandtstädter, Margarete, geb. **Berkoben,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio,** aus Lyck, am 19. Dezember

Mast, Ruth, geb. **Prießner,** aus Schlesien, am 16. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Eggert, Gertrud, geb. **Langner,** aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Schulz, Erna, geb. **Nagat,** aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brandecker, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Dezember

Kudszus, Willi, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Gerda, geb. **Bautz,** aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember

Dallmann, Max, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Dezember

Ehlers, Christel, geb. **Gerwinat,** aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember

Heisler, Gertrud, geb. **Schaaf,** aus Ebenrode, am 20. Dezember

Knabe, Hans, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Matern, Gerda, geb. **Kattelat,** aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Schiggas, Hans, aus Neidenburg, am 21. Dezember

Schulz, Frieda, geb. **Kowalewski,** aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Seidlitz, Christel, geb. **Cypris,** aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 19. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gleisner, Christel, geb. **Janzik,** aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Haas, Erna, geb. **Jünger,** aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Hartmann, Lucie, geb. **Gatzke,** aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 21. Dezember

Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Schmidt, Grete, geb. **Schmidt,** aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 19. Dezember

Stumm, Herta, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 21. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hartung, Christa geb. **Schemeit** aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Heim, Irmgard, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Hünemohr, Helmut, aus Neidenburg, am 15. Dezember

Killick, Christel, geb. **Bartlick,** aus Treuburg, am 21. Dezember

Kirschner, Alexander, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Dezember

Schlewing, Hedwig, geb. **Blasko,** aus Giesen, Kreis Treuburg, am 21. Dezember

Zieglowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bethke, Gerda, aus Treuburg, am 17. Dezember

Böhnke, Hubertus, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember

Hachtmeister, Gertrud, geb. **Paleikat,** aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember

Haecks, Monika, geb. **Krajewski,** aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Jockel, Georg, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Dezember

Mix, Annelore, geb. **Killat,** aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Oestmann, Elfriede, geb. **Mrotzek,** aus Seedorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Rang, Christine, geb. **Kannenberg,** aus Lyck, am 15. Dezember

Schüssler, Frieda, geb. **Neumann,** aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Stein, Christel, geb. **Jorzik,** aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. Dezember

Stellmacher, Christel, geb. **Klettke,** aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember

Tetzlaff, Lieselotte, geb. **Kaminski,** aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Dezember

von Charkiw, Christel, geb. **Masuch,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember

Wendt, Anneliese, aus Hoya, am 17. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bengestrate, Erika, geb. **Kaesler,** aus Treuburg, am 18. Dezember

Ceranski, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Christensen, Herta, geb. **Kroll,** aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 20. Dezember

Germer. Erika. geb. **Waesch.** aus Haselberg. Kreis Schloßberg, am 16. Dezember

Kaspereit, Wilhelmine, geb. **Winden,** aus Wehlau, am 18. Dezember

Kumbier, Margarete, geb. **Neumann,** aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Palmer, Alfred, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember

Sakrzewski, Erwin, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Schwaak, Hanna, geb. **Kretschmann,** aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember

Sohn, Ruth geb. **Sommer,** aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Dezember

Soppart, Elisabeth, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Willig, Fritz, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

Wlost, Herbert, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Wohlgemuth, Margarete, geb. **Herrnfeld,** aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barnikol, Erika, geb. Gollub, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 18. Dezember

Biermanski, Bernhard, aus Fittigsdorf, Kreis Allenstein, am 17. Dezember

Böttcher, Klaus, aus Königsberg, am 20. Dezember

Gotthard, Christa, geb. **Siebert,** aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember

Hildebrandt, Jürgen, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

Jahnert, Christa, geb. **Förster,** aus Monken, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Laudahn, Christel, geb. **Neumann,** aus Groß Schmieden, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Mossakowski, Ingeborg, geb. **Lumma,** aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg und aus Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Mostolta, Kurt, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 20. Dezember

Rademske, Elfriede, geb. **Symannek,** aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Ruchatz, Dieter, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. Dezember

Schmidt, Jutta, geb. **Wessel,** aus Treuburg, am 20. Dezember

Schodruch, Ewald, geb. **Szodruch,** aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Dezember

Schürmann, Ruth, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Stöver, Ursula, geb. Fabricius, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember

Sütterlin, Werner, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Szillat, Christel, geb. **Ennulat,** aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Todzi, Otto, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrens, Eva, geb. **Grabb,** aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember

Fligge, Werner, aus Königsberg, am 16. Dezember

Herrmann, Horst, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

Kolossa, Helmut, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 21. Dezember

Labrenz, Günter, aus Groß Lehwalde, Kreis Osterode, am 18. Dezember

Lindner, Beate, geb. **Murza,** aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Mau, Ingetraut, geb. **Soboll,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Menthe, Gertrud, geb. **Nowak,** aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember

Meyer, Christel, geb. **Kamp,** aus Klein Schirrau, Kreis Wehlau, am 19. Dezember

Neidig, Klaus, aus Neidenburg, am 16. Dezember

Nestler, Christel, geb. **Krause,** aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 21. Dezember

Nisch, Irmgard, geb. **Eichel,** aus Gusken, Kreis Johannisburg, am 4. Januar

Olschewski, Gerhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg am 17. Dezember

Olschewski, Otto, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 20. Dezember

Packmohr, Marion, geb. Wormsdorff, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 20. Dezember

Piepereit, Volkmar, aus Lyck, am 15. Dezember

Preuß, Edith, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 21. Dezember

Schakenberg, Helga, geb. **Reimer,** aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember

Schmidt, Helmuth, aus Lyck, am 18. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jeltsch, Christel, geb. **Czaczkowski,** aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember

Rimkus, Heinz, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember

Schaal, Friedhilde, geb. **Rekowski,** aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 17. Dezember

Seisele, Christel, geb. **Dawideit,** aus Ibenhorst, Forst, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember

Ziener, Heidrun, geb. **Rose,** aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. Dezember

TERMINE DER LO

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.

Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen" bis zum 1. März 2018 vor, DZ 94 Euro, EZ 64 Euro. Für die vor dem Veranstaltungstag anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Weihnachtsfeier

Stade – Sonntag, 17. Dezember, von 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum, Harselfelder Straße 44a: Weihnachtliches für Ostpreußen und für alle Ostpreußenfreunde. Ab 11.15 Uhr Weihnachtliche Weisen (Posaunenchor); 12.45 Uhr Fotovortrag „Winterreise durch Ostpreußen" (früher und heute); ab 15 Uhr Es weihnachtet ...

Lesungen (auch in Platt), Weihnachtslieder, Gedichte und Überraschungen (mit Lena Hammann und Leo Untrieser). Museumsführungen, Treff und Tipps für Familienforscher, Gabentisch für Ostpreußenfreunde und Bücherflohmarkt, Spezialitäten zum Mitnehmen, Adventliche Kaffeetafel.



Vorstandssitzung Allenstein-Land: (v. l.) Herbert Monkowski, Hans-Peter Blasche, Klaus-Josef Schwittay, Artur Korczak, (stehend) Vertreter der Stadtgemeinschaft Allenstein Stefan Hein, Horst Tuguntke,Jan August Hacia, Andreas Galenski. Der Bericht erschien in der Folge 49 Bild: Gertrud Goldbach

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

30. Sondertreffen Zinten

Altenau – Freitag 20., bis Sonntag 22. April, Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau: Sondertreffen. Wir, der harte Kern unserer Gemeinschaft, möchten uns wieder zu dem gemütlichen Treffen in Altenau zusammen finden. Dort möchten wir unser 30. Sondertreffen mit Ihnen allen feiern. Wir sind wieder in der gemütlichen Pension in Altenau/Harz. Als Gruppe werden wir alleine unter uns sein. Wir pflegen die Verbundenheit zu unserer geliebten Heimat. Dazu lade ich Sie alle recht herzlich Ende April 2018 ein, mit Abendessen und Frühstück.

Mit dieser Einladung möchte ich alle Landsleute mit Ihren Ehe- beziehungsweise Lebenspartnern aus dem Kirchspiel Zinten-Land-Stadt ansprechen. Auch jüngere Jahrgänge, die unsere geliebte Heimat nur vom Erzählen kennen sind herzlich bei uns willkommen.

Sollten Sie Bedenken haben, niemanden zu kennen, so vergessen Sie bitte nicht, dass unsere gemeinsame ostpreußische Heimat uns alle verbindet. In froher Runde können wir uns kennenlernen, und es gibt auch immer etwas Neues aus unserer Heimat zu berichten. Sie alle, ob jung oder schon etwas älter, sind in unserer Runde herzlich willkommen. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms, Geschichten, Gedichte, Spiele oder Filme würde ich mich sehr freuen.

Die Pension Quellenhof bittet um direkte Anmeldung unter Telefon (05328) 2029993 oder per E-Mail: info@quellenhof-altenau.de bis zum 15. Januar unter „Gruppe Lenz". Dankbar wäre ich, wenn auch ich über Ihre Anmeldung kurz informiert werde.

Der Preis für diese zwei Tage mit Halbpension beträgt 82 Euro pro Person. Reiserücktrittsversicherung und Trinkgeld sind nicht im Preis enthalten. Die Anreise per Bahn ist Goslar. Ein Anruf in der Pension genügt, Herr

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Schoemaker holt die Gäste gern ab – gegen einen kleinen Betrag.

Bis zu unserem frohen Wiedersehen – ich freue mich auf Eure/Ihre Zusagen – verbleibe ich mit herzlichen Grüßen.

Irmgard Lenz



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Weihnachtsfeier

Schwerin – Sonnabend, 16. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier, Auskunft bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig @web.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

9. Lycker Treffen

Zum neunten Mal trafen sich am 9. November ehemalige Lykker Landsleute, die in Bremen und „umzu“ wohnen, sowie einige heimatinteressierte Landsleute, auch aus weiterer Entfernung, im Hotel „Zur Post“ in Bremen gegenüber des Bremer Hauptbahnhofes. Organisator dieses Treffens (wie auch der vorhergegangenen Treffen) war wiederum Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken sowie Bezirksvertreter Lyck Land und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck e. V.

Teilgenommen haben an dem Treffen 47 Personen, die durch schriftliche Einladung, Bekanntgabe im Lycker Brief, in der *PAZ/Ostpreußenblatt* und durch die Bremer Tageszeitung, dem „Weser-Kurier“ auf die Veranstaltung aufmerksam geworden waren.

Das Treffen begann, wie auch im letzten Jahr, in lockerer Atmosphäre bereits wieder um 13 Uhr. Bis zum offiziellen Beginn um 14 Uhr konnte man sich somit persönlich untereinander begrüßen und Gedanken austauschen. Vom ersten Treffen an, bei welchem sich sehr viele noch fremd waren, bis zum letzten Treffen hatten sich inzwischen viele kennengelernt und freuten sich auf das Wiedersehen.

Nach der Begrüßung wurden die Landsleute aufgerufen und stellten sich mit ihrem ostpreußischen Heimatort vor. Eine Zeremonie, die zum gegenseitigen Kennenlernen dient und gerade auch für neue Teilnehmer von Bedeutung ist.

Nach Feststellung der Anwesenheit sprach zunächst der Kreisvertreter von Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, ein Grußwort und berichtete auch über Neuigkeiten der Landsmannschaft Ostpreußen. Anschließend kam Heidi Mader, Mitglied des Vorstands, zu Wort. Sie erwähnte die Aktivitäten der „Mittleren Generation“ der Lycker Kreisgemeinschaft und stellte nachstehende Ereignisse für das Jahr 2018 vor: „Frühjahrstreffen der Mittleren Generation“ vom 2. bis 4. März in Göttingen, „Seminar der Kreisgemeinschaft Lyck“ von Gerd Bandilla in Bad Pyrmont vom 30. April bis 2. Mai und die „Gruppenreise nach Ostpreußen Memel/Nehrung/Lyck“ mit Bärbel Wiesensee vom 8. bis 17. Juni. Jeder kann an diesen Ereignissen teilnehmen.

Aus reiner „Erbarmung“ (nur für Insider) sprach auch Heinz Bartschies einige Begrüßungsworte. Trotz seines hohen Alters immer noch quirlig und zu jedem Spaß bereit, erzählte er von seinem Lycker Stammtisch in Hannover.

In einer besonderen Ecke des Veranstaltungsraumes hatte Michael Mader, zuständig für den Buchversand der Kreisgemeinschaft Lyck, einen Tisch mit Büchern, Karten und anderen Artikeln zum Verkauf aufgebaut und stellte seine Sachen vor.

Heinrich Lohmann von der Landsmannschaft der Ost-/Westpreußen Bremen bot auf einem weiteren Tisch „Gutes aus dem Osten“, darunter auch Königsberger Marzipan und Bärenfang, an.

Dem durch Heidi Mader übermittelten Dank der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee für die Veranstaltungen „Lycker Treffen in Bremen“ wurde einstimmig beschlossen, im nächsten Jahr das 10. Lycker Treffen in Bremen zu veranstalten. Es wird am Donnerstag, 8. November 2018, um 13 Uhr, wiederum im Hotel „Zur Post“ in Bremen stattfinden. Wer 2017 nicht dabei war und im nächsten Jahr daran teilnehmen möchte, wird gebeten, sich aus organisatorischen Gründen schon jetzt bei Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651, zu melden.

Die Regionaltreffen sollten nicht in Konkurrenz zum Haupttreffen der Kreisgemeinschaft stehen. Erscheinen bei dem Haupttreffen ist unbedingt erforderlich, damit daran nicht immer weniger Landsleute teilnehmen und ein anderer Veranstaltungsort gesucht werden müsse. Außerdem wurde die Wichtigkeit des „Hagen-Lycker Briefes“ und der *Preußischen Allgemeinen* Zeitung/*Ostpreußenblatt* betont, die doch für alle Landsleute eine Brücke zur Heimat darstellen.

Nach dem offiziellen Teil wurde traditionsgemäß die Hymne der Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ gesungen.

Gegen 16 Uhr hatte man dann wieder bei Kaffee und Kuchen Zeit für persönliche Gespräche.

Der Ermutigung, etwas für alle vorzutragen, folgte auch Eva Laskowski mit einem nachdenklichen Weihnachtsgedicht. Ich selbst sang das Lied, das Kristina beim Staken auf der Kruttinna in Ostpreußen an einer bestimmten Stelle des Flusses immer vortrug „O Ostpreußen, Land der Eichen“. Den handgeschriebenen Textzettel hatte sie mir bei einer Fahrtauf der Kruttinna persönlich überreicht.

Gegen 18 Uhr war das Treffen beendet. Zum Ausklang traf man sich im Bremer Ratskeller. Einige Landsleute verbrachten dort noch ein paar nette Stunden in heimatlicher Verbundenheit.

Wilhelm Norra



Lycker in Bremen: Wilhelm Norra und Kurt-Werner Sadowski

Bild: privat

Sommerreise nach Ostpreußen

Mit der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und dem Wuppertaler Reiseveranstalter Gerhard Scheer geht es vom 8. bis 17. Juni 2018 per Bus und Schiff für zehn Tage nach Ostpreußen.

Hier das Programm:

1. Tag: Fahrt im Luxusreisebus ab Wuppertal über Hannover und Hamburg nach Kiel. Gegen 17 Uhr gehen Sie an Bord der Fähre. Abendessen an Bord.

2. Tag: Nach dem Frühstücks-Buffet und entspannten Stunden an Bord kommt nachmittags die Kurische Nehrung in Sicht. Ankunft im Hafen von Memel ist um 16.30 Uhr. Dann: Busfahrt auf die Kurische Nehrung. Über Schwarzort mit alten Fischerhäuschen und dem Skulpturenpark erreichen Sie den Hauptort Nidden mit der großen Wanderdüne und seinem weiten Blick übers Kurische Haff, die Sandflächen der Nehrung und die Ostsee. Anschließend geht es vom Thomas-Mann-Haus aus zum Abendessen ins Hotel.

3. Tag: Stadtrundfahrt durch Memel zum Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen und dem „Ännchen von Tharau“. Anschließend fahren Sie durch das Memelland. Es geht über Heydekrug, Pogegen, mit Fotostopp an der Luisenbrücke vor Tilsit, zum mythischen Rombinus Park. In Jurbakas überqueren Sie die Memel (nordöstlichster Grenzverlauf) und fahren nach Kurdios-Naumestis, der Schwesterstadt von Schirwindt. Später erreichen Sie das Hotel in Marijampole an der Scheschuppe.

4. Tag: Fahrt nach Wystiten mit Blick über den See nach Nord-Ostpreußen. Dann führt die Tour nach Polen/Wizajny zum Dreiländereck. Desweiteren sehen Sie den Ort Szittkehmen. Von dort führt die Reise durch den Suwalski-Landschaftspark und durch Suwalki mit Fotostopp in Treuburg zum Hotel nach Lyck.

5. Tag: Programmgestaltung durch die Kreisgemeinschaft, Besuch beim Landrat, Fahrt zur Kruttinna.

6. Tag: Fahrt durch den Kreis und gemütliches Zusammensein am Wasserturm.

7. Tag: Gestaltung durch die Kreisgemeinschaft oder zur freien Verfügung, zum Beispiel für einen Besuch der Heimatorte mit Taxen.

8. Tag: Fahrt über Allenstein, Osterode, und Elbing zum Oberlandkanal. Nach etwa zweistündiger Fahrt erreichen Sie das Hotel in Danzig.

9. Tag: Besuch der Kathedrale in Oliva mit Orgelkonzert und Fahrt über Karhaus über die Kaschubische Seenplatte und quer durch Pommern zur ehemaligen pommerschen Hauptstadt Stettin mit kleiner Stadtrundfahrt.

10. Tag: Nach dem Frühstücksbuffet beginnt die Heimreise über die A20 Richtung Hamburg. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, Telefon (0202) 500077, 42281 Wuppertal, Internet: www.scheer-reisen.de, E-Mail: info@scheer-reisen.de.



Memel: Arbeiten im Simon-Dach-Haus (oben). Chor „Cantare“ bei der Feier zum Tag der Deutschen Einheit (unten)

Bilder: privat



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Tag der Deutschen Einheit

Wohl keine Region auf der Welt kann auf eine intensivere bilaterale Geschichte zurückblicken als das Memelland: Deutschland und Litauen sind hier in einem Maße präsent, wie es einmalig ist.

Die deutsche Wiedervereinigung brachte auch Litauen die Unabhängigkeit, was lag näher, als den Tag der Deutschen Einheit nicht nur durch die Deutsche Botschaft in Vilnius organisiert, zu begehen, sondern auch hier zu feiern, wo Litauer und Deutsche über 500 Jahre ihr Leben teilten.

So wurde durch drei im Memelland ansässige Deutsche eine Vereinigung gegründet, der Name: „Vokietuva“, zusammengesetzt aus dem litauischen Vokietija für Deutschland und Lietuva für Litauen. Die Stadtverwaltung, vornean der Bürgermeister, war schlicht und einfach begeistert von dieser Idee und unterstützt dieses Vorhaben seit nunmehr vier Jahren vorbehaltlos.

So fand auch in diesem Jahr, am 3. Oktober, im Memeler Schützenhaus, dem heutigen Konzertsaal, eine eindrucksvolle Feierstunde statt, zu der Manfred Wagener, Vorsitzender von Vokietuva eingeladen hatte. Der Saal füllte sich, 400 Menschen, nicht nur Litauer und Deutsche, Mitglieder der deutschen Vereine aus Heydekrug, von der Kursichen Nehrung, vom Sudermann-Gymnasium und vom Memeler Deutschen Verein versammelten sich in festlicher Stimmung.

Manfred Wagener führte routiniert durch das an Höhepunkten reiche Programm. Arunas Baublys, deutscher Honorarkonsul, fand einfühlsame und auch humorvolle Grußworte, so auch Bürgermeister Vytautas Grubliauskas. In diesem Jahr wurde ein besonderer Ehrengast geladen: Alexander Grachev, Generalkonsul der russischen Föderation in Memel. Die Wiedervereinigung Deutschlands wäre ohne Fürsprache der damaligen Sowjetunion undenkbar gewesen, so war es der Vereinigung Vokietuva ein besonderes Anliegen, Generalkonsul Grachev symbolträchtig einzubinden. Dieser bedankte sich mit einer einfühlsamen Grußrede, die abseits von offizieller politischer Diktion den menschlichen Dialog in den Vordergrund stellte.

Ruth Leiserowitz hielt eine emotionale Festansprache, sie, in Ostdeutschland geboren und aufgewachsen, teilte ihre durchaus kritischen Empfindungen, die sie 1989 beim Fall der Berliner Mauer erlebte, dem Publikum mit und gab somit ihrer Ansprache einen überaus persönlichen Charakter.

Eine besondere Note verlieh dieser Veranstaltung der Memeler Chor „Cantare“ unter Leitung von Arunas Dambrauskas. Professionell hatte der Dirigent eine punktgenau passende Liederauswahl getroffen. Das Publikum honorierte das mit langanhaltendem Beifall, und spendete auch dem jüngsten Zukunftspianisten der Sudermannschule, dem zwölfjährigen Valsdemaras Suslavicius großen Beifall.

Dann wurde gefeiert: Schlusspunkt bildete das nun schon traditionelle Oktoberfest, Bier spendete die auf deutsche Wurzeln zurückblickende Brauerei Volfas Engelman aus Kaunas. Leberkäs und Laugenbrezel, Bayrische Volksmusik und fröhliche Gesprächsrunden setzten einen Schlusspunkt unter eine Veranstaltung für Deutsche und Litauer, wie sie harmonischer nicht vorstellbar war, ein wahrer verbindender Höhepunkt im gemeinsamen kulturellen Leben dieser Region.

Deutsche Sprachtage

Wie auch im Jahr 2016 machte der Verein der Deutschen in Memel bei den landesweit gefeierten, vom Goethe-Institut initiierten, Deutschen Sprachtagen mit. Unsere Veranstaltung „Bunt(d)es Deutschland“ fand am 19. Oktober statt. Aus elf Schulen der Stadt kamen Mannschaften mit je fünf Mitgliedern ins Simon-Dach-Haus, um etwas über Deutschland zu erfahren und ihre Kreativität auzuleben. Die Lehrer bildeten auch ein Team. Zuerst wurden die Bundesländer ausgelost und dann bekamen die Teams 30 Minuten Zeit, um die wichtigsten Sehenswürdigkeiten oder Besonderheiten in „ihren“ Bundesländern zu bestimmen und eine Präsentation der Bundesländer vorzubereiten. Natürlich wurden alle Mittel genutzt: von der modernen Elektronik bis zu den altbewehrten Duden. Große alte Plakate sowie Stifte, Scheren und alte Zeitungen waren genau das Richtige zum Vorbereiten der Präsentation. Im Veranstaltungssaal, im Keller, im Unterrichtsraum – überall wurde gearbeitet. Nach einer halben Stunde waren die Schüler so in ihren Aufgaben vertieft, dass sie sogar um zusätzliche 15 Minuten baten. Alle waren gespannt auf die Ergebnisse und danach erstaunt, wie viel sie in kurzer Zeit erfahren und lernen konnten. Die Veranstaltung fanden alle Teilnehmer mehr als gelungen. Die Mitarbeiter des Simon-Dach-Hauses und die Mitglieder des Vereins der Deutschen in Memel freuen sich über die tolle Zusammenarbeit mit den Schulen und den Erfolg dieser Veranstaltung und planen schon die nächsten gemeinsamen Aktivitäten.

Rasa Miuller

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der Folge 1 bis Mittwoch, 27. Dezember, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Weihnachtsheimatbrief

Rechtzeitig zu Weihnachten ist unser Heimatbrief Nummer 149 an alle in unserer Datei aufgeführten Mitglieder verschickt worden. Sollte aufgrund verschiedener Umstände ein Bezieher diese Ausgabe noch nicht erhalten haben, bitten wir um Nachricht an unseren Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, oder auch gerne an seinen Stellvertreter Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 27446 Selsingen. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Es können immer wieder Heimatbriefe nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Bezieher geändert haben. Alle Landsleute werden deshalb dringend gebeten, Adressenänderungen und sonstige Personenstandsmeldungen dem Verwalter unserer Mitgliederdatei Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.

Schon heute bitten wir unsere Landsleute, sich den Termin unseres Heimattreffens im kommenden Jahr vorzumerken. Es findet am Sonntag, dem 2. September 2018, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Die ehemalige deutsch-deutsche Grenzstation ist nur gut drei Kilometer entfernt und kann somit vor oder nach dem Heimattreffen besucht werden.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Adventsfeier

Neuss – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, St. Marien: Heilige Messe. 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen, adventlichen Liedern, Vorträgen und besinnlicher Musik.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Sommerreise nach Ostpreußen

Die Kreisgemeinschaft Wehlau veranstaltet vom 29. Juli bis 7. August 2018 eine Reise nach Posen, Deutsch Eylau, Heilsberg, Königsberg und Nidden.

1. Tag: Anreise in Posen. Ab Bassum und Syke, Bremen, Hamburg und Berlin-Birkenwerder, wobei Berlin bei der Rückreise nicht angefahren wird, nach Posen zur ersten Übernachtung im Hotel Ibis Centrum. Zimmerverteilung. Anschließend können Sie noch einen Altstadtrundgang unternehmen. Abendessen und Übernachtung.

2. Tag: Posen – Deutsch Eylau. Nach dem Frühstück fahren Sie weiter zu einem Besuch der Partnerstadt der Stadt Syke nach Briesen in Westpreußen mit Stadtrundgang und Stadtrundfahrt. Anschließend Weiterfahrt nach Deutsch Eylau, der Partnerstadt von Herborn, in das schöne Hotel Port 110, direkt am Geserich See gelegen, gegenüber dem Marktplatz.

3. Tag: Weiterreise nach Heilsberg. Nach dem Frühstück verlassen wir Deutsch Eylau und fahren über Osterode zum Oberländer Kanal, auf dem wir eine Fahrt über die Rollberge unternehmen werden. Weiter geht es über Elbing, entlang des „Frischen Haffs“ nach Frauenburg zur Besichtigung des Doms, des Kopernikus Turms sowie des Gedenksteins an die Flucht über das Haff. Weiterfahrt nach Heilsberg in das Vier-Sterne-Hotel Krasicki. Abendessen und Übernachtung.

4. Tag: Masurenrundfahrt. Nach dem Frühstück starten wir mit einem erfahrenen Reiseleiter zu einer Fahrt in das „Land der tausend Seen“ – Masuren. Sie sehen die Wallfahrtskirche Heilige Linde, Hitlers Hauptquartier Wolfsschanze, Nikolaiken, unternehmen eine Schifffahrt auf dem Spirdingsee und mehr. Abendessen und Übernachtung in Heilsberg.

5. Tag: Weiterreise zur polnisch-russischen Grenze, Pr. Eylau nach Königsberg. Treffen mit der russischen Reiseleitung. Weiterfahrt über Domnau, Friedland, Allenburg, Wehlau, Tapiau, Langendorf nach Königsberg, Nesselbeck. Über Domnau sind die Wehlauer 1945 geflohen. Ankunft und Unterbringung im Drei-Sterne-Hotel Usadba, Abendessen.

6. Tag: Fahrt nach Königsberg. Nach dem Frühstück erfolgt eine vierstündige Stadtrundfahrt in Königsberg. Sie sehen die Luisenkirche, die Börse, das Hafenviertel, die Universität und das Brandenburger Tor. Besuch der Dominsel und Besichtigung des Doms mit Kantmuseum. Wer will, kann im Anschluss das Bernsteinmuseum oder den General-Lasch-Bunker besuchen. Freizeit. An diesem Tag sind unabhängig von der Reisegruppe eigene Unternehmungen möglich, wie Fahrten in den Kreis Wehlau oder zu anderen Orten im Königsberger Gebiet. Rückfahrt am späten Nachmittag. Abendessen im Hotel.

7. Tag: Fahrt auf den südlichen Teil der Kurischen Nehrung. Nach dem Frühstück verlassen wir das Königsberger Gebiet und fahren über das Seebad Cranz auf die Kurische Nehrung. Aufenthalt am Strand in Sarkau, am Nehrungsmuseum und der Vogelwarte in Rossitten. An der russisch-litauischen Grenze verabschieden wir uns von der russischen Reiseleitung. Nach den Grenzformalitäten: Treffen mit der litauischen Reiseleitung, Weiterfahrt nach Nidden, Stadtführung mit Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses und der großen Düne. Unterbringung im Drei-Sterne-Hotel Nidos Banga, Abendessen.

8. Tag: Freizeit in Nidden. Von 10 bis 15 Uhr kann man an einem Ausflug mit dem Segelschiff „Lana“ mit Picknick und Besichtigung des Kuwertshofes und Minge teilnehmen. Die Teilnahme an dieser Fahrt ist mit zusätzlichen Kosten von 48 Euro verbunden und sollte zusammen mit dieser Reise angemeldet werden. Außerdem werden in Nidden Schiffsfahrten auf dem Haff mit Besichtigung der Dünenlandschaft vom Wasser aus und zur Seegrenze mit Russland angeboten. Es können auch Fahrräder geliehen sowie in der Ostsee gebadet werden. Abendessen im Hotel Nidos Banga.

9. Tag: Fahrt nach Memel. Unterwegs Besichtigung des Hexenberges in Joudkrante und Weiterfahrt nach Smiltyne, Fährüberfahrt von Smiltyne nach Memel. Dort Altstadtrundgang mit Besichtigung des „Ännchen von Tharau“-Brunnens, Fahrt zum Fährhafen. Verabschieden von der litauischen Reiseleitung, Einschiffung an Bord von DFDS zur Überfahrt nach Kiel. Abendessen auf der Fähre.

10 Tag: Ankunft in Kiel. Frühstück auf der Fähre. Das Fährschiff erreicht den Ostuferhafen in Kiel gegen 16.30 Uhr, sodass wir vor 20 Uhr in Hamburg am Hauptbahnhof sein werden. Die Weiterfahrt mit dem Zug ist dann in alle Richtungen (Berlin, Hannover, Köln) möglich. Mit dem Bus erreichen wir Syke und Bassum gegen 22 Uhr.

Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen. Änderungen vorbehalten. Anmeldungen bei Reiseservice Bittermann, Telefon (04242) 936243; Volkshochschule Syke, Telefon (04242) 9764444; Kreisgemeinschaft Wehlau, Telefon (04241) 5586. Leistungen: Fahrt im Fernreisebus mit reservierten Plätzen und Bordservice, eine Übernachtung mit Halbpension in Posens Zentrum, Zwei-Sterne-Hotel Ibis, eine Übernachtung mit Halbpension in Deutsch Eylau, Port 110, Drei-Sterne Hotel, je zwei Übernachtungen mit Halbpension in Heilsberg, Vier-Sterne-Hotel Krasicki, im Königsberger Gebiet, Drei-Sterne-Plus-Hotel Usadba und in Nidden Drei-Sterne-Hotel Nidos Banga, eine Übernachtung an Bord, Unterbringung in innengelegenen Zwei-Bett-Zimmern, untere Betten. Eine Fahrt auf dem Oberlandkanal, ganztägige Reiseleitung Masurenrundfahrt, Eintritt Besuch Wolfschanze mit Führung, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Eintritt in den Frauenburger Dom, durchgehende, deutschsprechende Reiseleitung bis zur Abfahrt von Memel, Passregistrationsgebühr in Königsberg, Stadtrundfahrt Königsberg, Eintritt für die Kathedrale Königsberg mit Kant-Museum und für die Vogelwarte in Rossitten, Stadtführung in Nidden, Besichtigung des Hexenberges in Schwarzort, ökologische Gebühren in Russland und Litauen für die Kurische Nehrung, Fährüberfahrt Smiltyne-Memel für Bus und Passagiere, Altstadtrundgang in Memel, Fährüberfahrt Memel-Kiel mit DFDS, ein Abendbuffet an Bord der DFDS auf der Rückreise, ein Frühstücksbuffet an Bord, Reisepreis, Sicherungsschein.

Reisepreis im Doppelzimmer pro Person: 1198 Euro, Einzelzimmer auf Anfrage, Visagebühren pro Person: 88 Euro.

Wunsch- und Zusatzleistungen: Schiffsfahrt Nidden-Ginge-Nidden pro Person: 48 Euro. Außen und Einzel Kabine DFDS auf Anfrage, Appartement Deutsch Eylau pro Person: 28 Euro, Komfort-Doppelzimmer in Deutsch Eylau pro Person: 15 Euro.

Die ökologischen Nehrungsgebühren für Russland und Litauen sind im Reisepreis enthalten. Nicht enthalten sind Visagebühren, nicht aufgeführte Eintrittsgelder und Versicherungen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



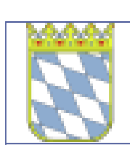
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Mittwoch, 20. Dezember, 14.30 Uhr, Treffpunkt „Unter den Leuten“, Rommelsbacher Straße 1 in Reutlingen: Weihnachtsfeier der Frauengruppen. Erika Manzau-Schmidt hat schon einige Vorbereitungen getroffen. Bitte Päckchen für den Grabbelsack mitbringen.

Wendlingen – Sonntag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Saal, Gasthaus „Zum Lamm“, Kirchheimerstraße 26: alljährliche vorweihnachtliche Feier. Mit einer Kaffeetafel wird begonnen. Besinnliche Worte, Singen und Musizieren folgen. Geschichten und Gedichte werden alte Erinnerungen aus Kindheit und Jugend wach werden lassen. In diesem Jahr zum 63. Mal. Wann denn sonst können drei Generationen für einige Stunden in der Heimatgemeinschaft beisammen sein? Können Kinder und Enkel ihren Eltern und Großeltern eine Freude machen und begleiten und so von den Wurzeln ihrer Herkunft erfahren! Hin zum Verständnis, das Erbe der Heimat als Auftrag anzunehmen und weiter zu vererben. Dazu lädt die Landsmannschaft herzlich ein.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 17. Dezember, 15.30 Uhr, Saal, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: Weihnachtsfeier. Wieder mit unseren schönen Weihnachtsliedern, mit Geschichten und Gedichten aus unserer Heimat. Wir werden wieder Marzipan, Bücher und Kalender für den Gabentisch anbieten. – Montag, 18., bis Mittwoch, 20. Dezember: Stand auf dem Weihnachtsmarkt mit allen Landsmannschaften. Weihnachtswerkstatt mit Leckereien, Büchern, Kalendern und Musik.

Bamberg – Mittwoch, 20. Dezember, 15 Uhr, Hotel „Wilde Rose“, Keßlerstraße: Weihnachtsfeier.

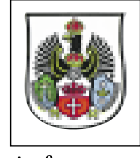
Landshut – Dienstag, 19. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Weihnachtsfeier.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

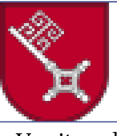
HEIMATKREISE



Königsberg – Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Weihnachtsfeier. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heiligenbeil – Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB, 13.30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weih-nachtsmarktes. Der Preis pro Person beträgt 28 Euro inklusive Bus fahrt, Reiseführung sowie Kaffee und leckeren Kuchen. Es sind noch wenige Plätze frei. Anmeldungen nimmt bis spätestens Freitag, 15. Dezember, Konrad Wien unter Telefon (040) 32049041 entgegen.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Seit acht Jahren schon wissen nicht nur die Mitglieder unserer Gruppe sondern auch alle anderen interessierten Bremer und Niedersachsen im Umkreis von 50 Kilometern, dass es Ende November im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr einen „Markt der Ost- und Westpreußen“ gibt. So war es auch in diesem Jahr und von vielen Besuchern, auch aus Wildeshausen, hieß es, man habe sich gefreut, die Ankündigung unseres öffentlichen Auftritts wieder in der Zeitung gelesen zu haben.

Die örtliche Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen und zugleich die Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Westpreußen weiß, dass das Interesse an den Heimatgebieten und deren Kultur und Geschichte nach wie vor groß ist. Mittlerweile verfügt sie über eine Auswahl geeigneter Großfotos, Plakate, Fahnen und anderer Objekte, mit denen die Ausstellungswände zu diesen Themen bestückt werden können. Vom 23. bis 25. November wurden in diesem Jahr auch eine Auswahl künstlerischer Landschaftsbilder und Grafiken sowie eine alte Schulwandkarte der Provinz Ostpreußen aus den 1920er Jahren gezeigt, eine Leih-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Bremen: Schulkarte auf dem Markt der Ost- und Westpreußen im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ Bild: privat



Einkaufszentrum in Bremen: Eine echte antiquarische Fundgrube. Druckerzeugnisse werden für den Ost- und Westpreußenmarkt das Jahr über gesammelt Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

gabe unseres Mitgliedes Dieter Palkies, die dieser unserer Gruppe mittlerweile dankenswerterweise übereignet hat.

Hauptattraktion des acht Meter langen Marktstandes war aber erneut das Verkaufsangebot mit Marzipan, heimatlichen Spirituosen, neuen Büchern, Landkarten und Kalendern, vor allem aber das äußerst umfangreiche Antiquariat. Gerade in der heutigen Zeit, in der es immer weniger Neuerscheinungen heimatlicher Literatur und Sachbüchern aus Ost- und Westpreußen gibt, ist das umfangreiche Angebot der Landsmannschaft für Liebhaber solcher Bücher eine wahre Fundgrube. Mehrere Hundert gebrauchte Bücher konnten wieder verkauft werden. Das Antiquariat füllt sich übers Jahr und auch während des Marktes immer wieder auf, weil Angehörige verstorbener oder in eine Heimwohnung verzogener Vertriebener um den kulturhistorischen Wert dieser Bücher wissen und dankbar sind, diese nach einer Wohnungsauflösung der Landsmannschaft spenden zu können.

Natürlich erfordert ein solcher Markt einen nennenswerten Einsatz freiwilliger Helfer, um den Transport und den Aufbau, vor allem aber auch die Standbesetzung täglich von 9 bis 19 Uhr zu gewährleisten. Acht Helfer waren in diesem Jahr ehrenamtlich im Einsatz, sodass regelmäßig sechs Personen für den Verkauf, vor allem aber auch für Fragen und Gespräche zur Verfügung standen.

Darüber hinaus hatten Mitglieder der Gruppe „Thorner Katharinchen“ und „Altniederunger Pfefferkuchen“ nach Familienrezepten gebacken, in Klarsichttüten verpackt, beschriftet und dem Markt damit eine zusätzliche Attraktion verschafft, die zur Hälfte der Ausstellungszeit bereits vergriffen war.

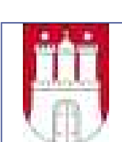
Der ehrenamtliche Einsatz, die attraktive Standgestaltung und das vielfältige Angebot werden vom Center-Management wegen der Zugkraft auf Kunden derart wertgeschätzt, dass es den Stand erneut mietfrei zur Verfügung stellte, die Ausstellungswände und das Mobiliar samt großer Tischdecke mit eigenem Personal aufbaute, den Helfern die Parkplätze für Fahrzeuge kostenfrei überließ und die Pressearbeit bei Zeitungen und im Rundfunk übernahm.

Der Stand ließ viele Besucher erneut staunen, wirkte er doch „positiv aus der Zeit gefallen“. Bei einigen stiegen beim Besuch sogar Tränen der Rührung auf.

Auch junge Leute und Menschen ausländischer Herkunft waren positiv überrascht und zeigten viel Interesse. Probeexemplare und Gutscheine der *PAZ* und des „Westpreußen“ wurden gerne mitgenommen.

Der Auftritt hat allen Helfern erneut viel Freude gemacht. Gerade in der heutigen Zeit rückläufiger öffentlicher Förderung wird die Kulturarbeit der Bremer Landsmannschaft den erzielten Erlös gut gebrauchen können.

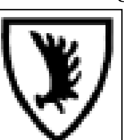
Heinrich Lohmann



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 30. Dezember, 14 Uhr, Haus der Heimat, Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.), Teilfeld 8: Brauchtumsstunde der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften in Hamburg.



Frauengruppe – Freitag, 22. Dezember, 14 Uhr, Haus des Begle iters, Harders Kamp l: Weihnachtsfeier, „Min lever goter Wiehnachtsmann“ mit Kutscherkuchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der November-Monatsversammlung sprach Lothar Hoffmann über den Schwibbogen. Dieser gehört zum weihnachtlichen Schmuck im erzgebirgischen Raum um Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg in Sachsen. Dazu hatte Hoffmann seinen im Erzgebirge gekauften Schwibbogen mitgebracht, aufgestellt und die Lichter darauf angezündet. Er war aus Eisen geschmiedet.

Der Schwibbogen ist ein Zeichen für das Licht, nach dem sich alle Bergleute, die oft im Dunklen einfuhren und erst abends aus der Grube heraufkamen, sehnten. Der älteste Schwibbogen wurde schon um 1740 gezeigt, geschaffen von dem Bergschmied Teller. Bergschmiede kümmerten sich normalerweise um die Werkzeuge der Bergleute, die einfuhren und das Erz förderten. Zum Dank dafür wurden die Bergschmiede am 24. Dezember zur „Mettenschicht“ eingeladen. An diesem Tag arbeiteten die Bergleute nur bis mittags, danach versammelten sie sich zum Gottesdienst. Zur Andacht eingeladen zu werden, war eine große Ehre, denn die Bergleute waren sehr stolz auf ihren harten Beruf.

Der Ort Georgenstadt entstand, als nach dem 30-jährigen Krieg evangelische Bergleute in das protestantische Sachsen flohen. König Johann Georg I. erlaubte ihnen 1654, Straßen und Plätze für eine Stadt abzustecken, die sie dann ihm zu Ehren Johanngeorgenstadt nannten. Bald fanden sie dort am Fastenberg Kobalt, später Silber und schließlich Pechblende, also Uran. Das Schaubergwerk „Glöckel“ war eine der ersten deutschen Silbergruben. Auf dem Dach der Kaue (dem Wasch- und Umkleideraum der Bergleute) steht ein hölzerner Bergmann, der die Glocke anschlägt zum Zeichen, dass von da an die Wasserpumpen arbeiten. Dort wird auch ein „Pferdegöpel“ von 1798 gezeigt: Zwei Pferde ziehen Erz und Gestein aus dem 140 Meter tiefen Schacht, mit Hilfe einer Seiltrommel an einem langen Göpelbaum, geführt von einem Pferdeführer, der auch für die Pflege der Pferde verantwortlich war. Später wurde diese Göpel-Seiltrommel durch Motorwinden ersetzt.

Das am meisten verbreitete Schwibbogenmotiv entstand bei einer Feierabendschau 1937 in Schwarzenberg in Sachsen. Diese Ausstellung zeigt alles, was das erzgebirgische Weihnachten ausmacht. Der Leiter der Ausstellung hatte zudem dazu aufgerufen, einen für das Erzgebirge typischen Schwibbogen zu schaffen. Den Ersten Preis erhielt die Grafikerin Paula Jordan. Sie war die Tochter eines katholischen Straßburger Kunstmalers und einer zum Katholizismus konvertierten, ursprünglich evangelisch-lutherischen Mutter. Ihr Schwibbogen zeigte in der Mitte zwei Bergleute, die einen Schild mit zwei Kurzschwertern, das Zeichen der Bergämter, halten. Darunter steht eine Bergmannstruhe, die mit Schlägel und Bergeisen verziert ist. An den Seiten sitzen eine Klöpplerin und ein Holzschnitzer, der Spielzeug herstellt – beides typisch erzgebirgische Berufe. Den weihnachtlichen Aspekt bringt ein Schwebeengel ein, der den Bergleuten das Licht bringt. Mit diesem Engel weist Paula Jordan auf den Psalm 91 hin, der den Titel trägt „Unter Gottes Schutz“. Das Bergmannsgebet eines Kindes drückt das gleiche Vertrauen zu Gott aus: „Vater unser, ich fleh zu dir: Beschütze den guten Vater mir! Der treue Engel sei ihm gut und segne alles, was er tut. Und lass ihn bald zu Hause sein, den lieben guten Vater mein. Amen.“

Der Bergmannsgruß „Glück auf!“ , der wohl um das Ende des 16. Jahrhunderts entstanden ist, wahrscheinlich im Erzgebirge, und der heute noch gilt, sagt auch, dass jeder Bergmann nach seiner Schicht glücklich und mit Gottes Hilfe ans Tageslicht steigen will. Lothar Hoffmann erhielt für seinen Vortrag, den er mit Bildern seines Schwibbogens unterlegte, viel Beifall. *Ingrid Nowakiewitsch*

Wetzlar – Montag, 6. Januar, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen zum Thema „Wanderfahrt ins Memelland und ins nördliche Ostpreußen“. Referent ist Wolfgang Post aus Herborn. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Dillenburg: Schwibbogen der Grafikerin Paula Jordan Bild: Balschun

Aufopferung, Hingabe – angezündet; begeistert – sonderbar, seltsam – Art der Bartabnahme – die Wassertiefe bestimmen – durchtrainierter Mensch – ital. Geigenbauerfamilie – Hast – instrumentales Musikstück – ein Raum im Haus – Stück vom Ganzen – Freundin von Tarzan – altnordischer Donnergott – Verlierer im Wettkampf
Erinnerungsbauwerk – französische Hauptstadt – spitzer Pflanzenteil
biblische Stadt – lockern; enträtseln – deutsches Mittelgebirge – Elite
österr. Lyriker (Nikolaus) – Fleischgericht – verschönerndes Beiwerk
Gruppe von Säugetieren – ungar. Komponist (Franz) – ein Indogermane – regsam und wendig – Stinktier – Verwendung, Gebrauch
Strafstoß beim Fußball (ugs.) – Staat in Nahost, Persien – ausgedehnt nach den Seiten – europäischer Strom – andernfalls; außerdem
früherer Name d. Apostels Paulus – Nadelbaum, Taxus – Krach, lästiges Geräusch – flaschenförmiges Gymnastikgerät
trocken; mager – Textilarbeiterin – glänzend; spiegelglatt – abwärts, nieder
Frau, die ein fremdes Kind stillt – Reihe, Folge – Nuss- oder Mandelkonfekt – Sportveranstaltung – Unwille, Verdrossenheit – Unsinn
Tierunterkunft – Schutz für Wunden – Hafenstadt auf Sizilien – hügelfrei, flach – mit den Zähnen zerkleinern
Besessenheit – Gebirgs-, Heilpflanze – Sammlung von Schriftstücken
unecht wirkendes Verhalten – durchscheinende Gipsart – Rasenfläche um das Loch beim Golf – Heldengedicht – eine Anhöhe hinauf
stilisiertes Rankenornament – schmal; begrenzt – junger Pflanzenspross
Ziegenleder – Greif-, Federzange
poln. Währungseinheit – Schluss – Zierpflanze, Korbblütler – Gewichtseinheit (Kzw.) – Rasenpflanze – sich täuschen
Treibstoff – Überschrift – Vorsilbe: zwischen (lat.) – Kunststil im Mittelalter – Jurist zur Beurkundung
balgen, rangeln – Burg in der Eifel
Bewerber, Anwärter – Abk.: Internationale Space Station – germanischer Wurfspieß – Zarenname – Holzblasinstrument
beständig, gleichbleibend – Abk. für Türkische Lira
weiße, glasierte Tonware – förmlich anreden – arabisches Fürstentum
schneller Autofahrer – britischer Sagenkönig – von geringer Länge

PAZ17_50

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Flaschen, 2. Geburten, 3. Schwellen, 4. Baender, 5. Treppen, 6. Sprossen, 7. Brillen – Suedpol

Magisch: 1. Notlage, 2. Element, 3. Agentin

Schüttelrätsel

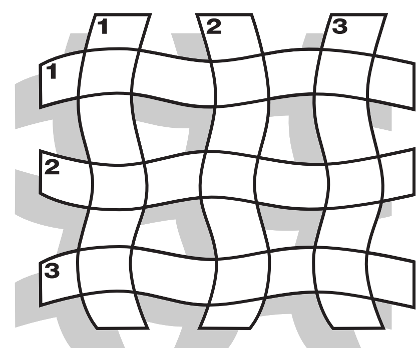
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHIM – ALOS – DEELW – ABEKN – EEGL – EFIR – EENV
ENRV
EILLW – ADEE GR
BEEHINNOS
ALSY – EEFL

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung einer der Endpunkte der Erdachse.

1	WEIN		KIND
2	HAUS		RATE
3	BAHN		ANGST
4	KREUZ		RISS
5	HOLZ		WITZ
6	BOHNEN		WAND
7	LESE		ETUI



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 schwierige Situation
2 chemischer Grundstoff
3 Spionin, weiblicher Spitzel

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

mit vorweihnachtlicher Feier. Sie erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal wollen wir Sie auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung der Feier sind wir für Geldspenden dankbar.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Die Adventszeit gehört zu der besinnlichen und stillen Zeit des Jahres. Wenn die Lichter angezündet und Weihnachtslieder angestimmt werden, kehren Freude und Frieden in die Herzen der Menschen ein.

So war es auch am 3. Dezember im Volkshaus Anklam, denn zur Adventsfeier für Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Sudetendeutsche, Neumärker, Schlesier und Freunde der Heimat hatte der Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V. eingeladen. Und 350 Gäste kamen, auch 20 Angehörige der Deutschen Minderheit aus Stettin.

Als das Blasorchester Greifswald das Pommernlied spielte, hielt es niemandem mehr auf dem Stuhl und die Gedanken gingen zurück.

Am 25. März 1948 war Doris Festersen, geb. Meyer, in einem Viehwaggon zusammen mit ihrer Mutter in Obermaßfeld bei Meiningen in Thüringen aus Königsberg eingetroffen. Sie ist eines der sieben Kriegskinder gewesen, von denen Freya Klier in ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens – Zeugen einer vergessenen Generation“ berichtet hatte.

Heute ist Doris Festersen 80 Jahre alt und betreut den Bücherstand bei den Treffen der Vertriebenen in Anklam, Schwerin und Neubrandenburg.

Zum Volkstrauertag durfte sie 2016 im Deutschen Bundestag in Berlin sprechen. Die Redezeit war leider auf zwölf Minuten begrenzt, wobei davon sechs Minuten für Leningrad und dann sechs Minuten für Königsberg gestattet wurden.

Bis auf ihre Mutter hatte das damals achtjährige Mädchen ihre gesamte Familie in Ostpreußen verloren, welche entweder erschossen und erschlagen wurden oder im Königsberg der Nachkriegszeit verhungert sind.

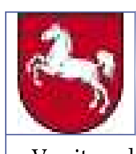
Weihnachten 1945, 1946 und 1947 waren eine schwere Zeit für sie, da die Mutter Schneiderin war und von den Sowjets nicht rausgelassen wurde.

Auf dem Weg in den Westen sind viele alte und schwache Menschen noch kurz vor der ersehnten Freiheit auf dem Transport verstorben und auf der Bahnstrecke abgelegt worden.

Wenn das Weihnachtsfest in diesem Jahr die Stuben hell erleuchtet und Weihnachtsgeschenke von Hand zu Hand gehen, so wird auch an die Menschen in Ostpreußen gedacht. Weihnachtspäckchen gehen auf die Reise, welche für die Bedürftigen in den Ostgebieten gepackt worden sind.

In vorbildlicher Arbeit haben Manfred F. Schukat und Friedhelm Schülke auch dieses Jahr alles sehr gut vorbereitet.

Die Veranstaltungstermine für 2018 stehen fest. Weihnachten, das Fest der Liebe und des Lichts, kann nun kommen. Keiner sei denn mehr allein, wie es in einer Liedzeile heißt. Möge es denn hoffentlich auch so kommen. *Hans-Joachim Nehring*



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Montag, 18. Dezember, 15 Uhr, Eingang Sozialverband, Jasperallee 42: vorweihnachtliches Zusammensein mit Kaffeetafel und weihnachtlichen Vorträgen.

Holzminden – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, „Felsenkeller“: adventliche Weihnachtsfeier. Plötzlich steht er am Himmel! So groß, so hell leuchtend und mit einem Schweif, das man ihn mit bloßem Auge erkennen kann und der zielstrebig über den Himmel wandert wie eine Verheißung. Er weist einen klaren Weg: den zu einem neugeborenen König, das Kommen eines göttlichen Erlösers. Drei Himmelskundige, symbolisch für die drei Kontinente der Alten Welt: Europa, Asien und Afrika haben das Erscheinen des Kometen längst errechnet und wissen um seine Bedeutung. Ein jeder von ihnen macht sich auf den Weg.

Diese eigens für ihre Gruppe geschriebene Geschichte von den Weisen aus dem Morgenland in selbstgestalteter beleuchteter Bildserie trägt die Vorsitzende Renate Bohn am 3. Advent im „Felsenkeller“ vor. Pastor i. R. Günther Grigoleit hält vor dem adventlichen Beisammensein eine Andacht. Mit gemeinsam gesungenen Liedern, Gedichten, Vorträgen und Selbstgebackenem aus der Weihnachtsbäckerei wird auch derer gedacht, die an dieser Feier nicht teilnehmen können. Mit einem Weihnachtsstern für jedes Mitglied und natürlich dem Ostpreußenlied wünscht die Vorsitzende allen einen guten Heimweg, Gesundheit und ein friedliches Weihnachtsfest.

Lüneburg – Zur Jahreshauptversammlung lud die Bezirksgruppe Lüneburg der Landsmannschaft Ostpreußen nach Celle ein. Der Stellvertretende Vorsitzende, Gerold Plewa, begrüßte die Teilnehmer und nahm im Anschluss die Ehrung der Verstorbenen vor. Die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, Barbara Loeffke, lobte in ihrem Grußwort die Aktivitäten der Bezirksgruppe Lüneburg und bestärkte die Vertreter der örtlichen Gruppen, ihre Arbeit weiterzuführen. Nach dem Finanzbericht von Schatzmeister Rainer Schartner und dem Bericht des Kassenprüfers Heinz Kutzinski folgte die Entlastung des Vorstandes.

In diesem Jahr standen Neuwahlen auf der Tagesordnung. Mit Bedauern wurde vernommen, dass der langjährige Vorsitzende der Bezirksgruppe Lüneburg, Manfred Kirrinnis, aus gesundheitlichen Gründen für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung steht. Als neuer Vor-sitzender wurde mit großer Mehrheit Heinz Kutzinski aus Ebstorf gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder Gerold Plewa (Stellvertretender Vorsitzender), Karsten Uffhausen (Stellvertretender Vorsitzender), Rainer Schartner (Schatzmeister), Uwe Jäckel (Beisitzer/Schriftführer) und Christa Harms (Beisitzerin) wurden in ihrem jeweiligen Amt bestätigt. Das galt auch für die bisherigen Kassenprüfer Gerhard Neumann und Dietmar Kiekel. Neu als Kassenprüfer gewählt wurde Hans-Dieter Kossack.

Manfred Kirrinnis, der dem Bezirksgruppenvorstand insgesamt 29 Jahre, davon 18 Jahre als deren Vorsitzender, angehörte, wurde im Anschluss in Würdigung der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit von der Versammlung zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Die Jahreshauptversammlung schloss mit einem Filmvortrag über die Festung Marienburg ab. *Uwe Jäkkel*



Anklam: Doris Festersen und Friedhelm Schülke *Bild: privat*



Lüneburg: Der neugewählte Vorstand, Kassenprüfer und Delegierte. (V. l.) Barbara Loeffke, Gerold Plewa, Uwe Jäckel, Heinz Krutzinski, Rainer Schartner, Karsten Uffhausen, Elisabeth Krahn und Hans-Dieter Kossack *Bild: Landesgruppe Niedersachsen*

Osnabrück – Freitag, 15. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Adventsfeier.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr: Ökumenischer Adventsgottesdienst.

Dortmund – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, Eingang Märkische Straße: Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Eichendorffsaal, GHH: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 16. Dezember, 18.30 Uhr, „Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 79: Gottesdienst für alle Landsmannschaften. – Sonntag, 17. Dezember, 12 Uhr: Ostdeutsche Weihnachtsfeier auf Schloss Burg mit der Trachtengruppe aus Bergisch-Gladbach. Abfahrt um 12 Uhr vom Busbahnhof Worringer Straße. Anmeldungen sind erforderlich bei E. Koitka, Telefon (0211) 682318.

Neuss – Die Landsmannschaft blickt auf ihr 65-jähriges Bestehen in Neuss zurück. Ein Datum, das das verlorengegangene Ostpreußen mit der Stadt Neuss verbindet. Peter Pott begrüßte landsmannschaftliche Prominenz, aber auch Neusser, die aus Ihrer Sympathie zum Land mit der Elchschaufel im Wappen kein Hehl machen.

Hans-Ulrich Klose hatte als stellvertretender Landrat für sein Grußwort das Stichwort Heimat gewählt. Er appellierte an alle, das Bewusstsein wachzuhalten, was Heimat ist. Nur der, der die Heimat verloren hat, kann nachempfinden, was Heimat bedeutet. Der Heimatgedanke ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Geschichte. In den Schulen kommt diese Geschichte jedoch zu wenig vor. Hervorgehoben werden muss zum einen das traditionsreiche Land im Ost und zum anderen die Leistung der Vertriebenen beim Wiederaufbau.

Wilhelm Kreuer, Landesvorsitzender der Landesgruppe NRW, stellte Heimat als etwas Unwiederbringliches dar. Er würdigte aber auch die in neuerer Zeit sichtbar werdenden Zeichen guten Willens bei vielen Engagements auch in der Heimat. Henrike Pott, Ehefrau des Vorsitzenden der Kreisgruppe, Peter Pott, wurde für ihr Engagement von der Landesgruppe die Silberne Ehrennadel verliehen.

Heinz Günther Hüsch, 53-jähriges Mitglied des Stadtrats von Neuss und Landtagsabgeordneter NRW sowie im Bundestag, zeigte in einem humorvollen Rückblick die Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten von Rheinländern und Ostpreußen auf. Er betonte die besondere Mischung zwischen rheinischer Gelassenheit und ostpreußischer Pflichterfüllung. „Zwar ist die Eingliederung der Vertriebenen nicht immer glatt verlaufen, doch die neuen Kräfte haben Neuss gut getan.“ Er gratulierte der Landsmannschaft zu einer 65-jährigen Erfolgsgeschichte.

– Bericht –

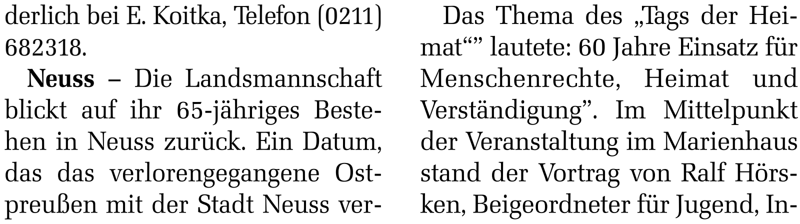
Neuss gedachte am Samstag, 9. September, am Ostdeutschen Gedenkstein, der Opfer von Flucht und Vertreibung vor 73 Jahren. Der Ostdeutsche Gedenkstein und das Glockenspiel in der Oberstraße sind zu einem Neusser Mahnmal gegen den Krieg und für den Frieden geworden.

Die Kreisgemeinschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge (Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen und Deutschen aus Russland) (BdV) legte dort in stillem Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung einen Kranz nieder. Der Kreisvorsitzende, Peter Pott, hatte alle Aktivisten eingeladen, dabei zu sein. Viele waren seinem Ruf gefolgt.

In Zeiten, in denen die Armeen verstärkt und Milliarden in die Modernisierung von Waffenbeständen investiert werden, ist es besonders wichtig, an die Gräuel des Zweiten Weltkriegs und die Opfer von Flucht und Vertreibung vor 73 Jahren zu erinnern, zu mahnen und Lehren daraus zu ziehen.

In bewährter Form wurde die Veranstaltung um 15 Uhr im Marienhaus, Kapitelstraße 36, fortgesetzt. Ein Shuttle-Bus brachte die Teilnehmer vom Gedenkstein dorthin.

Das Thema des „Tags der Heimat““ lautete: 60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Marienhaus stand der Vortrag von Ralf Hörsken, Beigeordneter für Jugend, Integration und Soziales der Stadt Neuss. Der Ablauf des Treffens war so organisiert, dass vor und zwischen den Darbietungen Musikvorträge der „Düsseltaler Musikanten“ zu hören waren, zu denen die Heimatlieder der Ostpreußen, Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen und der Deutschen aus Russland gesungen wurden, außerdem das Neusser Heimatlied und die Nationalhymne. Den Abschluss bildete ein gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, zu dem die Kreisgemeinschaft (BdV) einlud.





Veranstaltung 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss: Peter Pott, Wilhelm Kreuer, die stellvertretende Bürgermeisterin Gisela Hohlmann, Dr. Heinz Günter Hüsch und Dr. Ulrich Klose, stellvertretender Landrat (v.l.) *Bild: Kreisgruppe Neuss*

Viersen-Dülken – Sonnabend, 16. Dezember, 14.30 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Weihnachtsfeier. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbitten wir einen Unkostenbeitrag von 6,50 Euro pro Gedeck. Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wesel – Sonntag, 17. Dezember (3. Advent), 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier.

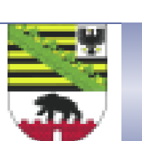
Witten – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Weihnachtsfeier.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach–Oberfrohna – Sonnabend, 16. Dezember, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: typisch ostpreußische Weihnachtsfeier. Der gemischte Chor von Langenberg wird uns mit vielen schönen Weihnachtsliedern erfreuen und lädt uns zum Mitsingen ein. Die Schüler der Gerhard-Hauptmann-Oberschule haben ein kleines Weihnachtsprogramm uns zur Freude eingeübt. Der Weihnachtsmann hält Überraschungen bereit. Wir laden euch alle dazu herzlich ein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 15. Dezember, 12 Uhr, Haus Altmark, Mieste: Weihnachtsfeier.

Magdeburg – Dienstag, 19. Dezember, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Malente – Sonntag, 17. Dezember, 3. Advent, 15 Uhr, „Pflanzencenter Buchwald“, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Wunder von Berlin

Zu: Stille Verwesung (Nr. 45)

Völlig unabhängig davon, wie man die neuen Mitbewohner nun korrekt bezeichnen sollte: „Sie sind nun halt da.“ Und auch egal, wie der Multiplikationsschlüssel für den Familiennachzug beschlossen wird: Auch die sind dann halt da. Und wenn auch nur in jedem neuen Jahr weitere 200000 dazukommen würden: In gerade einmal fünf Jahren sind es dann eine weitere Million Menschen mehr.

Doch nun kommt es: Die Lebensversicherungsgesellschaften warben schon vor vielen Jahren (als wir noch ziemlich allein hier im Land waren) mit unserer eigenen dramatischen demografischen Entwicklung, bei der dann ungefähr im Jahr 2030 zwei Beitragszahler einen Rentner ernähren müssten. Das klingt sehr zutreffend, wenn man sich den sogenannten „Lebensbaum“ der ursprünglich deutschen Bevölkerung anschaut.

Wenn wir dann noch die spärliche Entwicklung der echten Realeinkommen in den letzten Jahrzehnten, die kommenden Umwälzungen des Arbeitsmarktes durch die Digitalisierung und Robotisierung, den Trend zu immer mehr unsicheren Arbeitsverhältnissen und die wachsende Konkurrenz der asiatischen Staaten in diese Betrachtung mit einbeziehen, dann sieht diese Entwicklung noch weit weniger freundlich aus.

Die Renten- und damit Lebens-Aussichten für die ursprüngliche Bevölkerung sind somit schon als ziemlich düster anzusehen, zumal eine private Vorsorge kaum noch machbar ist. Doch wie soll nun noch das Wunder vollbracht werden, all die neuen Mitbewohner, von denen ja nach bisherigen Erfahrungen nur ein äußerst kleiner Teil für sich selbst sorgen kann, ebenfalls adäquat zu versorgen? Wo soll das Geld dafür herkommen? Man braucht sicher kein Mathematik-Genie zu sein, um hier arge Zweifel an einer Lösung zu haben.

Wie stellen sich das die Parteien und deren Repräsentanten vor? Wo sind die Medien, die sich diesem Thema einmal intensiv widmen? Es soll ja sieben Weltwunder geben. Das (Fußball-)Wunder von Bern 1954 kam als achtes dazu. Folgt jetzt das Wunder von Berlin? Ich kann mich nur noch wundern. **Henry Peter Stephan, Himbergen**



Ausspioniert: Erdogans türkischer Geheimdienst hat Deutschland immer besser im Blick Bild: Imago

Eine kriselnde deutsch-türkische Ehe

Zu: Erdogans langer Arm (Nr. 44)

Mit Sorge beobachtet die Bundesregierung die zunehmende Einflussnahme der türkischen Regierung auf ihre in Deutschland lebenden Landsleute? Es muss besser ergänzt werden: Immer wieder mischt sich Ankara in die deutsche Innenpolitik ein. Erdogan wiegelt die hier lebenden Türken gegen die Mehrheitsgesellschaft auf, sein Geheimdienst agiert auf unserem Staatsgebiet.

Der Herrscher vom Bosporus lässt keine Gelegenheit aus, der türkischen Minderheit Ratschläge zu geben und Forderungen an die Bundesregierung zu stellen. Bereits Anfang 2008 sagte er vor 16000 Anhängern in der Köln-Arena: „Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich verstehe sehr gut, dass ihr gegen die Assimilierung seid. Man kann von euch nicht erwarten, euch zu assimilieren.“

Verbrechen gegen die Menschlichkeit – das hat einen merkwürdigen Beigeschmack. Hat man uns Deutschen diesen Vorwurf nicht schon einmal gemacht? „Es ist empörend und inakzeptabel, dass Erdogan die Souveränität unseres Landes und der Menschen, die hier leben, infrage stellt“, so der FDP-Politiker Lindner. Anlass für diese Aussage war eine bejubelte Ansprache Erdogans im Februar 2011 in Düsseldorf vor 10000 Türken: „Man nennt euch Gastarbeiter, Ausländer oder Deutschtürken. Aber egal, wie euch alle nennen, ihr seid meine Staatsbürger, ihr seid meine Leute, ihr seid meine Freunde, ihr seid meine Geschwister.“

Der Mann vom Bosporus macht immer mal wieder gegen Deutsche Stimmung, so nach dem verheerenden Feuer 2008 in Ludwigshafen oder 2013 nach dem Brand im schwäbischen Backnang. Damals hieß es in türkischen Medien: „Wieder Deutschland, wieder Türken verbrannt“.

Zwar hat sich damals Erdogan selbst nicht geäußert. Aber sein Vize Bozdag sagte: „Wir hoffen, dass es kein rassistischer Anschlag war.“ Deutsche Behörden und türkische Kriminalisten waren beteiligt. In beiden Fällen kamen sie einvernehmlich zum Urteil: keine Fremdeinwirkung, kein Anschlag. Gibt es in Deutschland also tote Türken, tippt Erdogan auf deutsche Täter.

Ob Generalkonsulate in Deutschland oder türkische Organisationen, sie alle nehmen nicht nur Einfluss auf in Deutschland lebende Türken, sondern auch auf Deutschland selbst. Es ist schwer zu verstehen, wenn die Bundesregierung von „mit Sorge beobachtet“ oder „kritisch wird gesehen“ spricht. Das ist alles nicht neu. Ob UETD, DITIB, Milli Görüs oder Islamische Kulturzentren – es sind Zellen, aus denen das Unheil über Deutschland entsteht. Hier wird Deutschlandhass und Einflussnahme trainiert und nicht der moderate Islam.

Den gibt es nach Aussage von Herrn Erdogan nicht. In der Zeitung „Milliyet“ sagte er: „Diese Bezeichnung ist sehr hässlich, es ist anstößig und eine Beleidigung unserer Religion. Es gibt keinen moderaten oder nicht-moderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich.“

Es gibt Stimmen in Deutschland, die meinen, man müsse den Druck auf den türkischen Präsidenten erhöhen und ihm entschlossener entgegentreten. Auch Ex-Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war der Meinung, dass sie von der Bundesregierung keinen Schlingerkurs, sondern eine klare Reaktion erwarte. Einen Bruch zwischen Ankara und Berlin wird es (vorerst) nicht geben. Status zwischen beiden ist wie in einer kriselnden Ehe: Die Partner gehen getrennte Wege, aber eine Scheidung wollen sie (vorerst) vermeiden. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Chance zur Neuorganisation

Zu: Der Schock von Berlin (Nr. 47)

„Finden Sie das verantwortungsvoll?“, wird FDP-Vorsitzender Christian Lindner nach seiner eindrücklichen Pressekonferenz am 20. November von einer dünnen Stimme gefragt. Wer meint, in diesem Moment eine solche Frage stellen zu müssen, hat den Ausführungen von Herrn Linder nicht richtig zugehört oder ist unfähig, diese zu verinnerlichen: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“

Die Ausführungen von Herrn Lindner sind durchdacht, der Entscheid, Jamaika platzen zu lassen, ist konsequent und völlig richtig. Deutschland steht vor einer grundsätzlichen Neuausrichtung. Das ist das Signal der Bundestagswahlen, bei denen die Karten völlig neu gemischt worden sind.

Die Grünen überschätzen sich gewaltig. Von den Jamaika-Parteien, die bundesweit an der Wahl beteiligt waren, sind sie eindeutig die kleinste Gruppierung: Ganze 6,8 Prozent der Wahlberechtigten haben ihnen ihre Stimme gegeben (8,9 Prozent der Zweitstimmen). Aber die Grünen haben ihre Extrempositionen nicht aufgeben wollen. Wortklaubereien ihrer grauen Eminenz, wie bezüglich des Familiennachzuges, sollten in bisher praktizierter Manier die Grundlage für „falsches Regieren“ geben – dem hat die FDP nun unmissverständlich den Riegel vorgeschoben.

„Ist doch schön, so ein Ausflug in die Südsee“ – das ist nun dem grünen Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg versagt. (Bitte, Herr Kretschmann: Jamaika liegt in der Karibik).

Die Sozialdemokraten möchten auf keinen Fall den Lückenbüßer abgeben, und mit der schwer angeschlagenen CDU, bei der es nur um den Erhalt von Bundeskanzlerin Merkel geht, wieder eine Große Koalition eingehen? Nur das nicht! Bei Neuwahlen hat die SPD die Chance, mit einem neuen Kandidaten – Scholz oder Nahles – die Scharte wieder auszuwetzen. Ich würde Frau Nahles vorziehen. Sie spricht wie Lindner klar und deutlich – allerdings mit anderem Inhalt.

Lindner hat den Dank, die Anerkennung der Republik verdient: Er erschüttert Merkel und ihre CDU. Mangelnde Führung in den Sondierungen. Immer nur zu moderieren und keine Richtung vorzugeben, funktioniere nicht, wenn da keine Seite sei, auf die man sich schlagen könne, sagt Andrea Nahles. Und Lindner gibt dem Land eine Chance, sich neu zu organisieren. **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Kennzeichen PC

Zu: „Vergangenheitsbewältigung“ im Straßenverkehr (Nr. 48)

Ich muss stets innerlich schmunzeln, wenn ich mit der „Vergangenheitsbewältigung“ mittels amtlichem und politisch korrektem Sprachgebrauch konfrontiert werde.

Als Einwohner, der schon etwas „länger hier lebt“, darf ich daran erinnern, dass das Autoauslandskennzeichen für das Saarland von 1945 bis 1949 „SA“ lautete. Igitt, was hatten sich die Franzosen dabei wohl gedacht?

Bei ausländischen Fahrzeugen mit dem Nationalitätenkennzeichen „KZ“ (Kasachstan) auf unseren Straßen hoffe ich jeweils, dass sie nicht mit der Antifa in Kontakt geraten, die das Kennzeichen in ihrem Wahn der political correctness (PC) als Provokation mit ungeahnten Folgen missdeuten könnte. Schließlich mussten in den 70er-Jahren zwei deutsche Lkw-Fahrer in Afghanistan schon ihr Leben lassen, weil die dortigen Taliban-Steinzeitkrieger das deutsche Autokennzeichen „SU“ (Rhein-Sieg-Kreis) für das Auslandskennzeichen SU (Sowjetunion) gehalten hatten.

Meinen russischsprachigen Bekannten in der Ukraine empfehle ich bei Gesprächen augenzwinkernd und „bierernst“ den Namen der Stadt Odessa besser in ukrainischer Sprache (Odesa) zu schreiben, damit sie nach deutschen Maßstäben politisch unverdächtig korrekt agieren. Aber dabei kommen sie als „Russen“ in der Ukraine vom Regen in die Traufe. „It's a strange, strange world we live in.“ **Karl Krugmann, Erfurt**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Goslars ganzer Schatz

Seit 25 Jahren ist der Rammelsberg im Harz UNESCO-Welterbe – »Unterirdischer« Weihnachtsmarkt am 3. Advent im Bergwerk

Der Harzer Bergbau war einst richtungweisend für ganz Europa. Heute sind die Stollen stillgelegt oder dienen als Industriedenkmal. Die über 200 Quadratkilometer große über- und unterirdische Kulturlandschaft um Goslar und den Rammelsberg ist sogar seit 25 Jahren Weltkulturerbe.

Kaum jemand weiß, dass der Harz zu den ältesten und historisch bedeutendsten Industrielandschaften Europas zählt. Bis etwa 1980 galt das Jahr 968 n. Chr. als Anfangsdatum des Harzer Bergbaus. In diesem Jahr wurde erstmalig die Entdeckung einer Silberader am Rammelsberg historisch festgehalten. Nach jüngeren Forschungen jedoch soll hier möglicherweise schon in der Bronzezeit Silber, Kupfer und Blei gefördert worden sein.

Gesichert ist, dass der Rammelsberg nicht nur das einst größte zusammenhängende Kupfer-, Blei- und Zinkerzlager der Welt besaß, sondern auch als einziges Bergwerk der Welt über 1000 Jahre kontinuierlich in Betrieb war. Die Gesamtförderung betrug fast 30 Millionen Tonnen.

Die zentrale kulturhistorische Ausstellung im ehemaligen Magazingebäude zeigt auf drei Etagen an seinem Beispiel den Einfluss der täglichen Arbeit der Bergleute auf ihr Leben, die allumfassende Durchdringung der Arbeit auf soziale, wirtschaftliche und technische Gegebenheiten sowie Zeugnisse aus Kultur- und Kunstgeschichte, der Religiosität oder der Fest- und Freizeitkultur.

Der Reichtum des Rammelsbergs an Silber- und vor allem Kupfererz war Anfang des 11. Jahrhunderts Ursache dafür, dass Heinrich II., schon bevor er Ottonen-Kaiser wurde, seine Pfalz von Werla nach Goslar verlegte. Seine Nachfolger, die Salier Konrad II. und Heinrich III., machten daraus nach den Worten des Chronisten Lampert von Hersfeld den „berühmtesten Wohnsitz des Reiches“. Nach dem Anschluss des Königreichs Hannover an das Königreich Preußen kamen 1866 sogar die Hohenzollern in ihren Besitz, bis die Preussag 1924 den Betrieb der Oberharzer Bergwerke übernahm. Das Reiterstandbild Wilhelms I. vor der Kaiserpfalz erinnert an diese letzte Ära fürstlicher Grubenherren.

100 000 Besucher zählt das 1988 stillgelegte Bergwerk pro Jahr. Als erstes Zeugnis deutscher Industriekultur wurde der Rammelsberg zusammen mit Goslars durch ihn geprägte Altstadt 1992 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. 2010 wurde die Stätte um die Anlagen der Oberharzer Wasserwirtschaft erweitert. Sie war vom Mittelalter bis zur Industriezeit der einzige Energielieferant für den Oberharzer Bergbau.

Zisterziensermönche des Klosters Walkenried hatten im frühen 13. Jahrhundert erste Teich- und Grabensysteme konstruiert, welche die Bergleute über die Jahrhunderte weiter ausbauten. Die Energie des Wassers trieb Entwässerungs-Pumpen in Bergwerken an, half Erze zu verhütten und Material zu transportieren. Insgesamt wurden rund 120 Teiche, mehr als 500 Kilometer Gräben und etwa 30 Kilometer unterirdische Wasserläufe erstellt, wovon man heute noch 65 Teiche, 70 Kilometer Gräben und 20 Kilometer Wasserläufe aktiv unterhält. Die Zahlen schwanken. Dieses geniale künstliche Wasserleitsystem beeinflusste maßgeblich die Bergbautechnik in ganz Europa.

Während Goslar mit seinen schmalen Gassen, schieferverkleideten Fachwerkhäusern und nostalgischem Flair auch ohne viele Worte sofort verzaubert, ist der Zugang zum Industriedenkmal Rammelsberg sperriger, aber nicht weniger faszinierend. Das in seiner Vollständigkeit einzigartige Ensemble an über- und untertägigen Sachzeugen bewahrt in einer Art Momentaufnahme den Stand moderner Montankultur vor 30 Jahren, als das Bergwerk schloss.

Dabei fällt der Blick zuerst auf die weitläufigen Übertageanlagen aus den 30er Jahren des 20. Jahrhundert. Unter konsequenter Ausnutzung der Hanglage sind sie im Rahmen der zeitgenössischen Architektur eine Meisterleistung für sich.

Aber es gibt auch eindrucksvolle Zeugen aus früherer Zeit: Die Abraumhalden des 10. Jahrhunderts zählen zu den ältesten Denkmälern des deutschen Bergbaus überhaupt. Der Rathstiefsten-Stollen mit seinen farbenprächtigen Vitriolen aus dem 12. Jahrhundert ist einer der ältesten und zugleich besterhaltenen Stollen des deutschen Bergbaus. Das Feuergezäher Gewölbe aus dem 13. Jahrhundert bewahrt den ältesten ausgemauerten Grubenraum Mitteleuropas. Der Maltermeisterturm des 15. Jahrhunderts ist das älteste Tagesgebäude des deutschen Bergbaus.

Ein Höhepunkt ist der 200 Jahre alte Roeder-Stollen mit dem am besten erhaltenen und weitläufigsten Wasserkraftsystem Deutschlands. Seine beiden gewaltigen originalen Wasserräder zählen zu den bedeutendsten Denkmälern des europäischen Bergbaus. Zu besonderen Ehren kommt er am 3. Advent, wenn der Rammelsberg zum traditionellen Lichterfest einlädt und das von hunderten Kerzen und Lichterketten festlich illuminierte Stollen-System zum Weihnachtsmarkt unter Tage mutiert. Ein Weihnachtsmarkt mit altem Handwerk und Leckereien, der sich über Tage mit zahlreichen weiteren Buden und Ständen in Teilen der Erzaufbereitungsanlage und der Werkstraße fortsetzt.

Kinofreunden sei verraten: Selbst Hollywood hat den Rammelsberg schon entdeckt. Im Roeder-Stollen wurde ein Teil des Films „Monuments Men“ mit George Clooney gedreht.

Was die Frühzeit angeht, hielt man den Harz für unbewohnbar. Bis Forscher in der Lichtensteinhöhle bei Osterode 1980 menschliche Knochen aus der späten Bronzezeit fanden. Eine Sensation! Nach weiteren Funden und mittels DNA-Analysen wie man nach, dass es sich um mindestens fünf Generationen desselben Clans handelt. Ihr Verwandtschaftsverhältnis ließ sich bis zu heutigen Bewohnern der Region bestätigen: über 3000 Jahre oder mehr als 120 Generationen! Damit wohnt im Harz die „älteste“ Familie der Welt – mit nachgewiesenem Stammbaum.

Die für Touristen unzugängliche, nur 40 Quadratmeter große Höhle wurde rekonstruiert und ist jetzt Teil des 1000 Quadratmeter großen Höhlen-Erlebnis-Zentrums am Iberg in Bad Grund, das die Iberger Tropfsteinhöhle im Berg mit einschließt. Die bronzezeitliche Besiedlung macht auch frühen Bergbau im Harz wahrscheinlich. *Helga Schnehagen*

Infos: Weihnachtlicher Rammelsberg am 16. und 17. Dezember von 11 bis 17 Uhr, www.rammelsberg.de. Weihnachtsmarkt und Weihnachtswald bis 30. Dezember, www.goslar.de. www.hoehlen-erlebnis-zentrum.de

Wie die Spitze eines Eisbergs: Der größte Teil des Bergwerks Rammelsberg liegt untertage

Bild: Weltkulturerbe Erzbergwerk Rammelsberg Goslar GmbH

Friedrichs tiefe Grube

Bergwerk im schlesischen Tarnowitz ist UNESCO-Weltkulturerbe

Nun hat auch die ehemalige Bergbauregion Oberschlesien ihre UNESCO-Auszeichnung. 2017 wurde das Silber-, Blei- und Zinkbergwerk Tarnowitz [Tarnowskie Góry] mit seiner Wasserhaltung (das Abpumpen der in tief gelegenen Grubenbauen zufließenden Wässer) in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen. Das Bergwerk ist eines der ältesten und wichtigsten Kulturdenkmäler Oberschlesiens und ein sogenannter Ankerpunkt der „Europäischen Route der Industriekultur“. Als Anlaufpunkt an der „Straße der technischen Kulturdenkmäler in der Woiwodschaft Schlesien“ ist die ehemalige Silbergrube schon jahrelang ein Publikumsmagnet.

Etwa vier Fünftel des neuen Weltkulturerbes liegen unter der Erde, ein Fünftel der 1700 Hektar sind oberirdische Flächen mit Bauwerken. Bereits seit 1976 gewinnen Besucher hier über Tage und unter Tage Einblicke in die lange Bergbaugeschichte der Region. Im Freilichtmuseum sind Dampfmaschinen, Fördertürme, Pumpen und dampfgetriebene Maschinen zu besichtigen.

Bereits im 13. Jahrhundert wurde in der Gegend nach dem bleireichen Erz gegraben, das man knapp unter der Oberfläche fand, seit 1500 auch nach Zink und Silber. Später verlagerte sich der Abbau immer weiter in die Tiefe. 1526 erhielt die Freie Bergstadt Tarnowitz von Oppelner Herzog Johann II. und Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach die erste oberschlesische Bergordnung. Der Dreißigjährige Krieg bewirkte das Ende des Bergbaus in der Region. Mitte des 18. Jahrhunderts dann geriet Oberschlesien, das seit den Schlesischen Kriegen größtenteils Preußen angehörte, in das Zentrum der preußischen Wirtschaftspolitik. Dem erfolgreichen Bergbaudirektor Friedrich Wilhelm von Reden gelang es, den Blei- und Silbererzbergbau vor Ort wieder aufzunehmen. 1784 wurde die nach dem preußischen König benannte Friedrichsgrube in Betrieb genommen, 1786 die Friedrichshütte zur Verhüttung von Bleierzen.

1787 kam in Tarnowitz eine aus England eingeführte Dampfmaschine zum Einsatz, die zweite im Königreich Preußen. Sie diente dem Betrieb der weit verzweigten, unterirdisch angelegten Wasserhaltung der Erzbergwerke. Zuvor hatten die sogenannten Pferdegöpel, in diesem Fall Antriebe mit 84 Pferden, die lange Kette der Wasserbehälter, die wie im Paternoster hinauf- und hinab fuhren, in Gang gehalten. Damit gelang es, die enormen Wassermengen abzuschöpfen, welche durch die Förderung der Erze in die Stollen eingedrungen waren und die Menschen gefährdeten.

Der Silberabbau in der Friedrichsgrube führte 1790 Johann Wolfgang von Goethe und seinen Dienstherrn, Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, nach Tarnowitz. Der Direktor des Oberbergamts, von Reden, erklärte den prominenten Besuchern die Funktion der „Feuermaschine“. Eine erhebliche Verbesserung der Wasserhaltung erbrachte im 19. Jahrhundert ein 4570 Meter langer Hauptentwässerungsstollen. 1834 in Betrieb genommen, ersetzte der Tiefe Friedrichsstollen acht Dampfmaschinen. Bis 1912 wurde in Tarnowitz Silber- und Bleierz gefördert.

Zum UNESCO-Welterbe gehören auch die aus den ehemaligen Bergbauhalden entstandenen Landschaften. In der Stadt trifft man ebenfalls auf die Spuren des Bergbaus. Im Holzturm vor der Peter-und-Paul-Kirche hängt noch die Glocke, die den Bergmännern einst den Beginn und das Ende einer Schicht verkündete.

D. Jestrzemski

Alle Register

Die UNESCO hat Anfang Dezember auch den Orgelbau und die Orgelmusik zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit erklärt. Initiiert wurde der Antrag von Baden aus. Im Südwesten Deutschlands gibt es mit bis zu 8000 Instrumenten die größte Orgeldichte. Bundesweit existieren in Kirchen und Konzertsälen etwa 50 000 Orgeln, wobei jedes Instrument individuell für den jeweiligen Raum angepasst wird. Es ist daher meistens der teuerste Ausstattungsgegenstand. Erfunden wurde die Orgel vor mehr als 2000 Jahren im hellenistischen Ägypten und seit dem Mittelalter vor allem in Deutschland differenziert weiterentwickelt. Orgeln aus Deutschland finden sich überall auf der Welt, deutsche Organisten konzertieren auf allen Kontinenten. *H. Tews*

Hochprozentige Weihnacht

Berliner Schnaps-Idee – Selbstgebrannter nach Al-Capone-Manier

Es waren die Inder, die bereits 800 v. Chr. aus Reis Branntwein destillierten, und Aristoteles beschrieb im 4. Jahrhundert v. Chr. erstmals das physikalische Prinzip der Destillation. Der heilige Hieronymus verfasste mit dem „Buch des Destillierens“ die erste Fachliteratur, und der Arzt und Philosoph Paracelsus gab dem brennenden Wasser im 16. Jahrhundert seinen endgültigen Namen: Alkohol.

Dank unzureichender Brennmethoden genoss der Hochprozentige zunächst einen schlechten Ruf, was nicht zuletzt am vergorenen Obst lag. Heutzutage haben Edelbrände höchste Qualität, sie basieren auf der lupenreinen Herstellung puren Alkohols. Mixt man diesen mit Zucker oder Aromastoffen, so wird er zu Likör. So weit so klar – oder süß?

Rückblick: Amerika vor etwa 100 Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden in den USA Herstellung und Verkauf von Alkohol verboten. Die Prohibition hatte gravierende Folgen: Viele Menschen verloren ihre Arbeit, betrieben ihren alten Job aber illegal weiter, die Korruption blühte, und sogar Polizisten bereicherten sich im Alkoholgeschäft. Beschaffung, Transport und Verkauf von Hochprozentigem lagen nun in den Händen krimineller Gangs. Um 1925 gab es allein in New York 100 000 illegale Bars – eine Epoche der Heimlichkeit begann.

„Moonshine“ nannten die Farmer ihren schwarz gebrannten Schnaps, den sie – um nicht aufzufliegen – in Einmachgläser füllten und an Schmuggler verkauften. Die Vorherrschaft im Schwarzhandel teilten sich der berühmt-berüchtigte Al Capone und ein gewisser Edward „Spike“ O'Donnell, der wenig Skrupel hatte, sich mit anderen Gangstern in Chicago blutige Straßenschlachten zu liefern, doch bei der Qualität seiner Schmuggeleien kannte er kein Pardon.



Gute Tarnung: Schnaps in Einmachgläsern

Bild: Bäthge

Diese sagenumwobene Geschichte um Spike gefiel den zwei Jungunternehmern Philipp Morsink und August Ullrich so gut, dass sie sich den Namen O'Donnell vor drei Jahren schützen ließen und das verrufene Gesöff jetzt im Herzen Berlins ganz legal anbieten. Inmitten der Flaniermeile Friedrichstraße haben sie bis Silvester einen Probier-Laden eröffnet: „Wir wollen bis dahin zunächst nur den Markt testen.“ Industriedesign, offene Rohre an der Decke, karge Wände, Betonboden, schlichte Einmachgläser auf Holzpaletten – der Test in Tätowier-Studios und Erlebnisläden wurde längst bestanden.

Und sie halten sich an die hohen Ansprüche des namensgebenden Vorbildes: Ihre fünf Schnapssorten werden nach alten Regeln der Brennkunst hergestellt und mit natürlichen Inhaltsstoffen verfeinert. "Bratapfel" ist eine Mischung aus Äpfeln, Mandeln, Zimt, Vanille und einem Hauch Zitrone. "Bitter Rose" eine fruchtige Mischung aus Grapefruit, Hagebutte, schwarzem Holunder. Die "Harte Nuss" schmeckt nach kerniger Haselnuss und Nougat, verfeinert mit Karamell und Whiskeyaroma.

"Schnapsdrosseln" können hier zwar nichts Hochprozentiges selbst brennen, aber im scheunenartigen Laden selbst zum Produzenten werden: Jeder kann sich seinen Klaren oder Likör in ein Glas mit Schraubverschluss abfüllen und mit einer Schreibmaschine das Etikett bedrucken. Originalgetreu! Nachhaltigkeit natürlich inklusive: Die Gläser können weiterverwendet oder wieder neu befüllt werden.

Alles jenseits des herkömmlichen Mainstream und der süßen Partyschnäpse, die schnellstmöglich die Birne dicht machen sollen. Spike O'Donnell würde das sicherlich freuen und einen großen Schluck aus dem Glas nehmen. Natürlich im Mondschein. Prost! *Susan Bäthge*

Weihnachten kann auch witzig sein

Wenn ein oberbayerisches Urgestein seine Alpenkrimis mit dem Spruch „Sterben, wo andere Urlaub machen“ bewirbt, so erwartet man von ihm auch zum Thema Weihnachten ein große Portion schwarzhumorig-bösartige Unterhaltung. Und genau die liefert Jörg Maurer mit den kurzen und kurzweiligen Äußerungen, welche er in seinem kleinen Werk „Stille Nacht allerseits“ versammelt hat.

Witzig ist es immer, zuweilen auch belehrend, schließlich ist Maurers Adressat der Außerirdische, dem das Kulturgut Weihnachten nahegebracht werden soll. Aber auch der schon länger hier lebende Interessierte darf lachen und erfährt so manches, auch wenn ihn nicht jeder Wissenszuwachs gleich in schwere Sinnkrisen stürzen dürfte. Schaden kann es jedenfalls nicht, wenn man einmal gelesen hat, wie viel Nadeln eine „durchschnittliche Nordmanntanne“ (1,63 Meter hoch) hat. Es sind 187 333.

In der ihm eigenen Art und entsprechend gewohnt souverän schlägt Maurer gleich zu Beginn den Bogen vom Evangelisten Lukas zu Karl Marx. Er weist darauf hin, dass über den letzteren „Sinnstifter“ detaillierteste Lebensangaben („geboren am 5. Mai 1818 um 2 Uhr in Trier, ... Brükkenstraße 10 ...“) vorliegen, während es über den meistzitierten Chronisten des Weihnachtsgeschehens nicht einmal einigermaßen gesicherte Lebensdaten gibt. Maurer meint, Weihnachten sei zwar eine „nebelige Mischveranstaltung, basierend auf unklaren Quellenlagen“, aber gerade das kommentiert er mit einem: „Herrlich!“

Man findet in diesem Buch vieles, was mit Weihnachten verbunden ist. Manches Bekannte wird aus neuer Perspektive beleuchtet. Etwa der Text der ersten Strophe von „Stille Nacht“ – hier versehen mit studienrätlichen Korrekturen. Klar, schon in der ersten Zeile eine unschöne Wiederholung, zweimal das Wort „Nacht“. War bisher wohl noch niemandem so recht aufgefallen.

Wie viele Nadeln hat eine Tanne?

In diesem Sinne streut Maurer auch das eine oder andere Erzählstück ein – und vermittelt so beispielsweise, wie sich Weihnachten für die Figuren einer mehr oder weniger dekorativen Holzkrippenszenerie darstellt: Joseph und Maria sehen einen Himmel in Form eines Tannenbaums und vier Riesen, die eine „gigantische gebratene Gans“ verspeisen. Sie flüchten, den Verlust des zurückgelassenen Kindes bedauert Joseph vor allem, weil er so lange „daran herumgeschnitzt“ habe.

In Somalia und Tadschikistan ist Weihnachten gesetzlich verboten. Der Wunschzettel des „jungen Christenmenschen“ wird sehr treffend als „kindliche Bedarfsoffensive“ charakterisiert.

Hergestellt wird die Verbindung der immer wiederkehrenden Festtage zu natürlichen Gegebenheiten und den bereits darauf basierenden vorchristlichen Bräuchen mit den uns bekannten Festabläufen. Maurer wäre nicht Maurer, hätte er sich den Hinweis verkneifen können, dass ein bekannter Mythenforscher den Untergang von Sodom und Gomorra auf den 1. Dezember datiert hat. Ergo: „Die Weihnachtszeit geht also schon gut los.“

Die Sendlinger Mordweihnacht (hier kämpften im Jahre 1705 von vornherein unterlegene aufständische Bayern gegen österreichische Besatzer) hat – eigentlich – wenig mit der Tatsache zu tun, dass man auf dem Zürcher Weihnachtsmarkt einen Hotdog für 250 Franken erwerben kann. Um die Schweizer nicht übermäßig unter dem Teuer-Klischee leiden zu lassen, sei hinzugefügt, dass es sich um einen dänischen Würstchenstand handelt.

Aber gerade eine solche Mischung kann als Maurers Markenzeichen gelten. Und trotz aller distanzschaffenden Ironie merkt man ihm die Faszination an, die Weihnachten – mit jeglichem und wie auch immer geartetem historischen sowie gegenwärtigen Zubehör – auf ihn ausübt.

Erik Lommatzsch



***Jörg Maurer: „Stille Nacht allerseits. Was Sie von Weihnachten nie gedacht hätten“**, Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2017, gebunden, 254 Seiten, 12 Euro*

Hemingways Anfänge

Abenteurer, Stierkämpfer, Kriegsberichterstatter, Hochseefischer, Großwildjäger und Ehemann – die Liste der Assoziationen zu Ernest Hemingway, dem erfolgreichsten und bekanntesten US-amerikanischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, ist lang. Bis er 1954 den Nobelpreis für Literatur erhielt, war es jedoch ein steiniger Weg.

Die Journalistin Lesley M. M. Blume zeichnet in einem unterhaltsam geschriebenen Buch, das sich spannend wie ein Roman liest, den Weg des ehrgeizigen Hemingway vom Journalisten, der sich mit bissigen Reportagen durchschlägt, bis zum erfolgreichen Romancier nach. „Und alle benehmen sich daneben. Wie Hemingway seine Legende schuf“ beleuchtet vor allem die 20er Jahre. In Paris lebt eine Kommune von Emigranten. Wichtige Vertreter der Moderne wie Gertrude Stein, James Joyce, Ezra Pound und F. Scott Fitzgerald befinden sich darunter.

Die Bekanntschaft mit den Kollegen, aber auch sein neuer, auf Kargheit begründeter Stil, öffnen Hemingway schließlich die Türen zu den Granden der Literaturszene. Auch der unerschütterliche Glaube seiner Frau Hadley an ihn, von deren Geld sie leben, bildet einen Grundstein für Hemingways Erfolg. Dankbarkeit ist nicht seine Stärke: Er begeht ebenso Verrat an seinen Freunden und Förderern wie an seiner Ehefrau. In seinem Debütroman „The Sun Also Rises“ (Fiesta) zeichnet er ein schonungsloses Bild seiner „verlorenen Generation“, ein Begriff, den er sich von Gertrude Stein „auslieh“. Zwar zerbrachen nach Erscheinen des Buchs viele Freundschaften, gleichzeitig war es aber der Beginn von Hemingways bahnbrechendem Erfolg.

M. Rosenthal-Kappi



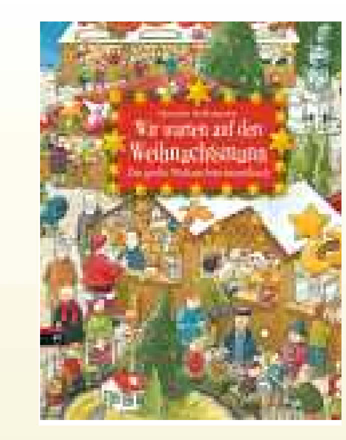
***Lesley M. M. Blume: „Und alle benehmen sich daneben. Wie Hemingway seine Legende schuf“**, dtv Verlag, München 2017, gebunden, 448 Seiten, 24 Euro*

Das Warten verkürzen

Es gibt viel zu entdecken im „Weihnachtswimmelbuch“. Man trifft den kleinen Max in seinem Kindergarten. Dort bastelt er seinen Weihnachtswunschzettel, während die Kindergartenkinder mit Basteln, Singen und Spielen beschäftigt sind. Wie die Wunschzettel der Kinder zum Weihnachtsmann gelangen, erfährt man auf der nächsten Seite. Viele Helfer verpacken die Geschenke, und dann geht es los damit auf den Rentierschlitten. Schließlich sollen alle Geschenke ja rechtzeitig zum Heiligen Abend bei den Kindern eintreffen. Bis dahin ist es noch etwas Zeit, sodass man Max und die anderen Kinder noch zum Schlittschuhlaufen und auf den Weihnachtsmarkt begleiten darf. Am Weihnachtsabend schaut man allen Familien im Haus beim Weihnachtenfeiern zu. Ein schönes Kinderbuch für die Vorweihnachtszeit, das man bereits mit Kleinkindern anschauen kann.

Allen Kindern macht es sicher viel Spaß, auf den großformatigen Bildtafeln immer Neues zu entdecken.

Silvia Friedrich



***Alexander Steffensmeier: „Wir warten auf den Weihnachtsmann. Das große Weihnachtswimmelbuch“**, Verlag cbj, München 2017, gebunden, 12,99 Euro*

Das Wetter in spektakulären Fotos

Auch nach 36 Jahren beeindruckt der Meteorologische Kalender durch spektakuläre Fotos mit Motiven, die das Wetter in seiner unendlichen Mannigfaltigkeit präsentiert. Für die etwa 1800 Experten sind die Erklärungen eigentlich überflüssig, doch für interessierte Laien könnten sie etwas verständlicher und ausführlicher sein. Schließlich erhebt er den hohen Anspruch, „das Interesse an den Vorgängen der Atmosphäre zu fördern und meteorologisches Fachwissen zu verbreiten“. Angesichts des Jubiläums „150 Jahre Norddeutsche Seewarte“ Hamburg wurde das Thema „Atmosphäre und Ozean“ gewählt.

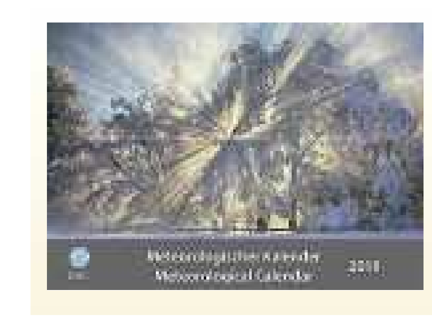
So schön die Fotos sind, so kritikwürdig sind die ausgewählten Texte und versprechen Ärger für Inge Niedek, der Vorsitzenden der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft DMG und Ex-Wettermoderatorin des ZDF. Unter der Überschrift „Wetter und Meer“ folgt „Ozean und Klima“ und „Den Einfluss des Ozeans auf Klima und Wetter erfahren wir ...“. Das ist eine Verdrehung der Fakten und bewusste Herabsetzung der Meteorologie als Hilfswissenschaft der Klimatologie im Namen der politischen Korrektheit. Jeder weiß, dass das Klima vom Wetter abgeleitet und damit ein Definitionskonstrukt des Menschen ohne Eigenexistenz ist. Es gibt den „vom Menschen verursachten Klimawandel“ nicht. Der „Klimawandel“ ist Folge des natürlichen und unaufhaltsamen Wetterwandels. Die Klimavielfalt, auf der Erde ist Folge der Wettervielfalt und diese bestimmt wiederum die Vegetationsvielfalt.

Ungereimtheiten in Begleittexten

Der Kalender steckt voller Ungereimtheiten. Nur zwei Beispiele: „Durch Abkühlung an der Meeresoberfläche wird kaltes und schweres Tiefenwasser gebildet, das bis in Tiefen von 100–2000 Meter absinkt.“ Doch wenige Zeilen später lesen wir staunend, dass „sich der subpolare Nordatlantik in der Tiefe langsam erwärmt“. Ein anders Beispiel: „Von den Ozeanen verdunstet jedes Jahr eine etwa einen Meter dicke Schicht Wasser.“ Das sind 1000 Millimeter! Bei der Höhe des Meeresspiegels heißt es, dass er seit Beginn des 20. Jahrhunderts um zirka 1,5 Millimeter und seit den 1990er Jahren um zirka 3,2 Millimeter angestiegen sei, obgleich die Messgenauigkeit der Satelliten nur 30 Millimeter betrage. Wer zu exakt sein will, wird rasch beim Mogeln erwischt. Des Weiteren fehlt sowohl beim globalen Meeresspiegel wie bei der Globaltemperatur ein Bezugspunkt, ein „Ausgangswert“.

So farbenfroh der Meteorologische Kalender Monat für Monat auch sein mag, er kann als „wissenschaftliche“ Lektüre nicht empfohlen werden, wohl aber als Postkartenkalender.

Wolfgang Thüne



***„Meteorologischer Kalender 2018. Wetter und Meer“**, E. Schweizerbart'sche Verlags-Buchhandlung, Stuttgart 2017,Wandkalender, 19,90 Euro, Postkartenkalender, 10,80*

Maritime Impressionen vor traumhafter Kulisse

Der Koehler-Verlag hat zu den Themen Seenotretter, Superjachten und Passagierschiffe drei großformatige Kalender für 2018 mit maritimen Impressionen vor traumhafter Kulisse herausgegeben.

„Wir fahren dann 'raus, wenn andere 'reinkommen“, lautet das Motto der Seenotretter der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), und so heißt der diesjährige Kalender dann auch „ ... wir kommen 2018“. Die Seenotretter sind rund um die Uhr bei jedem Wetter im Einsatz, um Menschen aus Seenot zu retten oder um Verletzte von Bord zu bergen und an Land zu bringen. Der bekannte Jacht-Fotograf Peter Neumann hat die Seenotkreuzer während ihrer Aktivitäten porträtiert, so nah, als wäre man selbst an Bord. Auf dem Titelblatt rauscht die „Bremen“ in voller Fahrt durch das Meer. Aber auch Küsten-, Erprobungs- und Kontrollfahrten in rauen Herbststürmen oder in romantischer Abendsonne sowie Hafen-, Werft- und Strandszenen sind dabei, und vor Helgoland tanzt das wendige Tochterboot „Verena“ dynamisch auf den Wellen. Dabei hat Neumann die Rettungsschiffe kontrastreich fotografiert und dokumentiert, so den spannenden Arbeitsalltag der Seenotretter, die sich traditionell seit mehr als 150 Jahren nur über freiwillige Zuwendungen finanzieren. Von jedem verkauften Kalender erhält die DGzRS eine Spende in Höhe von drei Euro.

Eine andere Welt sind die „Superyachts 2018“. Privatjachten werden immer luxuriöser, schneller und größer. Sie haben inzwischen eine Größenordnung erreicht, die mittelgroßen Passagierschiffen entspricht. Bei Baukosten von bis zu 500 Millionen Euro bleibt dann auch kein Ausstattungswunsch offen, sowohl bei dem exklusiven Interieur als auch neuester Technik, teilweise sogar mit einem Hubschrauber an Bord. Für den Kalender wurden dreizehn ausgesuchte Luxusjachten aus nächster Nähe fotografiert. Ob Segeljachten wie die „Hyperion“ oder „Malteser Falcon“, Neubauten wie „Cloudbreak“, die auch für 750 000 Euro pro Woche gechartert werden kann, oder der umgebaute Antarktis-Schlepper „Arctic P“ – sie alle zeugen vom Reichtum und der Individualität ihrer Eigner.

Die Zahl der Kreuzfahrtpassagiere steigt jedes Jahr, und die Schiffe sind so vielfältig wie die Ansprüche der Reisenden. In „Koehlers Kreuzfahrtkalender 2018“ sind beliebte Kreuzfahrtschiffe von der „AIDAprima“ mit dem Kussmund als Markenzeichen bis zur ehrwürdigen „Queen Mary 2“ auf der Elbe und meist in norddeutschen Gewässern detailliert abgebildet. So glänzt das bekannte Fernsehschiff „Deutschland“ vor Bremerhaven in der Sonne, das moderne „Mein Schiff 5“ passiert ein Traditionsschiff und die „Europa 2“, das mit fünfeinhalb Sternen am höchsten bewertete Kreuzfahrtschiff, gleitet an der Elbphilharmonie vorbei. In ganz anderer Umgebung ist die „Hamburg“, ehemals „Columbus“, von Hapag-Lloyd unterwegs, sie wurde in der Antarktis fotografiert. Der Schiffsfotograf Oliver Asmussen hat die Individualität der Ozeanriesen mit traumhaften Fotos faszinierend eingefangen.

Mit brillanten großformatigen Fotos und viel Liebe zum Detail begleiten diese Kalender mit wunderschönen maritimen Impressionen durch das Jahr 2018.

Britta Heitmann



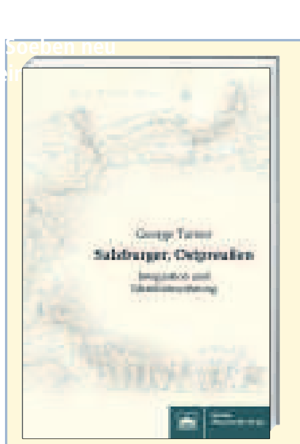




***„...wir kommen 2018, Kalender über die Seenotretter der DGzRS“**, Fotograf: Peter Neumann, 12 farbige Monatsblätter plus Titelblatt Format 56 x 41,5 cm, Koehler & Mittler Verlag, Hamburg 201724,90 Euro,*

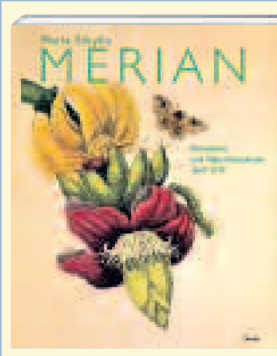
***„Superyachts 2018“**, Verschiedene Fotografen, 12 farbige Monatsblätter plus Titelblatt, Format 56 x 41,5 cm, Koehler & Mittler Verlag, Hamburg 2017, 24,90 Euro*

***„Koehlers Kreuzfahrtkalender 2018“**, Fotograf: Oliver Asmussen, 12 farbige Monatsblätter plus Titelblatt, Format 56 x 41,5 cm, Koehler & Mittler Verlag, Hamburg 2017, 24,90 Euro*



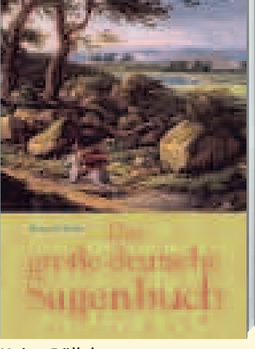
George Turner
Salzburger, Ostpreußen
Integration und Identitätswahrung
128 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1187 19,95 €

Professor Turner widmet sich den Lebensverhältnissen der „Salzburger" in der Zeit 1732–1944/45 in Ostpreußen und deren Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens in unterschiedliche Länder nach 1945 zu fördern. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Themen „Integration" und „Bewahrung der Herkunft" durch die einzelnen Kapitel. Es zeigt sich, dass in der bisherigen Darstellung des Schicksals der „Salzburger" manches sehr summarisch, gelegentlich auch zu euphorisch behandelt wurde. Das gilt vor allem für ihr Verhältnis zu der bereits im Siedlungsgebiet ansässigen Bevölkerung. Auch wenn die vorliegende Darstellung viele Aspekte berücksichtigt, das Thema „Salzburger und Ostpreußen" ist noch längst nicht abgeschlossen.



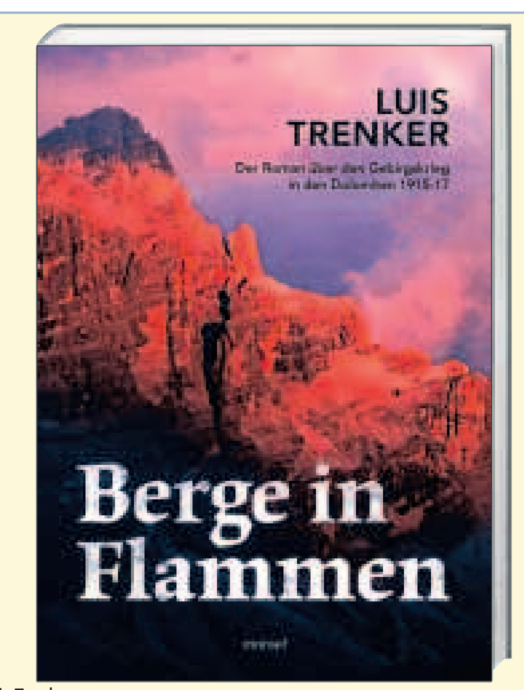
Kurt Wettengl
Maria Sibylla Merian – Künstlerin und Naturforscherin 1647–1717
Großformat 24 x 30 cm.
196 Seiten/Gebunden
Nr. P A1151 24,80 €

Schon im Alter von 13 Jahren betrieb Maria Sibylla Merian erste systematische Insektenstudien am Beispiel des Seidenspinners. Waren die Insekten zunächst nur Beiwerk ihrer Blumenbilder, so rückte der „Raupen wunderbare Verwandlung" zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, die sie mit eigenen Kupferstichen in einem mehrbändigen Werk veröffentlichte und selbst verlegte. Ihr bedeutendstes Buch, das großformatige Kupferstichwerk über die surinamischen Schmetterlinge, war das Ergebnis einer zweijährigen gefahrvollen Forschungsreise in die Tropen und machte sie über ihren Tod hinaus berühmt. Beschrieben wird das Leben und Werk der außergewöhnlichen Künstlerin, Naturforscherin, Verlegerin und Unternehmerin.

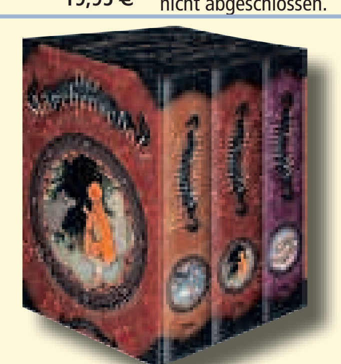


Heinz Rölleke
Das große deutsche Sagenbuch
Format 17 cm x 24 cm.
1.024 Seiten
Gebunden
Nr. P A1213 9,95 €

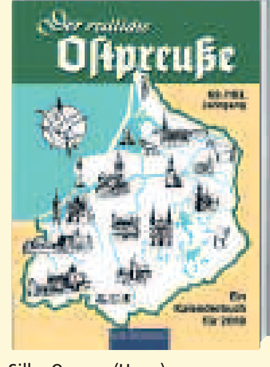
Jede Stadt und Region hat ihre eigenen Sagen, in denen erzählt wird, wie ein bestimmtes Bauwerk entstand, wie es zu bestimmten Landschaftsformationen kam, warum ein Hügel so oder so heißt. Oft wird damit das zauberhaft Besondere, das unerklärlich Schöne, das Unheimliche fassbar gemacht oder in die Geschichte gebannt. So bevölkern auch Hexen, Zwerge, Teufel und Gespenster die Volkssagen und machen sie zu einem Born der Fantasie im Realen. Nach Landschaften gegliedert und mit Ortsregister versehen bietet diese Sammlung tiefen Einblick in den Sagenschatz Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Heinz Rölleke, geboren 1936, ist emeritierter Professor für Deutsche Philologie und Volkskunde. Als führender Grimm- und Märchenforscher erhielt er den Hessischen Staatspreis.



Luis Trenker
Berge in Flammen
Der Roman über den Gebirgskrieg in den Dolomiten 1915–1917
Mit der Kriegserklärung Italiens gegen Österreich 1915 werden die Alpen zum Kriegsgebiet. Der österreichische Bergführer Dimai und sein italienischer Freund Franchini werden so über Nacht zu Gegnern. Ohne voneinander zu wissen kämpfen sie an der Dolomitenfront bei Cortina gegeneinander. Die italienische Kompanie unter Franchini arbeitet sich mittels eines Stollens unter die Gipfelstellung der Österreicher vor, um sie mit siebzig Tonnen Sprengstoff in die Luft zu jagen. Dimai und seinen Kameraden auf dem Gipfel bleiben die Tunnelarbeiten der Italiener nicht verborgen, können aber nichts dagegen tun. Ihr Lage scheint aussichtslos, denn die Stellung muss „unter allen Umständen" gehalten werden. Die Fotos im Text wurden der illustrierten Ausgabe des Romans aus dem Jahre 1931 entnommen. Sie illustrieren die Bedingungen des Gebirgskrieges anhand dokumentarischer Aufnahmen der Alpenfront aber auch anhand Szenenfotos aus dem Spielfilm „Berge in Flammen". 242 Seiten.
Nr. P A1201 Kartoniert 18,00 €

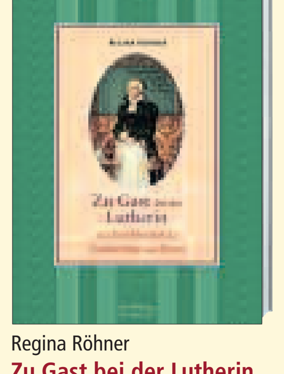


Sämtliche Märchen von Bechstein, Grimm und Hauff in drei Bänden
Der Märchenschatz
Grimm, Bechstein, Hauff: Diese Namen stehen für den wunderbaren, unendlich weiten Kosmos unserer Kinder-, Haus- und Volksmärchen. Mit dieser reich illustrierten Ausgabe des klassischen deutschen Märchenschatzes bleiben keine Wünsche offen, und gemütlichen Vorleseabenden geht niemals der Stoff aus. 2.256 Seiten (3 Bände im Schuber)
Nr. P A1178 Gebunden im Schuber 25,00 €



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2018
Ein Kalenderbuch für 2018
Format 17 cm x 24 cm.
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 533182 9,95 €

Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2018, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Marie Thierfeldt, Nicolaus Coppernicus, Carl Steffeck, Gertrud Bischoff, Katharina Szelinski-Singer, Elisabet Boehm, Friedrich Reusch, Johannes Marienwerder, Johanna Wolff, Richard Friese u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Siegfried F. Wiechert, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hedwig von Lölhöffel, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Ringelnatz, Walter Adamson, Robert Budzinski, Grete Fischer, Agnes Harder, E.T.A. Hoffmann, Johann Gottfried Herder u.v.m.



Regina Röhner
Zu Gast bei der Lutherin
Die Kochkunst der Katharina von Bora
Format 12 x 16,5 cm
Gebunden
Nr. P A1208 9,95 €

‚Mein lieber Herr Käthe' pflegte Luther seine Frau Katharina von Bora zu nennen – und in der Tat: Katharina hatte ‚die Hosen an', stand dem großen Haushalt in Wittenberg vor, sorgte für den Wohlstand der Familie und war quasi der Kopf eines funktionierenden Kleinunternehmens. Eigentlich hatte man für sie etwas ganz anderes vorgesehen: ein Leben als Nonne. Dass sie floh und den Reformator Martin Luther heiratete, war vielleicht der erste große Skandal der Neuzeit. Spannend und geistreich erzählt Regina Röhner aus dem bewegten Leben Katharinas, sodass man sich in das geschäftige Treiben im Lutherhaus zurückversetzt fühlt. Dazu hat sie nicht nur Luthers Briefe und Tischreden sowie archäologische Funde studiert, sondern auch viele Rezepte nachgekocht. 112 Seiten.



Zinn-Relief-Elch-Wandteller
Der Zinn-Relief-Elch-Wandteller hat einen Durchmesser von 19,5 cm, hat einen Eichenholzrahmen und eine Aufhängevorrichtung.
Nr. P 5618 Zinn-Relief-Elch-Wandteller 42,00 €

Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Kaffeebecher Schlesien
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 17,95 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €

Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €



Kaffeebecher Sudetenland
Porzellanbecher mit Wappen des Sudetenlandes
Nr. P A0810 12,95 €



Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 19,90 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 21,45 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 17,95 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 21,45 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 21,45 €



Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €



5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 19,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 17,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 16,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNG

FDP auch gegen Maas' NetzDG

Berlin – Gut zwei Wochen nach einem entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion will nun auch die FDP im Bundestag das sogenannte „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) abschaffen. Die Fraktion der Linkspartei möchte zumindest Teile des Gesetzes reformiert sehen. Das NetzDG aus der Feder von Justizminister Heiko Maas (SPD) wurde erst vergangen Juni verabschiedet und ist seitdem heftiger Kritik ausgesetzt. Das Gesetz droht Betreibern sozialer Netzwerke wie „Facebook“ hohe Strafen an, wenn sie nicht aus eigenem Antrieb innerhalb kürzester Zeit möglicherweise strafrechtlich relevante Eintragungen löschen. Dies hat zu zahlreichen, rechtlich kaum nachvollziehbaren Löschungen geführt und zum zeitweisen Blockieren von Autoren. Die FDP hatte die Streichung des NetzDG im Wahlkampf zwar versprochen. Im Zuge der „Jamaika“-Sondierungen waren die Liberalen von dieser Forderung aber abgewichen und wollten das Gesetz nun nur noch „weiterentwickeln“. Mit der neuerlichen Wende auf den Kurs der AfD ist die FDP zu ihrer alten Forderung zurückgekehrt. *H.H.*

ZUR PERSON

Polens reicher Hoffnungsträger

Nach dem Rücktritt der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydlo wurde der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister **Mateusz Morawiecki** zu ihrem Nachfolger ernannt – eine für Deutschland interessante Persönlichkeit. Der 1968 geborene Morawiecki absolvierte im Anschluss an sein Wirtschaftsstudium in Breslau ein Aufbaustudium zu EU-Themen in Hamburg, war an den EU-Beitrittsverhandlungen Polens beteiligt und stieg 1998 bei der polnischen Westbank ein, die später unter seiner Führung zur drittgrößten Bank Polens avancierte und ihn zu einem reichen Mann machte.

Von Szydlo in die PiS eingeführt, trat Morawiecki Anfang 2016 der Regierungspartei bei – nachdem er bereits mehrere Monate als Minister im Amt war. Dort ernannte man ihn rasch auf Weisung seines Gönners Jaroslaw Kaczynski zum Vize-Regierungschef und „Superminister“, der ein neues staatliches Wohnungsbauprogramm sowie erstmals im polnischen Staat ein Kindergeld einführte. Im Ausland bekannter sind seine Bemühungen zur Nationalisierung des Finanzwesens, um die heimische Wirtschaft auf inländische und damit solidere Grundlagen zu stellen. Außenpolitisch trat er mit dem Vorschlag eines Zweibundes mit Deutschland hervor, den er nur knapp mit einem Verweis auf eine Alternative im Weimarer Dreieck entschärfen konnte. Deutschen Einfluss auf die polnische Wirtschaft sieht der erklärte Anhänger der altbundesdeutschen Sozialen Marktwirtschaft durchaus positiv. Morawiecki bezeichnet sich als überzeugten „Pro-Europäer“, lehnt aber ein diktatorisches Konstrukt nach Brüsseler Vorgaben entschieden ab.



Spätestens seine Berufung zum Ministerpräsidenten macht ihn auch zu einem von Kaczynski faktisch bestätigten Anwärter auf dessen Nachfolge als Parteichef und auf das Präsidentenamt. *T.W.W.*



Henkersmahlzeit

Wenn »Männer« hassen

Was uns Trump da eingebrockt hat, wen Maas beim Namen nennt und wen lieber nicht, und wie der Import weitergeht / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schuld ist natürlich Trump. Zwar hatten schon seine Vorgänger West-Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt, aber der Unruhestifter ließ durchblicken, dass er den Worten auch Taten folgen und die US-Botschaft in die Stadt der drei Buchreligionen verlegen lassen will. Islamische Judenhasser nahmen die Gelegenheit dankbar auf und machen ordentlich Rabatz, wie auch in Berlin zu besichtigen war.

Damit überschwemmen sie das helle Deutschland allerdings mit einer Flut von Erklärungsnöten. Wie schwer diese Nöte auf den Gutmeinenden lasten, konnten wir an der Berichterstattung ablesen. Dort erfuhren wir, dass „Männer“ selbstgebastelte Israelfahnen abgefackelt hätten. Na ja: Wenn „Gruppen“, „Großfamilien“, „Jugendliche“ oder eben „Männer“ als mutmaßliche Übertäter präsentiert werden, wissen wir Bescheid.

Sollen wir aber nicht. Denn islamischer Judenhass ist bekanntlich der falsche Antisemitismus, der sich wie eine Karpfengräte in den Hals der Multikulti-Prediger klemmt. Daher zerkauen sie ihren lauen Protest gegen die Berliner Exzesse zu einem glitschigen Brei: Statt den radikalislamischen Judenhass beim Namen zu nennen, verurteilt Angela Merkel lediglich „alle Formen von Antisemitismus und Fremdenhass“.

Ebenso hält es Justizminister Heiko Maas: „Jede Form von Antisemitismus ist ein Angriff auf uns alle“, so der schneidige Sozialdemokrat, der klarstellt: „Antisemitismus darf nie wieder einen Platz haben.“ Ach ja? Hat er aber, der „Platz“ nennt sich „Pariser Platz“, keine drei Minuten vom Reichstag entfernt, Herr Minister.

Apropos Maas: Erinnern Sie sich an die Unruhen im US-Städtchen Charlottesville vom vergangenen Sommer? Da war es zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen, bei denen eine linke Demonstrantin von einem mutmaßlichen Rechtsextremisten im Getümmel überfahren wurde.

Trump verurteilte danach „Gewalt von allen Seiten“, was Maas zum Schäumen brachte: Es sei „unerträglich“, dass Trump die Neonazi-Urheber der Gewalt nicht beim Namen genannt und sich stattdessen von politischer Gewalt insgesamt distanziert habe. Doch was sagt der Justizminister jetzt, nach den Vorfällen von Berlin? „Jede Form von Antisemitismus ...“ – kein Wort von islamischem Judenhass.

Was da für Leute unterwegs waren, gab ein 23-jähriger Abdul der „Bild“-Zeitung zu Protokoll: „Scheiß Israel ... Sollte ich hier auf der Straße einen Israeli oder Amerikaner treffen, wäre er tot. Ich schwöre auf meinen Gott.“

Der CDU-Politiker Jens Spahn sprach immerhin von „importiertem Antisemitismus“, näher wagte er sich aber nicht an die Wahrheit heran, denn dann hätte er auch von der Verantwortung der Importeure reden müssen und wäre dabei auf seine Parteichefin gestoßen.

> »Rückkehrhilfen« für Afrikaner: So zwingen wir den Kontinent endgültig in die Knie!

Die war gerade in Afrika, um neue Importrouten freizuschaufeln. Das Ergebnis ihrer Bemühungen kann sich sehen lassen: Laut Merkels „Flüchtlingsdeal für Europa“ sollen Mitarbeiter des UN-Flüchtlingshilfswerks und der Internationalen Organisation für Migration in Libyens Auswandererlagern Befragungen durchführen, wer politischer Flüchtling sei und wer bloß nach Geld suche.

Die, die auf der Suche nach Geld sind, sollen auch welches kriegen, von der EU, als sogenannte „Rückkehrhilfe“, um dann per Flugzeug nach Hause gebracht zu werden.

Die Übrigen, man schätzt etwa 20 Prozent, werden auf europäische und außereuropäische Länder verteilt, die bereit sind, sie aufzunehmen. Wer das wohl sein wird? Kleiner Tipp: Polen wohl eher nicht, Deutschland dagegen „wird sich seiner internationalen Pflicht nicht entziehen“, selbst wenn alle anderen das tun, wie gehabt.

Es ist also ein Plan mit großer Zukunft. Nicht mehr deutsche Ausländerämter, sondern „internationale Organisationen“ wählen aus, wer zu uns geschickt wird. Selbst wer Pech hat, hat trotzdem Glück: Die „Rückkehrhilfen“ werden schon bald eine rege innerafrikanische Reiselust beflügeln. Statt sich daheim mühsam eine Existenz aufzubauen, pilgert reihum in jeder großen Familie jedes erwachsene Mitglied einmal nach Libyen, um sich seinen Bakschisch abzuholen.

Die Erfahrung lehrt: Kaum etwas kann einen Menschen, ja ein ganzes Volk oder eben auch eine Weltregion, so gründlich versauen wie die dauerhafte Zahlung von gegenleistungslosem Geld. Unter dieser Droge erlahmt jede Motivation, sich am Riemen zu reißen, etwas auf die Beine zu stellen oder gar aus eigenen Fehlern zu lernen. Mit dem „Merkelplan“ könnten wir es also schaffen, Afrika endgültig in die Knie zu zwingen. Hurra!

Und bei schätzungsweise 400 Millionen auswanderungswilligen Afrikanern (Gallup-Studie von 2010) reichen die 20 Prozent nach Norden verteilten Leute allemal aus, um auch Deutschland herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Wie sich die Epochen unterscheiden: Einst war das Zepter das Zeichen der Herrschenden, heute scheinen sie eher die Abrissbirne zu schwingen.

Dummerweise hat sich zwischen die Zeiten von Zepter und Birne die Ära der Demokratie geschoben, die immer noch nicht ganz überwunden ist. Doch das rettende Ufer kommt in Sicht: der europäische Superstaat.

Martin Schulz will ihn schon bis 2025, Angela Merkel will ihn auch, aber nicht so schnell und nicht so offensichtlich wie dieser Trottel von Sozi, der mit seinem Geplapper das ganze Projekt gefährden könnte. Denn wenn die Deutschen schon entdecken, was gespielt wird, bevor man ihnen alle wichtigen demokratischen Rechte elegant entwunden hat, könnte es ungemütlich werden. Dann hätten sie schließlich noch die Macht und die Möglichkeiten, den Prozess ihrer Entrechtung zu stoppen. Eine deprimierende Vorstellung eingedenk dessen, was den Mächtigen dann entginge.

Man stelle sich das vor: Alle wesentliche Macht landet in Brüssel. Also in einem Geflecht aus Politikern und Lobbyisten, das keiner durchblickt, das daher auch niemand von außen unter Kontrolle halten kann. Durchschaubarkeit und Kontrolle durch das Volk sind die unentbehrlichen Voraussetzungen für jede Demokratie. Haben wir die erst ausgeschaltet, ist es nach mehr als 200 anstrengenden Jahren endlich vorbei mit dem demokratischen Spuk in Europa.

Alles schön und gut, aber wer garantiert denn, dass dieser demokratische Unsinn nicht eines Tages erneut aufkeimt, dass sich die Völker wie einst wieder erheben und ihr „Recht“ fordern? Na, das ist es doch mit dem „Import“! So verwandeln wir die „Völker“ in geschichts- und identitätslose Sammelsurien, die gar nicht mehr auf die Idee kommen, einen gemeinsamen „Willen“ zu formulieren. Über so einen Haufen herrscht es sich ganz unbeschwert.

Daher wäre es jetzt auch ganz ungeschickt, über den grassierenden Antisemitismus unter den Importierten allzu viel Aufhebens zu machen. Das berührt nur eine offene Stelle am Stammbaum der europäischen Geschichte, der deutschen zumal, aus der es immer noch kräftig harzt.

Aus der richtigen Perspektive betrachtet ist es auch gar kein Problem, dass ein Großteil der Importmenschen aller Voraussicht nach bis zum Tode den Sozialkassen auf der Tasche liegen wird. Ganz im Gegenteil: Wer an den Zitzen des Staates hängt, der macht keinen Aufstand. Der weiß schließlich, wie sehr er von den milden Gaben abhängig ist.

Möglicherweise lässt sich in den Kreisen der Abhängigen sogar ein Mob rekrutieren, der unter den milde lächelnden Augen der Mächtigen die letzten Reste bürgerlichen Widerstandes ausräuchert. Die staatlich hochsubventionierte „Antifa“ gibt uns einen vollmundigen Vorgeschmack darauf, wie so etwas funktionieren könnte.

Ob es so schön kommt, ist noch nicht gewiss. Wir sind Zeugen eines Wettlaufs der Importeure und Superstaatler gegen immer kritischer werdende Bürger. Mit Spannung erwarten wir das Resultat, wer das Rennen gewinnt.

MEINUNGEN

Der frühere Bundesverteidigungsminister ***Rupert Scholz*** *(CDU) warnt in der „Welt“ (8. Dezember) die* ***Union*** *davor, ihren* ***Markenkern preiszugeben****:*

„Die Union ist die klassische Partei der sozialen Marktwirtschaft gewesen. Soziale Marktwirtschaft heißt vor allem Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen. Von Eigenverantwortung des Einzelnen wird indessen zunehmend weniger gesprochen. Soziale Sicherung, Soziale Gerechtigkeit etc. heißen auch in der Union inzwischen die vielfach präferierten Vokabeln. Deshalb ist es kein Zufall, dass die FDP wieder erstarkt ist.“

Jan Fleischhauer *ist empört über den* ***Umgang der Kanzlerin*** *mit den Angehörigen der Opfer vom* ***Breitscheidplatz*** *und wundert sich auf „Spiegel-online“ darüber, was Regierungssprecher Steffen Seibert zum Brief der Hinterbliebenen an Merkel gesagt hat (siehe auch S. 8):*

„Diese Toten kommen der Politik einfach ungelegen ... Schon die Wortwahl ist verräterisch. Man habe den Brief erhalten und werde ihn ‚mit großem Respekt‘ lesen und auswerten, erklärte Seibert. Was gibt es da auszuwerten, frage ich mich? So redet man, wenn man einen Erpresserbrief erhalten hat oder eine komplizierte diplomatische Note, nicht wenn jemand einem schreibt, um seiner Enttäuschung und seinem Leid Ausdruck zu verleihen.“

Daniel Stelter *wundert sich im „Cicero“ (8. Dezember) über die* ***Begeisterung*** *der SPD für die Europa-Pläne des französischen Präsidenten* ***Emmanuel Macron****:*

„Alle Vorschläge Macrons zielen im Kern darauf ab, über eine vermehrte Umverteilung zwischen den Ländern – konkret also von Deutschland nach Italien, Frankreich, Spanien ... – die Staatsausgaben zu finanzieren und die Banken zu sanieren. Nichts anderes steht hinter den Begriffen von Eurozonen-Finanzminister, Eurozonen-Budget und Vervollständigen der Bankenunion.“

In „The European“ (11. Dezember) fragt sich ***Rainer Zitelmann****, was SPD-Chef* ***Schulz*** *geritten hat, die Schaffung von* ***„Vereinigten Staaten von Europa“*** *bis 2025 zu fordern:*

„Nehmen wir an, die Groko-Gespräche scheitern und es kommt doch zu Neuwahlen: Wollte Schulz mit seiner Parole von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ in den Wahlkampf ziehen, dann wäre das eine Steilvorlage für AfD und FDP, denn die Wahlen könnten zu einer Abstimmung werden, ob man dafür ist, Deutschland abzuschaffen. Die CDU will Deutschland auch in einem Euro-Superstaat aufgehen lassen, sagt es aber nicht so laut, weil sie weiß, dass sie damit ihre Wähler verschrecken würde.“

Ramin Peymani *beklagt auf „Journalistenwatch.de“ (11. Dezember) die Ausbreitung des muslimischen Antisemitismus in Deutschland:*

„Der Antisemitismus ist zurück in Deutschland. Doch er ist nicht etwa bei der einheimischen Bevölkerung neu erwacht, so sehr sich Medien und Politik auch bemühen, dieses Zerrbild zu entwerfen. Nein, der neuerliche Judenhass ist vor allem zugewandert.“